

MAI 2022 / AUSGABE 04

JOURNALIST

POST

26

WIR SIND
ALLE AUGEN
VON MUATH!

24

JOURNALISMUS,
KRIEG UND
MIGRATION IN
DER UKRAINE

42

“DER TOD DER
JOURNALIST: INNEN
IST NUN IN MEXIKO
ÜBLICH!”

NACHRICHTEN,
BEITRÄGE UND
INTERVIEWS AUS

21

LÄNDERN

**JOURNALISMUS
TROTZ ALLEM [11]**



Unsere Dienstleistungen

- Content-Marketing & -Redaktion
- Film & Animation
- Fotografie & Bildbearbeitung
- Grafikdesign & Layout
- Konzept & Kreation
- Online Marketing & Native
- Advertise-ment
- Onlineshops & E-Commerce Solutions
- Produktion & Projektmanagement
- Social Media Management & Native
- Advertising
- Strategie & Beratung



Haben Sie Fragen?
Kontaktiere uns jetzt!

[+49] 152 219 004 70
info@mediatiff.de

“Was
brauchen Sie?“

Design. Werbung. Kommunikation.

Jeden Tag besser werden, die Welt verändern, einmal zum Mond und wieder zurück fliegen, denn von oben sieht die Welt ganz anders aus. Wir sind mit unserer kleinen Rakete abgehoben, um Ihnen den Blick von Außen zu garantieren. Mit einem Fuß bleiben wir aber immer auf dem Boden der Tatsachen, denn wir wollen Sie aus der Nähe kennenlernen, Sie verstehen und auf Augenhöhe mit Ihnen sprechen. Handwerk, Weitblick und Verstand. Realitätsbezug, ein bisschen Zauberei und die richtigen Köpfe. Das ist unser Rezept, um Kunden glücklich zu machen. Los geht's.

In Kontakt kommen
Barcode scannen für weitere Informationen



extremism
terrorism
intelligence
foreign policy
security
military

-
-
-

only exclusive stories



www.nordicmonitor.com

- **Wir müssen die Pressefreiheit verteidigen** Monique Hofmann **6**
- **Freiheit der vierten Macht** Reggy Moalusi **8**
- **Journalismus trotz allem** **10**
 - Die Wahrheit macht frei **12**
 - Das Traurigste am Exil ist das Gefühl, nirgendwo hinzugehören **16**
 - Taliban haben Angst vor Journalist:innen! **18**
 - Diejenigen, die mich bedrohten, sind jetzt im Gefängnis **20**
 - Lass uns die Stimme der schwachen Journalist:innen werden **22**
- **Journalismus, Krieg und Migration in der Ukraine** Yunus Erdoğan **24**
- **Schwäche erhöht den Druck** Gökhan Durmuş **29**
- **Pressemitteilungen über Terrorismus** Cilene Victor / Lilian Sanches **30**
- **Brasilien: Ein Hintergrund des Gewalts gegen Journalist*innen, der die Gewerkschaften bei den Wahlen 2022 beunruhigt** Prof. PhD. Roberto Chiachiri / Marcelo Damasceno **32**
- **Journalistinnen als Hauptziel von staatlicher Gewalt** Renata Juliotti / Marilia Carrera **36**
- **Fotojournalist:innen im Fadenkreuz** Wagner Ribeiro **38**
- **Pressefreiheit in Indien** M. Behzad Fatmi **40**
- **Ein grundlegendes Menschenrecht: Die Freiheit der Medien** Zia Ahmad **48**
- **Das Verschwinden der aramäischen Sprache zu verhindern, ist eine der Hauptaufgaben der Medien** Hasan Cüçük **50**
- **Marianna Kakaounaki: unsere Aufgabe ist es, Menschen sichtbar zu machen** Suheila Ismail **52**
- **Aktuelle Lage der Medien in Pakistan** Shakeel Ahmed **54**
- **Journalismus in Afghanistan unter den Taliban** Ehsanullah Ziyayi **56**
- **Die Welt hat sich für Journalist:innen in ein riesiges Gefängnis verwandelt** Rabia Yavuz Türe **58**
- **Journalistenmord aufgeklärt? Noch nicht!** Iris Rohmann **60**
- **Die Sicherheit von Journalist:innen in den Niederlanden** Ana Karadarevic **63**
- **Wie der russische Präsident Putin unabhängigen Journalismus verbietet** Erkan Pehlivan **64**
- **Carlos Latuff** **66**

FOTO: FEDERICO PARRA / AFP



JOURNALISMUS TROTZ ALLEM

Während wir den 3. Mai, den Welttag der Pressefreiheit im Jahr 2022 feiern (!), sind unsere Gedanken bei unseren Journalistenkollegen, die in vielen Ländern inhaftiert, mit Todesdrohungen ins Exil gezwungen oder sogar im Exil hingerichtet wurden. **11**

Der palästinensische Fotojournalist Muath Amarneh



**WIR SIND
ALLE AUGEN
VON MUATH
26**

Die mexikanische Journalistin Marcela Turati



**“DER TOD DER
JOURNALIST:INNEN
IST NUN IN MEXIKO
ÜBLICH!” 42**

HERAUSGEBER:
INTERNATIONAL
JOURNALISTS
ASSOCIATION e. V.

VERTRETEN DURCH:
MUSTAFA KILIÇ

CHEFREDAKTUR:
YÜKSEL DURGUT

REDAKTION:
ŞEMSİ AÇIKGÖZ,
CILENE VICTOR,
LILIAN SANCHES,
TUNCAY YAVUZARSLAN,
İSMAIL SAĞIROĞLU,
HASAN CÜCÜK,
TÜRKMEN TERZİ,
ENES CANSEVER

ART DIRECTOR:
KENAN ASLAN

LAYOUT:
KEMAL KAHVECİ

COVER PHOTO BY:
ABBAS MOMANI / AFP

ANSCHRIFT:
Poststraße 2-4, 60329
Frankfurt am Main
Deutschland

Tel: +49 069 84846306
GSM: +49 179 1385035

E-Mail: journalistpost@internationaljournalists.org

www.internationaljournalists.org

SPENDENKONTO:
IBAN: DE29 5065 2124
0004 1249 13

PayPal: paypal@internationaljournalists.org

Patreon: info@internationaljournalists.org



YÜKSEL DURGUT CHEFREDAKTUR

Die Presse sollte frei sein, damit...

Die Medien waren in den letzten Jahren stark von COVID-19 betroffen. Die Werbeeinnahmen gingen zurück und schwächten die bereits angeschlagene Branche wirtschaftlich. Die Menschen waren in dieser Zeit auf der Suche nach genauen und zuverlässigen Nachrichten. Qualitativ hochwertige und unabhängige Publikationen, die auf digitalen Plattformen veröffentlicht werden, haben Journalist:innen, die während der Pandemiezeit außerhalb ihrer Länder tätig waren, erfolgreich in ihr Land zurückgeholt.

Die Journalist:innen, die gezwungen waren, ins Exil zu gehen, waren das beste Beispiel dafür solidarisch zu sein: Sie haben in dieser schwierigen Zeit gezeigt, was es bedeutet zusammen zu halten.

Als die Journalist:innen ihre Heimatländer verließen, verloren sie ihre beiden wichtigsten Werkzeuge. Zum einen die Möglichkeit, in ihrer Muttersprache zu berichten, und zum anderen ihre Nachrichtenquellen. Der Mangel an fremdsprachigen Nachrichtenquellen zwingt sie, wie andere Flüchtlingskolleg:innen, neue Karrieren in anderen Berufsfeldern zu suchen. Einige Exil-Journalist:innen, zu denen auch ich gehöre, üben ihren Beruf als „Journalist trotz aller Widrigkeiten“ in verschiedenen Ländern der Welt weiter aus.

In dieser Ausgabe erfahren Sie, warum fünf Journalist:innen aus verschiedenen Ländern ihr Land verlassen mussten und wie sie sich wieder ans Leben klammern. Es gibt auch eine große Gruppe von Menschen, die glauben, dass es ihren Familien in den verlassenen Ländern schaden würde, und die deshalb ihre Artikel unter einem anderen Namen schreiben. Diese Menschen haben sich zu Recht geweigert, Interviews zu geben.

Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 15 Journalist:innen getötet, nachdem die Taliban im letzten

Quartal des vergangenen Jahres die Kontrolle über Afghanistan wiedererlangt hatten, Russland Anfang dieses Jahres in die Ukraine einmarschierte und Journalist:innen in Mexiko und Haiti zur Zielscheibe wurden.

Der hybride Krieg ist in vollem Gange, was bei den Desinformationskampagnen der pro-russischen Medien eine wichtige Rolle spielt. In Mexiko, das als eines der gefährlichsten Länder der Welt für Journalist:innen bekannt ist, ist es eine große Herausforderung mit der Bedrohung durch Organisationen des organisierten Verbrechens und der aggressiven und polarisierenden Rhetorik von Präsident Andres Manuel López Obrador unabhängigen Journalismus zu betreiben. In Haiti werden Journalist:innen erneut von Banden ins Visier genommen.

Die öffentliche Debatte wird durch die problematischen Beziehungen zwischen der Regierung und der Presse beeinflusst. Diese Spannungen verändern die Platzierung im jährlich veröffentlichten Pressefreiheitsindex. Leider unternehmen die Regierungen keine besonderen Anstrengungen, um an die Spitze des Index zu gelangen.

„Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit bestimmte Leute nicht die Freiheit haben, alles tun können.“

Diese Aussage stammt von dem französischen Staatsmann, Diplomaten und Literaten Alain Peyrefitte. Das Ziel der autoritären Verwaltungen ist es, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Wenn man die Medien in Freiheit ihre Aufgabe ausüben lässt, werden sie zu einem unverzichtbaren Beschützer der Demokratie.

Als erstes und einziges mehrsprachiges Magazin der Welt, das sich für die Presse- und Meinungsfreiheit einsetzt, fordern wir die bedingungslose Freilassung unserer Kolleg:innen in verschiedenen Ländern und die Aufhebung von Gesetzen, die die Meinungsfreiheit kriminalisieren. Alles Gute zum Welttag der Pressefreiheit am 3. Mai! ■



MONIQUE HOFMANN *

Wir müssen die Pressefreiheit verteidigen

A Seit ziemlich genau zwei Jahren gehen in Deutschland regelmäßig Menschen auf die Straße, um gegen die – so meinen sie – ungerechtfertigte Einschränkung ihrer Grundrechte in der Corona-Pandemie zu protestieren. Dabei ist es genau dies, was sie selbst tun: Grundrechte einschränken, und zwar die in Artikel 5 GG garantierte Pressefreiheit.

In seinem jährlichen Bericht hat das Projekt Media Freedom Rapid Response (MFRR) für 2021 in Deutschland 119 Angriffe auf die Pressefreiheit registriert, von denen insgesamt 223 Personen betroffen waren. Zum Vergleich: 2020 waren es noch 72. Zu diesen Angriffen zählen physische Attacken bei Demonstrationen genauso wie Online-Hetze und Einschüchterungsklagen. Der weitaus größte Teil ereignete sich jedoch in Zusammenhang mit Anti-Corona-Protesten. Allein im vergangenen Dezember hat ein Demonstrant in Flensburg einen freischaffenden Fotojournalisten mit Pfefferspray angegriffen; wurde ein freier Fotojournalist bei einem Anti-Corona-Protest in München von einem Polizisten mit dem Schlagstock angegriffen; wurden drei Journalisten auf einem Corona-Leugner-Protestzug in Sachsen von einer Gruppe von Hooligans angegriffen und geschlagen; wurden eine Journalistin und ein Journalist während eines nicht genehmigten Querdenker-Aufzugs in Berlin von Mitgliedern der Neonazi-Jugendgruppe „Division

Mol“ geschlagen und am Boden liegend getreten, beide erlitten leichte Verletzungen; wurde ein freier Journalist an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zunächst in Berlin und dann in München von Demonstrationsteilnehmern ins Gesicht geschlagen. „Es gibt inzwischen keine einzige Demonstration im Umfeld der Corona-Proteste mehr, bei der ich nicht angegriffen werde“, sagte ein freier Fotograf dem MFRR.

Mir dagegen berichtete neulich eine freie Journalistin aus Thüringen: „Von Beginn an habe ich die Querdenker*innen-Proteste beobachtet, dokumentiert und auch Verbindungen zu rechten und rechtsextremen Netzwerken recherchiert. Vor einigen Monaten musste ich diese Arbeit dann einstellen, da es zu gefährlich für mich wurde.“ Was vor einem Jahr noch eine beunruhigende Perspektive war, ist inzwischen Wirklichkeit geworden: Immer häufiger sehen sich Medienschaffende gezwungen, ihre Berichterstattung von Anti-Corona-Protesten aufgrund von Übergriffen abubrechen, oder bleiben solchen Aufmärschen aus Angst um ihre Sicherheit von vornherein fern. Wir stehen daher vor dem realen Problem, dass gerade dort blinde Flecken in der öffentlichen Wahrnehmung entstehen, wo unsere demokratischen Werte und Prinzipien infrage gestellt und mit aggressiven Mitteln bekämpft werden. Die Corona-Demonstrationen sind Hort eines gefährlichen neuen Extremismus,

hinter dem keine Ideologie, sondern die fundamentale Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Medienschaffende müssen diese Bestrebungen für die Öffentlichkeit sichtbar machen und einordnen, damit Zivilgesellschaft und Politik sich dagegen zur Wehr setzen können. Wir müssen deshalb die Pressefreiheit verteidigen. Aber wie?

Sie habe Angst, zu einem Querdenker-Protest zu gehen, um von dort zu berichten, doch ihr Arbeitgeber verlange dies von ihr, ohne ihr zugleich Unterstützungsangebote zu machen, erreichte uns als dju in ver.di vor einiger Zeit der Hilferuf einer Reporterin eines öffentlich-rechtlichen Senders. Dies ist einer der Gründe, warum wir gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen, den Neuen Deutschen Medienmacher*innen und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im April des vergangenen Jahres mit einem Schutzkodex für Medienhäuser an die Öffentlichkeit gegangen sind. Damals hatten bereits die „Frankfurter Rundschau“, die „dpa“, „Zeit“ und „Zeit Online“, die „taz“ sowie der „Spiegel“ erklärt, den Kodex in ihren Häusern umsetzen zu wollen. Inzwischen sind auch noch die Südwestdeutsche Medienholding, zu der u.a. die „Süddeutsche Zeitung“ gehört, die Funke Mediengruppe sowie mit dem Weser-Kurier die erste Regionalzeitung dabei. Medienhäuser, die sich dem Kodex anschließen, sichern ihren Beschäftigten, festen wie freien Mitarbeiter*innen, Schutz und Unterstützung im Fall von Angriffen und Bedrohungen zu. Wer sich unwohl fühlt, allein von einer Demo zu berichten, bekommt vom Arbeitgeber Personenschutz zur Seite gestellt, wer Hilfe bei der Aufarbeitung eines Angriffs braucht, erhält externe psychologische Unterstützung. Auch (finanzielle) Hilfe bei Umzügen gehört zu den Maßnahmen des Schutzkodex, wenn etwa die privaten Adressen des Medienschaffenden in die falschen Hände gelangt sind. Außerdem benennen die Medienhäuser Ansprechpersonen, die betroffene Journalist*innen dabei unterstützen, Hassnachrichten zu sichten, auf strafrechtliche Relevanz zu prüfen und dann ggf. zur Anzeige zu bringen.

Denn ja, auch das gehört zum ganzen Übel: Nicht nur bei Demonstrationen, auch im Netz hat sich der Ton weiter verschärft. Die Angriffe bei Protesten stehen symptomatisch für eine grassierende Medienfeindlichkeit in diesem Land, die sich immer lauter und immer hemmungsloser

gegen Journalistinnen und Journalisten entlädt. Wir stehen vor einem gesamtgesellschaftlichen Problem, das auch politische Lösungen erfordert. Die Ankündigung der Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag, sich für die Sicherheit von Journalist*innen einsetzen zu wollen, muss dringend in konkrete Vorhaben übersetzt werden. Ein guter Anfang wäre ein Runder Tisch aus Innenministerien, Polizeien, Journalist*innen-Organisationen und Staatsanwaltschaften.

Wichtig ist: Wir müssen jetzt handeln, denn es ist fünf nach zwölf. Das gilt für die Pressefreiheit genauso wie es RKI-Chef Lothar Wieler im vergangenen Herbst mit Blick auf die Pandemie postuliert hat. ■

MONIQUE HOFMANN

Monique Hofmann ist 1984 in Ludwigsfelde bei Berlin geboren. Sie hat Geschichte und Romanistik in Mainz, Dijon und Bologna studiert und nach dem Studium zwei Jahre in Rom gelebt. 2014 hat sie die deutsche Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative für Medienvielfalt geleitet, bevor sie 2015 begonnen hat, im Medien-Bereich bei ver.di zu arbeiten. Dort war sie zunächst vorrangig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Seit November 2020 ist sie zudem Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und vertritt die berufspolitischen Interessen aller Journalistinnen und Journalisten, die in der Gewerkschaft ver.di organisiert sind. Für Medienschaffende, die von Demonstrationen berichten, organisiert sie unter anderem Workshops und juristische Unterstützung bei Angriffen oder Behinderungen durch die Polizei. Als dju-Bundesgeschäftsführerin ist sie außerdem für das Thema Presseausweise zuständig. Seit 2016 publiziert sie als freie Journalistin zu Medien-Themen, vorrangig für das Medienmagazin „Menschen Machen Medien“.



REGGY MOALUSI *

Freiheit der vierten Macht

Medienfreiheit ist in einer konstitutionellen Demokratie von größter Bedeutung, da sie sicherstellt, dass die vierte Gewalt eine entscheidende Rolle spielt und die Bürgerschaft im Mittelpunkt steht.

Eine der wichtigsten Säulen, die in den vergangenen Jahrzehnten in den meisten Gesellschaften auf der Welt eine führende Rolle gespielt haben, sind die Medien. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Aufdeckung von Missständen und Korruption sowie die Festigung von Demokratien. Die südafrikanischen Medien bilden da keine Ausnahme.

Im Laufe der Jahre hatten die lokalen Medien mit Herausforderungen zu kämpfen, aber sie haben zweifellos eine führende Rolle bei der Aufdeckung des Übels der Apartheid gespielt und waren eine kritische Stimme, die einen Wandel herbeiführte, der den Beginn der Demokratie einleitete.

Es ist nun achtundzwanzig Jahre her, dass Südafrika eine verfassungsmäßige Demokratie wurde, und in diesen fast drei Jahrzehnten haben die Medien erneut eine herausragende Rolle gespielt, wenn es darum ging, die Regierungspartei zur Rechenschaft zu ziehen, wenn

es darum ging, den Privatsektor dazu zu bringen, seine Verantwortung wahrzunehmen, wenn es um diejenigen ging, deren Stimmen verstummt sind, wenn es um diejenigen ging, deren wirtschaftliche Lage nicht so gut ist, wie sie sein sollte.

Wie im Bericht der Weltbank von letzter Woche dargelegt, ist Südafrika weltweit die Gesellschaft mit der größten Ungleichheit – eine Tatsache, über die die lokalen Medien ausführlich berichtet haben, eine Tatsache, die den Reichen und denjenigen, die die Regierung und die privaten Unternehmen leiten, bewusst ist, vor allem dank der Berichterstattung der lokalen Medien.

Das South African National Editors' Forum (Sanef) wurde 1996 gegründet, als sich zwei Organisationen zusammenschlossen, um eine einzige Medienorganisation zu bilden, die eine entscheidende Rolle in Südafrikas demokratischer Ordnung spielen sollte. Diese Rolle war nicht frei von Herausforderungen, die von der Belästigung von Journalisten, dem Mangel an finanziellen Mitteln für den Betrieb des Büros, der mangelnden Unterstützung durch einige Mediensektoren bis hin zum Hass der Kritiker



reichten, die die Schließung der Organisation forderten, da sie zu einem Sprachrohr für die meisten Praktiker wurde.

Die südafrikanische Verfassung schützt das Recht auf freie Meinungsäußerung durch die Bill of Rights. Es ist von zentraler Bedeutung, auch wenn es oft von denjenigen mit Füßen getreten wird, die die Verfassung ausnutzen und die Medienfreiheit missachten, wenn es ihnen gerade in den Kram passt. Dieser Schutz in der Verfassung wird nicht nur von Sanef überwacht, sondern auch von anderen wichtigen Organisationen, die sich der Gefahren bewusst sind, die entstehen können, wenn dieses Recht nicht aufrechterhalten wird.

Es hat Fälle gegeben, in denen die Medienfreiheit untergraben wurde. Es gibt Fälle, in denen Journalisten von denjenigen, die nicht wollen, dass die Medien ihre Arbeit tun, als Feind betrachtet werden, und zwar von denselben Leuten, die Schlechtes tun und darauf vertrauen, dass kein Licht auf sie fällt. Das wird nie der Fall sein, denn die südafrikanischen Medien sind dafür bekannt, dass sie robust und immer bereit sind, fair über Geschichten zu berichten. Die Zahl der Nachforschungen, die die südafrikanischen Medien im Laufe der Jahre unternommen haben, ist gut dokumentiert, und die Auszeichnungen, die sie erhalten haben, sind für alle sichtbar.

Im kürzlich veröffentlichten Edelman Trust Barometer werden die Medien an zweiter Stelle genannt, wenn es um mangelndes Vertrauen geht. Den ersten Platz nehmen die Politiker ein. Der zweite Platz ist besorgniserregend, da die Medien nicht als eine Bruderschaft angesehen werden können, der man nicht vertrauen kann. Einer der Gründe für das mangelnde Vertrauen in die Medien in den letzten Jahren ist

die Tatsache, dass unethischer Journalismus die Oberhand gewonnen hat.

Wenn das Vertrauen schwindet, gibt es keine Person mehr, die bereit wäre, sich mit diesem Medienunternehmen zu beschäftigen.

Es ist besorgniserregend, wenn das Trust Barometer feststellt: „Keiner der wichtigsten Informationsquellen wird als Quelle für allgemeine Nachrichten und Informationen vertraut, wobei das Vertrauen in Suchmaschinen bei 59 % liegt, gefolgt von traditionellen Medien mit 57 %, eigenen Medien mit 43 % und sozialen Medien mit nur 37 %.“

Die südafrikanischen Medien haben derzeit mit Vertrauensproblemen zu kämpfen, ein Problem, an dem Sanef gemeinsam mit seinen Mitgliedsredaktionen arbeitet. Wir arbeiten daran, dass die Redaktionen mit ethisch korrekten Journalisten besetzt werden, die nicht zu politischen Gruppierungen gehören und nicht dafür bekannt sind, dass sie den „braunen Umschlag“ für Journalismus verwenden. Sanef arbeitet an der Erstellung eines Ethik-Barometers, wie es im Bericht des unabhängigen Gremiums zur Untersuchung der Medienethik und -glaubwürdigkeit empfohlen wird, der von Richter (a. D.) Kathleen Satchwell, Nikiwe Bikitsha und Rich Mkhondo erstellt wurde.

Die Empfehlungen dieses ehrwürdigen Berichts werden von Sanef beherzigt, ebenso wie die weiterführende Diskussion darüber, wie der Journalismus erhalten werden kann. Diese Generation sollte nicht auf die Arbeit schauen, die derzeit von Journalisten geleistet wird, und enttäuscht sein, dass die Rechte von Journalisten nicht angemessen geschützt werden, dass schlechte Regierungen, die weiterhin Journalisten schikanieren, inhaftieren und ermorden, nicht an den Pranger gestellt werden. Wir sind ein Berufsstand, dessen Bedeutung der breiten Öffentlichkeit bewusst ist. Deshalb müssen wir das Vertrauen zurückgewinnen, ethisch handeln und weiterhin sichere Räume fordern, die es der vierten Gewalt ermöglichen, ihre Arbeit ohne Angst zu tun. ■

** Moalusi ist Exekutivdirektor von Sanef.*



JOURNALISMUS TROTZ ALLEM



FOTO: FEDERICO PARRA / AFP

Tm Exil zu sein bedeutet nicht nur, von dem Ort, in dem man lebt, getrennt zu sein – eigentlich wird man vom Leben abgeschnitten. Seit Jahrhunderten schon werden auf unserer alten Erde Menschen, in der Regel von Diktatoren, in die Verbannung geschickt, was sie von geliebten Menschen trennt, das Leben von Millionen Menschen zerstört und Erinnerungen ausgelöscht hat. An der Spitze der Verbannten stehen seit jeher diejenigen, die das Regime „stören“: Revolutionär:innen, Journalist:innen, Schriftsteller:innen, Wissenschaftler:innen, Künstler:innen.

Wir haben keine genauen Zahlen darüber, wie viele Journalist:innen weltweit im Exil leben und lebten. Allein Hitler zwang Millionen von Menschen ins Exil. Unter ihnen waren viele jüdische Journalist:innen. Jeder Angriff Hitlers auf ein weiteres Land erhöhte die Zahl der Verbannten. Die jüdischstämmige deutsche Journalistin und Schriftstellerin Erika Mann war nur eine von denen, die zwischen 1938 und 1942 fünfmal von einem Land in ein anderes fliehen mussten. Sie ließ sich schließlich in den USA nieder.

Die Situation scheint sich nicht geändert zu haben. Auch heute müssen jedes Jahr Dutzende von Journalist:innen unter Androhung von Inhaftierung, Folter, Gewalt und Tod ihre Heimat verlassen.

Während wir am 3. Mai 2022 den Internationalen Tag der Pressefreiheit (!) feiern, sind unsere Gedanken bei unseren befreundeten Journalist:innen, die in vielen Ländern in Gefängnisse geworfen, unter Todesdrohungen ins Exil gezwungen und sogar im Exil hingerichtet wurden. Dazu fallen einem auf Anhieb die Morde an dem in Saudi-Arabien geborenen Journalisten Jamal Khashoggi, dem mit einem Emmy ausgezeichneten niederländischen

Journalisten Peter R. de Vries und den im Exil lebenden türkischen Journalisten Abdullah Bozkurt und Erk Acarer ein.

Während dieses Heft zur Veröffentlichung vorbereitet wurde, kam es in Schweden, einem der sichersten Länder der Welt, zu einem Vorfall, der uns erneut daran erinnert, wie akut die Bedrohung ist. Der aus der Türkei geflüchtete Journalist Ahmet Dönmez wurde in Stockholm mitten auf der Straße vor den Augen seiner 6-jährigen Tochter angegriffen. Dönmez erlitt ein Hirntrauma und lag wochenlang im Krankenhaus.

Zu den Journalist:innen, die Jahr für Jahr in verschiedenen Ländern der Welt bedroht wurden und ihre Heimat verlassen mussten, kamen im vergangenen Jahr unsere Kolleg:innen aus Afghanistan und Belarus und in diesem Jahr die aus der Ukraine hinzu. Und natürlich wurde das Leben dieser Journalist:innen auf den Kopf gestellt.

In dieser Ausgabe dokumentieren wir Geschichten von Journalist:innen aus verschiedenen Ländern, die bedroht wurden und ihr Land verlassen mussten: die ägyptische Journalistin Soulafa Magdy, die sagte, der einzige Weg, ihr Leben zu retten, sei, ihr Land zu verlassen und sich in Frankreich niederzulassen; unser türkischer Kollege Adem Yavuz Arslan, der in die USA gehen musste; der afghanische Journalist Nesar Ahmad Fayzi, der seit der Machtübernahme der Taliban in Deutschland lebt; Clavel A. Rangel Jiménez aus Venezuela und Alejandro Gutiérrez aus Mexiko, der im spanischen Exil lebt.

Auch wenn wir mit befreundeten Journalist:innen – statt über die Qualität unserer Nachrichten und die Auszeichnungen, die wir erhalten haben – über Verbannung, Bedrohungen und Todesfälle sprechen: Alles Gute zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai! ►

JOURNALIST ADEM YAVUZ ARSLAN:

DIE WAHRHEIT ZU SAGEN BEFREIT

Zwar bedienten sich die gesamten türkischen Medien und sogar internationale Medien meiner erstklassigen Nachforschungen, allerdings haben die türkischen Medien sie mir gestohlen und sich zu eigen gemacht.

Journalist Post: In den USA, in die Sie als Repräsentant Ihrer Mediengruppe gingen, wurden Sie nach dem 15. Juli zum „Journalisten im Exil“. Wie hat sich das auf Ihre Arbeit als Journalist ausgewirkt?

Ich wechselte als Repräsentant der Ipek Mediengruppe (Zeitung Bugün, Bugün TV und KanalTürk) von Ankara nach Washington, D.C. Bekanntlich spielt die Repräsentanz in Ankara eine wichtige Rolle in der türkischen Medienordnung. Natürlich hatte ich einen großen Bekanntenkreis von Leuten aus Politik und Verwaltung. Ich machte TV-Sendungen, kommentierte aktuelle Themen in den Mainstream-Medien und schrieb gleichzeitig Kolumnen. Nach 2010 wurden zwei Bücher von mir veröffentlicht. Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass meine Zeit in Ankara sehr produktiv war.

Aber kritischer und unabhängiger Journalismus hat seinen Preis. Ich habe das persönlich erlebt, insbesondere nach dem Korruptionsskandal und den Razzien vom 17. Dezember 2013. Eigentlich war meine Entsendung als Repräsentant in die USA das Ergebnis dieser Atmosphäre. Ich bin im Juni 2014 nach Washington gezogen und habe dort weiter als Journalist gearbeitet. Am 28. Oktober 2015 bemächtigten sich die Treuhänder des Erdoğan-Regimes jedoch der Ipek Mediengruppe – mit Wasserwerfern und Tränengas. Ich war einer der ersten, die an diesem Abend entlassen wurden. Eine Gruppe von Journalist:innen, die die Zeitung Bugün verlassen hatten, begann die Zeitung Özgür Düşünce herauszugeben, und ich arbeitete bis zum 15. Juli 2016 als ihr Washington-Korrespondent. Nach den seltsamen und verdächtigen militärischen Ereignissen des 15. Juli wurde dieses Büro jedoch ebenfalls geschlossen. Ich wurde mit der Forderung nach lebenslanger Haft für mein 2011 erschienenes Buch „Bi' Ermeni Var“; Hrant Dink Operasyonu'nun Şifreleri („Es gibt da einen Armenier“ – die Codes der Operation Hrant Dink) in Abwesenheit vor Gericht gestellt. Mein Reisepass (sogar der meines neugeborenen Kindes) wurde annulliert. Wir stecken in Washington fest. Wir haben jedoch nicht aufgegeben und sind auf Online-Journalismus umgestiegen.

Eine Gruppe von Kolleg:innen gründete TR724.COM mit Sitz in Brüssel, und ich begann dort als Washington-Korrespondent und Kolumnist. Gleichzeitig war ich auf allen Social-Media-Kanälen aktiv, insbesondere auf Twitter und YouTube. Da ich kein regelmäßiges Einkommen hatte, also mit dem Journalismus nicht genug Geld verdienen konnte, war ich als Uber-Fahrer tätig, um meine Familie zu ernähren. Es klingt wie eine arabeske Geschichte: tagsüber Journalist, nachts Taxifahrer.

Natürlich wurden in den regimetreuen Medien die unglaublichsten Geschichten über uns geschrieben. Wir wurden dämonisiert. Das war eindeutig das Schlimmste. Was haben Menschen, die mich persönlich kannten und die ich für gute Freunde hielt, nicht alles über mich geschrieben... Unvorstellbare Verleumdungen. Einer von ihnen schrieb sogar, dass ich Hilfgelder veruntreut hätte, in einer Villa in den USA lebte und ein luxuriöses Leben führte, obwohl er wusste, dass ich als Uber-Fahrer gerade so meinen Lebensunterhalt verdiente und in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung wohnte. Daraufhin hatten viele Leute aus der Türkei Angst und wollten mit mir nicht mehr in Verbindung gebracht werden. Auch viele Informant:innen zogen sich infolge dieser Dämonisierung zurück. So wurde es noch schwerer, Journalismus zu betreiben.

Wie haben Sie sich gefühlt, als das Regime sich Ihrer Mediengruppe bemächtigt hat, und welche Roadmap haben Sie für sich selbst entworfen?

Meine Karriere begann als Gerichtsreporter. Ich war während des Irak-Kriegs 2003 und der Kosovo-Konflikte 2004 vor Ort. Also bin ich es gewohnt, mich an unruhigen Orten aufzuhalten. Kolleg:innen sagen, dass ich einen kühlen Kopf bewahren kann. Was jedoch am Morgen des 28. Oktober 2015 passiert ist, hat mich tief getroffen. Ich war auf der anderen Seite der Welt und konnte nichts tun. Ich wünschte, ich könnte in der Türkei sein und mit meinen Kolleg:innen die Tür der Ipek Mediengruppe verteidigen. Denn wenn diese Tür erst einmal aufgebrochen war, gab es kein Halten mehr für Erdoğan. Und genau das ist dann auch passiert. Die Ereignisse, die ich auf dem Bildschirm verfolgt habe, und die



Der Journalist Adem Yavuz Arslan erreichte einen großen journalistischen Erfolg, als er in den USA die Spuren von Reza Zarrab fand, der die Minister in der Türkei mit Millionen von Dollar bestochen hatte. Auf diesem Bild ist Arslan in Miami zu sehen, wohin er ging, um Zarrab zu folgen.

Geschichten der Kolleg:innen, mit denen ich gesprochen habe, haben mich zermürbt. An diesem Tag schrieb ich zum letzten Mal eine Kolumne für die Bugün Gazetesi. Sie war überschrieben mit: „Wir werden mit erhobenem Haupt gehen. Und ihr?“ Die Kolumne wurde auf der Website der Zeitung veröffentlicht. Leider wurden wir an diesem Tag im Widerstand gegen die despotischen Kräfte des Regimes allein gelassen. Die Türkei zahlte dafür einen hohen Preis. Wäre an diesem Tag die Tür der Ipek Mediengruppe nicht erbrochen worden, wäre die Türkei nicht so weit vom Weg abgekommen.

Was den Weg betrifft, den ich selbst verfolge: Wir hatten nicht viele Alternativen – entweder den Beruf aufgeben oder neue Wege beschreiten. Den Job aufzugeben war für mich keine Option. Deshalb habe ich überall, wo ich konnte, als Journalist weitergearbeitet: Ich schrieb einen Blog, erstellte eine YouTube-Seite, war auf Twitter und Facebook aktiv und habe schließlich angefangen für TR724.com zu schreiben. Ich habe zwar immer noch nicht genug Geld verdient, um vom Journalismus leben zu können, war aber weiter Vollzeit als Online-Journalist tätig. Ich kann sagen, dass ich seit dem Tag, an dem die Zeitung geschlossen wurde, an keinem einzigen Tag nicht gearbeitet habe. Außerdem suchte ich nach Möglichkeiten mich weiterzuentwickeln. Als langjähriger Journalist kann ich sagen, dass ich handwerklich gute Arbeit geliefert habe. Aber ich habe gemerkt, dass ich mich akademisch weiterbilden musste. Deshalb habe ich ein Masterstudium in Internationale Beziehungen begonnen. Nach zwei Jahren habe ich meine Masterarbeit über die Social-Media-Richtlinien und -Verbote des Erdoğan-Regimes vorgelegt.

Vor welchen Herausforderungen stehen Journalist:innen im Exil? Wie überwinden Sie diese?

Das Schwierigste am Journalismus im Exil ist es, die Zielscheibe des Regimes zu sein. Sie dämonisieren einen derart, dass viele Menschen den Kontakt zu einem abbrechen. Daher versiegen unsere Nachrichtenquellen weitgehend. Wenn man jedoch nicht aufgibt, kann man neue Quellen finden. Der Journalismus in der Türkei ist im Prinzip am Ende – was eigentlich einen Vorteil in sich birgt. Jemand, der zum Beispiel sagt: „Solche Nachrichten kann man in der Türkei nicht veröffentlichen“, kann uns dann auf anderen Wegen Informationen übermitteln. Es hat also sowohl Vorteile als auch Nachteile. Finanzielle Schwierigkeiten usw. sind natürlich eine Realität, die jeder Exilant erlebt.

Sie sind weiterhin Journalist, aber vom Journalismus kann man nicht leben. Woher nehmen Sie die Motivation weiterzumachen?

Journalismus muss man aktiv betreiben. Als Doktor oder Ingenieur zum Beispiel muss man nicht zwingend seinen Beruf praktizieren, um als solcher betrachtet zu werden. Aber beim Journalismus ist das anders. Wer Journalismus nicht betreibt, ist kein Journalist. Zunächst einmal habe ich aus Respekt vor meinem Beruf nie eine Pause gemacht. Zweitens mussten wir uns für unsere Kolleg:innen im Gefängnis einsetzen, und das hat uns viel abverlangt. Drittens schreibt jeder seine eigene Geschichte. Was man in schwierigen Situationen tut, was man bevorzugt, das macht die eigene Geschichte aus. Ich suche weiterhin nach der Wahrheit, denn ich weiß, dass die Wahrheit einen frei macht. ►



Ich erhalte weiterhin Drohungen von den Unterstützern des Erdogan-Regimes. Vor meinem Haus liefen tagelang komische Männer umher. Sie machten Fotos von meiner Frau und meinen Kindern und veröffentlichten sie in den Medien. Sie posteten meine Adresse in den sozialen Medien und schrieben „Warte auf uns“.

übriggeblieben. Einige haben – freiwillig oder unfreiwillig – die Rhetorik des Regimes übernommen. Es gab welche, die verhielten sich päpstlicher als der Papst, verharrten in einer Art „fauler Wolf“-Modus oder sagten „Das juckt mich nicht“ – obwohl sie innerlich fluchten – und bezeichneten unschuldige Menschen als Terroristen ... Leider gibt es keine freie Presse mehr. Zeitungen, Sender und Websites sind zu Propagandainstrumenten des Regimes geworden. Der einzige Weg für echte Nachrichten und Nachrichtenmacher ist jetzt der virtuelle. Auf diesen Bereich konzentriere auch ich mich. Trotz aller Verbote (mein YouTube- und Twitter-Account wurde von der türkischen Regierung gelöscht) werden die Nachrichten immer noch hunderttausendfach angeschaut und verfolgt. Ich kann behaupten, dass allein die von mir produzierten Inhalte mehr Menschen erreichen als die Zeitungen Hürriyet und Sabah zusammen.

Welche Schwierigkeiten hatten Sie während der Besuche von Recep Tayyip Erdoğan und seinen Ministern in Washington?

Natürlich hat man es als ein vom Regime zum Feind erklärter Mensch nicht einfach. So kann man beispielsweise den Gesprächen der Delegationen aus der Türkei in Washington nicht beiwohnen. Vor dem 15. Juli konnten wir wenigstens einigen Veranstaltungen beiwohnen. Allerdings hatten wir auch damals schon viele Probleme. Im Mai 2016 wurde ich während Erdogans Besuch in Washington zu einer Veranstaltung der Brookings Institution eingeladen. Diese 100 Jahre alte Institution hat mich zu einem Vortrag von Erdoğan eingeladen. Mit meinem Presseausweis um den Hals und der Einladung in der Hand wurde ich von Erdogans Bodyguards physisch angegriffen und aus dem Gebäude geworfen. Alles geschah vor den Augen der Kameras. Namhafte Medien wie CNN und die Washing-

► **Sie waren dann der Journalist, der Jahre später den Korruptionsskandal rund um Reza Zarrab aufgedeckt hat. Können Sie beschreiben, wie es Ihnen dabei ging?**

Obwohl es heute nicht mehr üblich ist, ist es im Journalismus unverzichtbar, „einer Ahnung, einer Intuition zu folgen“. Ich war einer der Ersten, der in der Türkei von Reza Zarrab hörte. Ich hatte schon vor dem politischen Erdbeben vom 17. Dezember 2013 von ihm gehört, er stand schon seit Jahren auf meiner Agenda. Ich war auch dabei, als er 2016 in Miami festgenommen und mit gefesselten Füßen und Händen in New York vor Gericht gestellt wurde. Ich bin einer der wenigen Menschen, die den Prozess 2017 vom ersten bis zum letzten Tag verfolgt haben. Auf Periscope habe ich zwei Mal am Tag über die Anhörungen berichtet; die Videos wurden Hunderttausende Male angeschaut. Sogar diejenigen, die mich ungeheuerlich verleumdete, verfolgten diesen Fall durch meine Berichterstattung.

Ich habe Zarrab danach immer noch im Auge behalten, und er blieb jahrelang auf meiner Agenda. Schließlich lebte dieser Mann in Amerika und ich wollte ihn finden. Eines Tages bekam ich einen Hinweis und ging dieser Spur nach. Ich habe Zarrab tatsächlich aufgespürt, indem ich offen zugängliche Quellen verfolgt und den richtigen Leuten die richtigen Fragen gestellt habe. Nach meinen Recherchen ging ich nach Miami. Eigentlich war es ein riskantes Geschäft, aber im Journalismus muss man Risiken eingehen. Ich fand Zarrab und sprach kurz mit ihm. Ich glaube, die Meldung, die ich danach in allen Details vorbereitet hatte, war eine erstklassige. Alle türkischen Medien, sogar internationale Medien, griffen sie auf, aber die türkischen Medien haben sie mir gestohlen und sich zu eigen gemacht. Das hat mich zwar nicht überrascht, aber doch zum Nachdenken gebracht. Was würden diejenigen, die in einem so offensichtlichen Fall derart unehrlich handeln, nicht noch alles zu tun imstande sein?

Obwohl Sie sich für das journalistische Ereignis des Jahres verantwortlich zeichneten, wurden Sie von den Medien, die die Meldung über Reza Zarrab aufgriffen, ignoriert oder man nannte Sie einen „FETÖ-Flüchtling“. Wie bewerten Sie diese Heuchelei?

Wie eben schon gesagt, überraschte es mich nicht, hat mich aber zum Nachdenken gebracht. Denn das war meine Meldung, und zwar eine erstklassige. So ging sie in die Geschichte ein. Ich ging als die Person, die die Nachricht – die Meldung des Jahres – gemacht hat, in die Geschichte ein, und sie als diejenigen, die diese Nachricht gestohlen haben. Das ist eine Tatsache. Eines Tages werde ich sie an ihre Heuchelei erinnern. Viele meiner Kolleg:innen sagen, dass sie aufgrund der traumatischen Wirkung des Erlebten die „Akte Türkei“ geschlossen hätten. Ich denke das Gegenteil und sage: Ich werde zurückkehren, um denen in die Augen zu schauen, die uns so verleumdet haben. Jeder wird über seine Taten Rechenschaft ablegen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage der türkischen Presse?

Der Zusammenbruch des ganzen Landes geht auch nicht spurlos an der Presse vorbei. Auch die Presse ist verkommen, es ist vorbei, sie stinkt. Nur eine Handvoll Journalist:innen sind



Arslan sagt, dass er als Uber-Fahrer arbeiten muss, damit er Lebensunterhalt für seine Familie verdienen kann, da er kein regelmäßiges Einkommen hat.



Arslan sagt, er habe eine Ecke seines Hauses in ein Studio umgewandelt, um als Journalist arbeiten zu können.



Für Arslan, der die wichtigen Fälle in den USA verfolgt, sind die Treffen im Weißen Haus besonders wichtig.

ton Post brachten die Ereignisse auf ihren Titelseiten. In einer Stadt, in der die Pressefreiheit fast schon heilig ist, waren das unerhörte Ereignisse. Tatsächlich wurde Präsident Obama am nächsten Tag direkt auf den Vorfall angesprochen und es blieb ihm nichts anderes übrig als zu sagen: „Wir billigen solche Vorfälle nicht.“

Was mich an diesem Tag am meisten traurig gemacht hat: Ich bin seit 1994 Journalist. Die einzige Unterbrechung war während meiner Militärzeit. Ich habe in allen Bereichen gearbeitet: vom Korrespondenten bis zum Redakteur, vom Ankara-Repräsentanten bis zum Kolumnisten. Ich habe also viele Kontakte. Als mich an diesem Tag Erdoğan Leibwächter angegriffen haben, wandten sich meine Kolleg:innen ab, mit denen ich jahrelang in denselben Institutionen gearbeitet und auf langen Reisen viel Zeit verbracht hatte. Keiner von ihnen sagte zu Erdoğan Leibwächtern: „Was macht ihr da?“ Als ob das nicht schon genug wäre, machten sie sogar Fotos von mir, twitterten und schrieben Unfassbares über mich. Und das, obwohl sich diese Leute in ihren Schriften und Sendungen noch bis vor ein paar Jahren auf meine Arbeiten bezogen hatten und mich baten, in ihren Sendungen aufzutreten. Man kann vieles irgendwie vergessen, aber die Haltung dieser Kolleg:innen werde ich nicht vergessen.

Von den Leuten des Erdoğan-Regimes kommen weiterhin Drohungen. Vor meinem Wohnhaus in den USA lungerten tagelang fremde Männer herum. Sie machten Fotos von meiner Frau und meinen Kindern, die Medien berichteten auf der Titelseite. Mein 3.000-Dollar-Auto verwandelte sich in ein „Luxusfahrzeug“ und meine gewöhnliche Zweizimmerwohnung in eine „Villa“. Sie posteten meine Privatadresse in den sozialen Medien und schickten Nachrichten wie „Wir kommen wieder!“. Die Übergriffe gehen weiter.

Was raten Sie Journalist:innen im Exil?

Zunächst einmal ist es etwas Positives, ein „Exilant“ zu sein. Es ist ein Beweis dafür, dass man bei seinen Grundsätzen keine Kompromisse eingegangen ist. Man muss das Exil also nicht negativ sehen. Irgendwie werden wir einen Weg finden – der Fuß, der läuft, findet einen Weg. Obwohl uns die Hände gebunden sind, erreichen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln mehr Menschen als die Erdoğan-Medien.

Ich habe in meinem Berufsleben schon viele mächtige Generäle und hochnäsige Politiker kommen und gehen sehen. Aber gute Journalist:innen wird es immer geben. Seid gute Journalist:innen, liefert gut Arbeit ab, der Rest ist nicht wichtig. Neben all den mit ihm einhergehenden Schwierigkeiten ist das Exil auch lehrreich. Auf Null zurückgesetzt zu werden, alles zu verlieren, ist eine wichtige Erfahrung. Entscheidend ist, immer gute Arbeit zu leisten. Alle Probleme werden vorübergehen, alle Schwierigkeiten werden vergessen sein, aber das, was man zur Geschichte beigetragen hat, das, was man hervorgebracht hat, bleibt. Daher: Lasst euch von nichts aufhalten, seid weiter produktiv! ■

Venezuela-USA

CLAVEL A. RANGEL JIMÉNEZ:

**DAS TRAUIGSTE
AM EXIL IST DAS GEFÜHL,
NIRGENDWO HINZUGEHÖREN**





Was ist in Venezuela wirklich los?

Venezuela wird von einem autoritären Regime des 21. Jahrhunderts regiert. Das ist eine Kombination aus demokratischen Wahlen und Populismus, um die Freiheiten des Landes zu zerstören und die Macht zu übernehmen, indem man die linke Bewegung verhöhnt. Die Korruption und die Verfolgung der Opposition sind Teil des Systems in Venezuela,

2022 begann mit Gewalt gegen Journalisten in der Welt. Ist die Situation für Journalisten in Ihrem Land so kritisch?

Ja, das ist sie, seit Hugo Chávez Präsident war. Unter der Regierung von Nicolas Maduro hat sich die Situation weiter verschlechtert und viele Journalisten haben das Land aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Zwei davon waren: Die politische Verfolgung und die Schließung vieler Fernseh- und Radiosender und Zeitungen. Sie drohen das Land zu ersticken. wirtschaftlich und rechtlich.

Sie sind noch jung, und in diesem jungen Alter sind Sie Journalist im Exil geworden? Wie kommt das?

Ich bin 36 Jahre alt, und ich hätte nie gedacht, dass ich mein Land verlassen müsste, weil ich in Venezuela Journalismus mache. Ich dachte immer, dass ich eine Weile im Ausland leben würde, um einen Master oder ein anderes Studium zu absolvieren, aber die Situation zwang mich dazu.

Warum mussten Sie aus Venezuela fliehen? Warum wurden Sie zur Zielscheibe Ihrer Regierung?

Ich habe mit einem Partner einen investigativen Bericht über einen Geschäftsmann in Guayana geschrieben, der im Süden Venezuelas in der Aluminium- und Eisenbranche tätig und in Korruption verwickelt ist. Bei meiner Arbeit in meiner Stadt ging es immer um Syndikate und Ermittlungen gegen staatliche Unternehmen, die in der Bergbauindustrie tätig sind. Im Jahr 2016 wurde die Zeitung, in der ich arbeitete, wegen eines Berichts verklagt, den ich geschrieben hatte und den der Herausgeber und die Zeitung unterstützten. Damals wurde ich nicht verklagt, aber mein Redakteur. Jetzt, im Jahr 2022, richtet sich die Klage gegen meinen Partner, den Mitverfasser des Untersuchungsberichts, und mich. Diese Situation und die Verschlechterung der politischen Aussichten in Venezuela

veranlassen mich, das Land zu verlassen.

Mit welchen Herausforderungen und Problemen sind Sie als Journalist im Exil konfrontiert?

Am schwierigsten ist es, sich psychologisch an das neue Land anzupassen, und ohne meine Familie, meine Freunde und meinen Freund auszukommen. Wenn man dann noch merkt, dass man als Journalist weit weg von seinem Land ist, hat man manchmal das Gefühl, von nirgendwo zu sein, was sehr traurig und verwirrend ist. Und schließlich muss man sich um alle rechtlichen Dinge kümmern, um sicher zu sein und alle Genehmigungen für die Arbeit zu haben. All diese Prozesse sind langwierig, und man braucht viel Geduld und Geld, um sie zu bewältigen.

Venezuela ist ein sehr schwieriges Land für Journalisten. Besteht die Bedrohung durch die Regierung auch dort, wo Sie jetzt leben?

Nein, hier nicht. Ich fühle mich sicher, aber ich weiß, dass einige der Leute, die in Venezuela in Korruption verwickelt sind, in meinem neuen Land leben.

Können Sie jetzt auf Ihre Nachrichtenquellen zugreifen? Sollten Journalisten aufhören zu schreiben und zu recherchieren, wenn Politiker wollen, dass sie schweigen?

Ja, aber ich verliere einige meiner Quellen, weil einige von ihnen Angst haben, mit jemandem zu sprechen, der in einem anderen Land lebt.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, was würden Sie die Leute fragen, die Sie ins Exil gezwungen haben?

Ich weiß es nicht. Ich denke nichts.

Sie leben jetzt in einem demokratischen und freien Land. Fühlen Sie sich jetzt wirklich frei?

Ich fühle mich jetzt frei, aber man weiß ja nie.

Was ist Ihre Botschaft an Ihre Kollegen, die im Exil leben und für die Achtung der Presse- und Meinungsfreiheit in ihrem Land kämpfen?

Ich weiß es nicht. Ich bin seit einem Jahr nicht mehr in meinem Land und weiß nicht, was ich anderen in meiner Situation sagen soll. Ich würde gerne mit anderen an diesem Ort sprechen, aber ich kann sagen, dass sie auf ihre eigene Arbeit und das Ergebnis dieser Arbeit vertrauen sollten. ■

CLAVEL A. RANGEL JIMÉNEZ

Die venezolanische Journalistin Clavel Rangel ist die Redakteurin des Newsletters Soy Arpita. Sie ist eine freiberufliche Journalistin, die über die Politik und den politischen Einfluss von Orinoco Mining Arc im Süden Venezuelas berichtet. Sie ist Journalistikprofessorin an der Katholischen Universität Andrés Bello in Venezuela. Sie ist auch Koordinatorin des Forschungsprojekts, das sich auf Entführungen im Goldabbau fokussierte. Sie besitzt Resilience Fund Fellow 2020, Inter American Press Association Award 2020 und Roche Award 2017.

AFGHANISCHER JOURNALIST NESAR AHMAD FAYZI:

TALIBAN HABEN ANGST VOR JOURNALIST:INNEN!

Ich glaube, die Taliban haben Angst vor Journalist:innen, weil sie nicht an Meinungsfreiheit glauben. Die Taliban-Mentalität, die nach 20 Jahren die Kontrolle des Landes übernahm, ist die doch gleiche, an die ich mich aus meiner Kindheit erinnere. Ich sehe es nicht, dass sich ihre Gedanken und ihr Verhalten veränderten oder verbesserten.

Tch wurde 1988 in der nordafghanischen Stadt Scheberghan geboren, besuchte die High-School in meiner Heimatstadt und zog nach Masar-e Scharif, um persische Literatur zu studieren. Nach Abschluss des Studiums im Jahr 2009 zog ich in die Hauptstadt Kabul, wo ich im April 2010 meinen ersten Job bei der Nachrichtenagentur Associated Press antrat, nachdem ich eine dreimonatige Schulung zum Filmen und Bearbeiten von Nachrichten und Reportagen erhalten hatte.

Die Associated Press bot mir Raum, meine Karriere als Videojournalist aufzubauen. In den über neun Jahren bei der Agentur konnte ich ein Netzwerk mit vielen großen Kunden wie BBC, Al Jazeera, CBS, Al Hurra, CGTN, Al Mayadeen, dem ZDF und auch mit ehemaligen Regierungsvertretern knüpfen.

An dem Tag, an dem mein Vertrag mit der AP endete, begann ich beim ZDF zu arbeiten.

Nach fast einmonatigen Vorgesprächen und Verhandlungen mit Zabihullah Mujahid stimmte er im Februar 2021 zu, dass ich eine Gruppe von Taliban-Kämpfern im Bezirk Waghaz in der Provinz Ghani treffen könnte.

Es war das erste Mal, dass die Taliban ausländischen Medien größtmöglichen Zugang zur Berichterstattung gewährten.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, aber andererseits war ich auch sehr besorgt, die Taliban wiederzusehen, die ich schon aus meiner Kindheit kannte, denn es gab kaum eine Verbesserung oder Veränderung in ihrem Denken und Verhalten.

Warum sind Sie zu einem Exil-Journalisten geworden?

Ich glaube, die Taliban hatten Angst vor mir und anderen Journalist:innen, weil ihnen nichts

an der Meinungsfreiheit liegt. Wollte ich meine Arbeit von meinem Land aus fortsetzen, hatte ich zwei Alternativen: meine Aktivitäten einzuschränken und positiv über die Taliban zu berichten oder zufällig getötet zu werden, wie viele meiner Freunde. Die andere Möglichkeit war, meine Arbeit vom Ausland aus fortzusetzen.

Warum mussten Sie aus Afghanistan fliehen?

Ich bin im Krieg geboren und aufgewachsen, ich wollte mein Land nie verlassen. Ich habe meinen Job auch unter schwierigen Umständen gemacht, weil ich meinen Job liebe. Aber schließlich war es mir als einheimischem Journalisten nicht mehr möglich, meinen Job zu machen, und um meine Ziele weiter verfolgen zu können, habe ich beschlossen, mein Land zu verlassen.

Warum sind Sie zur Zielscheibe der Taliban geworden?

Die Taliban sind eine unterdrückerische und egoistische Terrorgruppe. Sie wollen niemanden haben, der gegen sie ist, wie zum Beispiel Menschen aus der Zivilgesellschaft, Journalist:innen oder Menschenrechtsaktivist:innen. Als Journalist ist es meine Aufgabe, die Realität aufzuzeigen, und sie haben Angst, dass die Welt davon erfährt. Deshalb wurde ich aufgrund meiner Arbeit zur Zielscheibe der Taliban.

Mit welchen Herausforderungen sind Sie als Journalist im Exil konfrontiert?

Ich habe schon am Tag nach meiner Ankunft einen Job gehabt. Ich verdiene genug Geld und habe ein gutes Leben. Aber ich wünschte, ich wäre frei, in meinem eigenen Land und müsste meine Arbeit nicht aus der Ferne machen.

Afghanistan ist ein sehr schwieriges Land.



NESAR AHMAD FAYZI:

Er wurde 1988 in Scheberghan, Afghanistan, geboren. Er war bei Associated Press, BBC, Al-Jazeera, CBS, Al Hurra, CGTN und Al Mayadeen tätig. Nun arbeitet er für ZDF.

Halten die Drohungen der Taliban an? Können Sie auf Ihre Nachrichtenquellen zugreifen?

Diese Frage muss ich sehr vorsichtig beantworten.

In Afghanistan gibt es im Moment zwei große Probleme:

1. Armut

2. Was machen die Taliban, die nach 20 Jahren wieder zurück sind?

Die meisten Medien berichten über die Armut, und es ist leicht, darüber zu berichten, denn man kann ohne Schwierigkeiten an entsprechende Quellen kommen.

Aber der Zugang zu dem, was die Taliban in der Region tun, ist sehr eingeschränkt. Die Leute haben Angst, interviewt zu werden, und wir haben nur wenige Quellen.

Sollten Journalist:innen aufhören zu schreiben und zu recherchieren, wenn Politiker sie zum Schweigen bringen wollen?

Nein, natürlich nicht! Ich denke, Journalismus fängt da an, wo Politiker wollen, dass Journalist:innen schweigen. Journalist:innen sollten einen Weg finden, um zu berichten, um den Menschen zu zeigen, warum oder was falsch läuft, wovor die Politiker Angst haben, dass darüber berichtet wird.

Ich denke, dass es bei der Beziehung zwi-

schen Journalist:innen und der Bevölkerung [wir denken, sie mögen keine Journalist:innen] nicht darum geht, ob man sich mag oder nicht, sondern dass diese Menschen Angst vor Journalist:innen haben und sie deshalb manchmal bedrohen oder töten.

Wenn Sie die Möglichkeit dazu hätten, was würden Sie die Menschen, die Sie ins Exil gezwungen haben, gerne fragen?

Ich habe viele Fragen, aber die Hauptfrage ist: Glauben sie wirklich, dass sie mit ihren Anschauungen und Überzeugungen noch lange bestehen werden?

Sie leben in einem demokratischen und freien Land. Fühlen Sie sich wirklich frei?

Ich bin noch sehr neu hier, aber bisher hält mich nichts davon ab, meine Arbeit zu tun.

Was ist Ihre Botschaft an Ihre Kolleg:innen, die im Exil leben und für die Presse- und Meinungsfreiheit in ihrem Land kämpfen?

Ich sage ihnen, dass sie weiterkämpfen sollen, denn Afghanistan ist nicht mehr das Afghanistan von vor 20 Jahren. Die Menschen haben sich verändert und wir haben ihre Unterstützung. ■



ALEJANDRO GUTIÉRREZ

Seit 2007 ist Alejandro Gutiérrez für das Magazin Proceso in Spanien als Reporter tätig. Zuvor arbeitete er für andere Medieninstitutionen in Mexiko, die über Politik- und Grenzsicherheitsthemen berichteten. Er ist auch Autor des Buches „Drug trafficker: The Great Calderon challenge“. Unter den Artikeln, die er für Proceso schrieb, fällt „Dark fortune of I. Juan Carlos“ auf.

ALEJANDRO GUTIÉRREZ:

DIEJENIGEN, DIE MICH BEDROHTEN, SIND JETZT IM GEFÄNGNIS



Was geschieht wirklich in Mexiko?

Seit Jahren erlebt Mexiko einen zunehmenden Prozess des institutionellen und sozialen Zerfalls, der sich in einer gefühlten Unsicherheit der Bürger und einem hohen Maß an Gewalt widerspiegelt, und von dem Journalisten in notorischer Weise betroffen sind, was uns zu einem der gefährlichsten Länder für die Ausübung des Journalismus macht.

Meiner Meinung nach ist diese Gewalt gegen Journalisten - in Form von Morden, Überfällen, Drohungen und Vertreibungen - im Grunde ein Angriff und eine Verletzung des Rechts auf Information und Meinungsfreiheit, die Grundpfeiler einer Demokratie sind.

Organisationen wie Artikel 19 haben die Ermordung von 150 Journalisten (138 Männer und 12 Frauen) im bisherigen Verlauf dieses Jahrhunderts dokumentiert.

Bisher haben die Regierungen aller politischen Richtungen (PAN, PRI und Morena) gezeigt, dass sie nicht in der Lage sind, dieses Phänomen zu bekämpfen und einzudämmen. Abgesehen von den Reden der Machthaber gibt es in der öffentlichen Politik nur unbedeutende Änderungen. Im Gegenteil, die Verflechtungen zwischen Politik und organisiertem Verbrechen werden immer stärker.

In Mexiko haben wir es mit einer von Korruption zerrissenen Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz zu tun, die verdummt und überhaupt nicht daran interessiert ist, die Morde an Journalisten zu untersuchen.

Das Jahr 2022 begann mit Gewalt gegen Journalisten in Mexiko. Ist die Situation für Journalisten so kritisch?

Dieses Jahr war für die Journalisten in Mexiko dramatisch, denn sechs Kollegen wurden ermordet, insgesamt 31 in der aktuellen Regierung von Andrés Manuel López Obrador, im Vergleich zu 47 in der vorherigen Amtszeit von Enrique Peña Nieto.

Leider bleibt die Straflosigkeit bestehen, denn wie bei den übrigen Morden im Land liegt die Zahl der Fälle, in denen die Verantwortlichen gerichtlich verurteilt wurden, bei unter 2 %. Politik und organisierte Kriminalität sind weiterhin eng miteinander verflochten.

Ein Beispiel: Die Regierung von Javier Duarte im Bundesstaat Veracruz (Dezember 2010-November 2016) war die tödlichste für Journalisten: 18 Journalisten wurden ermordet, wie Artikel 19 dokumentiert. In diesem Zeitraum wurden zwei Kollegen meines Mediums, des Magazins Proceso, in getrennten Fällen ermordet und die Mörder sind noch immer unge-

straf: Regina Martínez, unsere Korrespondentin in Veracruz, und der Fotojournalist Rubén Espinosa (er wurde zwar in Mexiko-Stadt ermordet, aber seine informative Arbeit wurde in Veracruz gemacht). Die Behörden der Staatsanwaltschaft haben es immer vermieden, die Ermittlungen in Bezug auf ihre journalistische Arbeit zu vertiefen.

Warum sind Sie ein Journalist im Exil? Wie kam es dazu?

Im Jahr 2007 erhielten wir die Information, dass das Kartell Familia Michoacana-Zetas meine Ermordung angeordnet hatte. Die Leitung meines Mediums, der Zeitschrift Proceso, hielt das Risiko, in Mexiko zu bleiben, für zu hoch und schlug mir vor, als Alternative nach Spanien zu gehen. Nur nach sieben Tagen war ich in Madrid.

Bei der Zeitschrift Proceso in Mexiko-Stadt war ich für die Berichterstattung über politische Themen und die Untersuchung von Korruptionsfällen zuständig, aber in meiner vorherigen Tätigkeit als Korrespondent in Chihuahua und der Grenzstadt Ciudad Juárez hatte ich häufig mit Ermittlungen über Drogenhandel, Drogenpolitik, nationale Sicherheit und Grenzfragen zu tun.

Aufgrund einer internen Umstrukturierung des Personals in Mexiko-Stadt befasste ich mich von 2005 bis 2006 mit Fragen des Drogenhandels, die zu dieser Zeit immer häufiger auftraten und größere Auswirkungen hatten.

Ich war an dieser Stelle, als Felipe Calderón zu Beginn seiner Regierungszeit den so genannten "Krieg gegen die Drogen" ankündigte, der wie ein Schlag ins Wespennest war, weil er in Mexiko Gewalt auslöste wie nie zuvor.

Ich hatte gerade ein Buch über den Drogenhandel und die Drogenpolitik geschrieben (Narcotráfico. El gran desafío de Calderón - Planeta, 2007) und begann wieder, für die Zeitschrift zu berichten. In Michoacán kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen einige Soldaten getötet wurden. Wir veröffentlichten, und Tage später erhielt der Direktor von Proceso die Information über die Bedrohung gegen mich.

Warum mussten Sie aus Mexiko fliehen? Warum wurden Sie zur Zielscheibe der mexikanischen Regierung?

Ramón Pequeño, ein hochrangiger Beamter im Team des Ministers für öffentliche Sicherheit, Genaro García Luna, war derjenige, der uns von der Drohung gegen mich unterrichtete, weil ich angeblich detailliert die Namen und Ränge der kriminellen Gruppe in Michoacán veröffentlicht hatte, die in die Ermordung der Soldaten verwickelt war, von denen einer ein hochrangiges Mitglied der Armee war.

Wir von der Zeitschrift Proceso trauten den Worten von García Luna und seinen engsten Mitarbeitern jedoch nicht, denn wir kannten Berichte, die ihn mit Leuten des organisierten Verbrechens in Verbindung brachten, wir veröffentlichten sogar einige seiner korrupten Handlungen. Meine Chefs und meine Kollegen versuchten, in inoffiziellen Gesprächen mit anderen Sicherheits-, Geheimdienst- und anderen Quellen Hinweise auf die Bedrohung zu finden oder zu bestätigen.

Eine militärische Quelle in der Regierung selbst vertraute uns an, dass sie den Verdacht hegte, die Drohung gegen mich könnte aus García Lunas eigenem Sekretariat stammen und nicht wirklich von der Drogenhändlergruppe. Wir konnten dies nie bestätigen. Fest steht jedoch, dass García Luna heute im Gefängnis sitzt und vor einem New Yorker Bundesgericht wegen seiner Verwicklung in das Sinaloa-Kartell angeklagt ist.

Mit welchen Herausforderungen und Problemen sind Sie als Journalist im Exil konfrontiert?

Manchmal ist das Verlassen unseres Landes die einzige Möglichkeit, unser Leben zu retten, aber es ist nicht einfach, vor allem, wenn man zur Ausreise gezwungen wird, denn man leidet unter schwerem posttraumatischem Stress, weil man weiß, dass die Gefahr über einem schwebt. Selbst wenn man im neuen Land gute Menschen kennenlernt, ist es nicht einfach, angesichts einer so gewalttätigen und erzwungenen Situation sein Leben neu aufzubauen.

In Spanien hatte ich das Glück, als Korrespondent für meine Zeitschrift Journalismus betreiben zu können, aber das war nicht immer einfach. Besonders am Anfang gab es starke Veränderungen, sogar Depressionen. Leider haben andere mexikanische Kollegen diese Möglichkeit nicht.

Mexiko ist ein sehr gefährliches Land für Journalisten. Ist die Bedrohung durch Mexiko dort, wo Sie jetzt leben, immer noch präsent?

Mexiko ist ein sehr gefährliches Land, wenn man Journalismus betreibt. Das gilt umso mehr für die Kollegen, die in den Städten und Gemeinden der Bundesstaaten außerhalb der Hauptstadt arbeiten, die am gefährlichsten und verwundbarsten sind und oft keine Unterstützung durch ihre eigenen Medien haben. Es gibt Studien von Psychologen, die bestätigen, dass diese Journalisten in den Bundesstaaten und in kleinen mexikanischen Städten unter posttraumatischem Stress leiden, der schlimmer ist als der eines Kriegsberichterstatters.

In meinem Fall hat sich die Bedrohung durch den Aufenthalt in Spanien verflüchtigt. Ein gewisser Abstand hat dazu beigetragen, das Risiko und den Druck zu verringern. Ich bin schon mehrmals nach Mexiko zurückgekehrt und hatte bisher keine Probleme.

Können Sie jetzt auf Ihre Nachrichtenquellen zugreifen? Sollten Journalisten aufhören zu schreiben und zu recherchieren, wenn Politiker sie zum Schweigen bringen wollen?

Ich habe den Kontakt zu meinen alten Quellen wieder aufgenommen, wenn auch eher sporadisch, denn viele dieser Quellen sprechen aus Sicherheitsgründen nur persönlich mit mir.

Es ist ein Dilemma: weiter recherchieren oder aufhören zu schreiben. Ich würde es nicht wagen, einen Kollegen zu kritisieren, der beschließt, mit dem Schreiben aufzuhören, aber jeder von uns muss die Risiken abwägen und wissen, wie weit er gehen soll. Das Ideal wäre es, an jedem Thema unter Wahrung unserer körperlichen Unversehrtheit arbeiten zu können.

Die Kollegen selbst haben jedoch ihre eigenen Sicherheitsnetze aufgebaut, z. B. indem sie sich als Gruppe zusammenschließen, um bestimmte Themen zu behandeln, indem sie gemeinsam arbeiten, indem sie ständige Kommunikationscodes zwischen Gruppen von Kollegen aufrechterhalten und indem sie in sozialen Netzwerken und Berichten Alarm schlagen, sobald jemand in Gefahr ist. Wissen, wie man mit Stress umgeht und Empfehlungen für die Meldung von Problemen, die eine Gefahr darstellen könnten.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, was würden Sie den Menschen, die Sie ins Exil gezwungen haben, gerne fragen?

Ich würde sie fragen: Was war das wahre Motiv für die Anordnung meiner Ermordung? Welche Regierungsmitglieder waren daran beteiligt, denn ich bin überzeugt, dass es sich nicht nur um das organisierte Verbrechen handelte, dem eine Veröffentlichung unangenehm war. ■

SOULAFI MAGDY:

LASS UNS DIE STIMME DER SCHWACHEN JOURNALIST:INNEN WERDEN



Ägypten gehört neben der Türkei und China zu den drei Ländern der Welt, in denen die meisten Journalist:innen inhaftiert sind. Wie war die Situation der Presse in Ihrem Land? Wie sieht das Leben von Journalist:innen in Ägypten aus?

Ehrlich gesagt habe ich in den vergangenen elf Jahren, in denen ich in Ägypten als Journalist tätig war, beobachtet, wie sich die Situation der ägyptischen Presse und die Lage der ägyptischen Journalist:innen immer weiter verschlechtert hat. Lassen Sie uns die vergangenen Jahre in drei historische Phasen unterteilen.

Die erste Phase fand vor der Januarrevolution statt. In diesem Zeitraum, von 2008 bis 2011, war das damalige Regime gezwungen, einen Raum für die Pressefreiheit zu öffnen, und dank der starken Rolle des Journalist:innenverbandes bei der Verteidigung der Rechte seiner Mitglieder und der Einrichtung zahlreicher anderer Websites, die sich gegen das Mubarak-Regime richteten, gab es zu dieser Zeit keine Übergriffe. Die Journalisten schufen, abgesehen von den engsten Grenzen, eine besondere Atmosphäre für die Arbeit in der ägyptischen Presse. Die zweite Phase war unmittelbar nach der Revolution, es war eine goldene Zeit für die ägyptische Presse. Sogar die offiziellen Zeitungen rebellierten gegen ihre ständige Loyalität gegenüber dem Staat, aber diese Phase dauerte nicht allzu lang.

Die dritte und aktuelle Phase währt seit 2013 und dem Militärputsch in Ägypten. Jetzt ist alles auf den Kopf gestellt. Wir haben erlebt, wie Journalisten verhaftet wurden, während sie ihrer journalistischen und medialen Arbeit nachgingen. Wir wurden Zeugen von Morden an Fotografen und Journalisten und von direkten Angriffen auf jeden, der versuchte, eine andere Geschichte als die der Behörden zu erzählen.

Seitdem hat sich die Situation weiter verschlechtert und Journalist zu sein ist in Ägypten zu einer Anschuldigung geworden.

So hat der Verband in dieser Zeit weder interveniert noch eine einzige Erklärung abgegeben, um die Verhaftung von Journalist:innen zu verurteilen, abgesehen von einzelnen Versuchen einiger Mitglieder des Präsidiums. Selbst der Journalist:innenverband, der einst die letzte Zuflucht für ägyptische Journalisten war, spielte bei der Verteidigung von Journalist:innen keine wirkliche Rolle mehr und identifizierte sich vollständig mit den Behörden.

Es gab viele Beschuldigungen gegen Sie. Warum wurden Sie verhaftet und warum wurden Sie wieder freigelassen?

Ich weiß nicht genau, warum ich verhaftet und warum ich freigelassen wurde, beide Entscheidungen wurden unrechtmäßig getroffen. Zum Beispiel sagte mir ein Beamter der Nationalen Sicherheitsbehörde während des Verhörs zu meinem Verschwinden und bevor ich der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde, dass ich hier bin, um den Preis für meine gesamte Arbeit seit meiner Teilnahme an der Januarrevolution zu zahlen, bis hin zu meiner journalistischen Arbeit, die sie offenbar sehr stört und die sich weitgehend auf die Rechte von Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Zwangsvertreibung und politischen Wandel konzentriert. Und natürlich auf die Initiative, die ich 2017 ins Leben gerufen habe, um persönliche Konten auf Social-Media-Plattformen in alternative Nachrichtenplattformen umzuwandeln und so zu versuchen, die behördliche Sperrung der Websites zu umgehen. Wie mir der Beamte mitteilte, war meine jüngste Reise in die Vereinigten Staaten einer der wichtigsten Gründe für meine Verhaftung, da ich zu einem Stipendium bei den Vereinten Nationen eingeladen war.

Was die Staatsanwaltschaft anbelangt, so hat sie mich beschuldigt, einer terroristischen Vereinigung beigetreten zu sein, soziale Medien missbraucht und falsche Nachrichten verbreitet zu haben, aber während meiner Inhaftierung habe ich kein einziges Beweisstück gefunden oder einen einzigen Beweis für diese Verbrechen gesehen. Weder die Staatsanwaltschaft noch das Gericht haben ernsthaft gegen mich ermittelt; der Großteil der offiziellen Ermittlungen drehte sich um meine politische Orientierung, meine Teilnahme an der Januarrevolution und meine intellektuellen Neigungen, aber die Ermittlungen gingen nie auf die gegen mich erhobenen Vorwürfe ein. Ich habe mehr als einmal gefordert, dass die gegen mich erhobenen Anschuldigungen untersucht werden und dass wenigstens ein einziger Beweis für ihre Stichhaltigkeit vorgelegt wird, aber meine Forderungen wurden ignoriert. Sogar meine Freilassung war illegal. Ein Beamter der Nationalen Sicherheitsbehörde kam nachts ins Gefängnis, brachte mich in die Zentrale der Behörde und von dort aus wurde ich freigelassen, ohne dass ich der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde; erst danach wurde von der Staatsanwaltschaft ein Bescheid erlassen, mich freizulassen.

Was hat Sie zu einem Journalisten im Exil gemacht? Was bedeutet es für Sie, ein Exiljournalist zu sein?

Ich bin ein Journalist im Exil, weil mein Land die Pressefreiheit nicht respektiert, da ich jahrelang von der Polizei verfolgt wurde und zwei Jahre im Gefängnis verbrachte. Ich bin ein Journalist im Exil, weil das ägyptische Justizsystem noch

nicht unabhängig ist. Ägypten steht weltweit an dritter Stelle bei der Inhaftierung von Journalisten.

Ein:e Journalist:in im Exil ist ein:e Journalist:in, der sich auf die Suche nach den Werkzeugen macht, die er oder sie im Herkunftsland zurückgelassen hat, und einen neuen Kampf führt, um diesen neuen Ort und die Dimensionen zu verstehen.

Welchen Herausforderungen stehen Sie als Exiljournalist gegenüber?

Eine der wichtigsten Herausforderungen, mit denen ich als Journalist im Exil konfrontiert war, ist der Unterschied in der Sprache, der Kultur und den politischen Strukturen, die zu den Grundpfeilern des journalistischen Handwerkszeugs gehören, und es wird Zeit brauchen, diese Dinge zu meistern. Auch die Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt stellen eine große Herausforderung dar.

Sie leben jetzt in einem freien und demokratischen Land. Fühlen Sie sich in Frankreich endlich frei?

Ich denke, dass es in Frankreich viel Raum für Presse- und Meinungsfreiheit gibt, und die Behörden unterstützen das auch. Bisher habe ich mich direkt mit der journalistischen Arbeit in den französischen Pressekreisen beschäftigt, um mir ein umfassendes Bild von der journalistischen Situation zu machen, aber nach dem, was ich bisher gesehen habe, ist die Situation vielversprechend.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, was würden Sie den Leuten sagen, die Sie ins Exil gezwungen haben?

Ich sage, dass ich mich bis an mein Lebensende dafür einsetzen und fordern werde, dass die Straflosigkeit ein Ende hat und dass diejenigen, die Verbrechen begehen, eines Tages vor einem fairen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Ich tue dies nicht aus Rache, sondern um sicherzustellen, dass kein:e Journalist:in und kein anderer Mensch mehr dem ausgesetzt ist, was ich erlebt habe.

Ich wollte mein Heimatland nie verlassen, aber ich wurde dazu gezwungen. Aber ich werde mich dafür einsetzen, dass alle Ihre Verbrechen aufgedeckt werden und dass die Diktaturen ein Ende finden, wie die Geschichte uns gelehrt hat, und dass wir eines Tages in unsere Heimat zurückkehren, um sie auf der Grundlage von Gerechtigkeit für alle aufzubauen, und die freie Presse wird die Speerspitze unseres Sieges sein.

Überall auf der Welt kämpfen Journalisten um den Fortbestand ihres Berufs, und viele befinden sich immer noch im Exil. Was ist Ihre Botschaft an Ihre Exilkollegen, die in ihren Ländern für die Presse- und Meinungsfreiheit kämpfen?

Der Erhalt der Pressefreiheit ist unser Krieg, für den wir im Laufe unseres Lebens viele Opfer gebracht haben. Wir haben Kollegen verloren und andere sind verschwunden, während wir unseren Beruf verteidigt haben. Lassen Sie ihre Opfer nicht vergebens sein. Kämpft und kämpft für die Presse, um weiterhin eine Stimme für alle Menschen und für die schwächeren Gruppen zu sein, eure Stifte im Angesicht der Dunkelheit und der reaktionären und diktatorischen Regime sind am Ende siegreich, aber ihr solltet daran glauben, dass ihr es schaffen könnt.



SOLAFA MAGDY:
Journalistin und Menschenrechtsaktivistin.
Sie ist eine der Mitbegründer:innen von „Everyday Footage“, einer Schule, die Bildungsprogramme für mobilen Journalismus anbietet.

Sie sind einer der Gründer der Initiative „Everyday Footage“. Was ist die Gründungsmotivation für die täglichen Aufnahmen? Was macht Everyday Footage?

Die Idee entstand 2017, als das ägyptische Regime begann, alle unabhängigen Nachrichten-Websites zu blockieren.

Wir begannen, unsere Konten in den sozialen Medien in alternative Nachrichtenplattformen umzuwandeln, da es schwierig war, die sozialen Medien zu blockieren. Unser Vorgehen stieß in der an Nachrichten interessierten ägyptischen Öffentlichkeit auf breite Zustimmung. Aus der Überzeugung heraus, dass es notwendig ist, unsere Erfahrungen an andere weiterzugeben, gründeten wir Everyday Footage, die erste Handy-Journalismus-Schule in Ägypten. Das öffentliche und unmittelbare Ziel war es, Handy-Journalismus zu lehren, aber der eigentliche Grund, den wir aus Sicherheitsgründen nur den Auszubildenden mitteilen konnten, bestand darin, eine neue Generation unabhängiger Journalisten heranzubilden und ihnen beizubringen, die einfachsten Werkzeuge für die Nachrichtenerstellung zu nutzen, um ein Netzwerk unabhängiger Journalisten aus verschiedenen Regionen Ägyptens zu bilden, sei es in Kairo oder anderen Gouvernements. ■



YUNUS ERDOĞDU

Journalismus, Krieg und Migration in der Ukraine

Zuvor war ich in Bangladesch tätig, um die Nachrichten über muslimische Flüchtlinge aus Rohingya zu verfolgen. Ich war einer der ersten türkischen Journalisten, der nach dem Erdbeben in Haiti in die Region gereist ist. Ich war schon mal in Kriegsgebieten unterwegs, jedoch war meine Familie nie bei mir.

Diesen Beitrag schreibe ich auf einem Militärstützpunkt in der Schweiz, der als Flüchtlingslager für die Flüchtlinge aus der Ukraine dient. Die Ukraine war die zweite Haltestelle meiner Laufbahn als Journalist, den ich 1998 bei der Zeitung „Zaman“ in Turkmenistan begann. Ich wurde am 01. Oktober 2005 zum Nachrichtenkorrespondenten für die Nachrichtenagentur „CIHAN“ ernannt.

In Kiew war ich der erste türkische Reporter, der mit einem Presseausweis arbeitete. Jedoch veränderte sich mein Berufsalltag plötzlich am 16. Juli 2016. Yusuf Inan, ein Journalist mit einer Niederlassungserlaubnis, wurde bei einer gemeinsamen Geheimdienstoperation von den türkischen und ukrainischen Geheimdiensten in die Türkei entführt. Am nächsten Tag veröffentlichten die ukrainischen Medien eine Liste mit fünf weiteren Personen, die der türkische Geheimdienst entführen wollte.

Da ich ein Mitarbeiter von der Nachrichtenagentur „CIHAN“ war, war mein Name ebenfalls auf der Liste, die in den Medien breit diskutiert wurde. Nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016 wurde ich auch Opfer dieser Hexenjagd des Regimes, genau wie Tausende andere Menschen. Die ukrainischen Behörden leugneten diese Liste nie. Ich blieb monatelang zu Hause, da ich ein Ziel des türkischen Geheimdienstes war.

Ich wurde sowohl von Social-Media-Accounts, als auch durch Anrufe, die aus Georgien und Russland getätigt wurden, mit dem Tod bedroht. Die ukrainische Pressepolizei untersuchte die Drohungen und Beweise und erklärte danach,

dass sie kein „Journalistenschutzprogramm“ haben und deshalb keinen Schutz anbieten können.

Nach den Bedrohungen des türkischen Geheimdienstes setzte ich meinen Beruf so weit wie möglich von zu Hause aus fort. Jedoch veränderte sich die Lage im Februar, als Russland die Ukraine mit der Invasion bedrohte. US-amerikanische und britische Quellen hatten vor langer Zeit darüber informiert, dass Russland die Ukraine angreifen würde. Sie hatten sogar die Daten des Angriffs bekanntgegeben. Einer dieser Daten war der 16. Februar.

Viele westliche Länder wie die U.S.A., Kanada oder England ihre Botschaften in die Stadt Lwiw, die sich nahe der ukrainischen Grenze befindet, als die ersten Kriegsdrohungen durch die Medien die Welt erreichten. In diesen Stunden verbrannte die russische Botschaft alle offiziellen Dokumente und evakuierte ihr Gebäude.

Alle Quellen und Geheimdienstinformationen zeigten, dass Russland die Ukraine angreifen würde. Diese Behauptungen wurden jedoch von den Menschen angenommen. Sie glaubten nämlich nicht, dass ein solcher Krieg im 21. Jahrhundert mitten in Europa stattfinden könnte. Deshalb ging das Leben eine Weile normal weiter. Es war ganz klar, dass Russland die Ukraine angreifen würde, jedoch wollte auch ich nicht daran glauben. Deshalb plante ich auch nicht, die Ukraine zu verlassen. „Die Wahrheit zu kennen und dieser Wahrheit glauben.“ Mir ist jetzt klar, dass dies zwei verschiedene Dinge sind.

DER KRIEG BEGANN

Als am 23. Februar die russischen Panzer durch die ukrainische Grenze einmarschierten, ging in der Hauptstadt das alltägliche Leben weiter. Als ich am 24. Februar über das Video berichtete, in der der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Rede an die russische Nation hält, dachte ich, dass dieser Krieg, der vor unserer Haustür stand, noch gestoppt werden könnte.

Diesen Gedanken gab ich auf, als ich in der Nacht Raketengeräusche gehörte. Das erste Explosionsgeräusch war gegen 4.30 Uhr in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zu hören. Um 4.47 Uhr schickte ich meinen Freunden eine Nachricht: „Der Krieg hat begonnen.“ Ich berichtete weiter, als ich meine Kinder und Frau im Badezimmer einschloss, dem sichersten Teil des Hauses ohne Fenster.

Die Auswirkungen des Kriegs dauerten bis zum Morgen mit den Raketen- und Flugzeuggeräuschen an. Die Familien, die wir kennen, beschlossen im Morgengrauen Kiew zu verlassen. Während meine Kolleg:innen ihr Land nicht verlassen hatten und Journalist:innen aus der ganzen Welt in die Ukraine kamen, um die Entwicklungen zu verfolgen, wollte ich als Reporter trotz allem die Ukraine nicht verlassen.

Zuvor war ich in Bangladesch tätig, um die Nachrichten über die muslimischen Flüchtlinge aus Rohingya zu verfolgen. Ich war einer der ersten türkischen Journalisten, der nach dem Erdbeben in Haiti in die Region gereist ist. Ich war schon mal in Kriegsgebieten unterwegs jedoch war meine Familie nie bei mir. Der russische Präsident Wladimir Putin begann einen Krieg. Einerseits die Sicherheit meiner Familie, andererseits das Bedürfnis der Berichterstattung im Ukraine-Russland-Krieg. Ich verfolgte die Nachrichten in den weiteren fünf Tagen, nachdem ich meine Familie an einen sicheren Ort brachte.

Durch meine Seite ukraynahaber.com (@ukraynahaber) übermittelte ich die Entwicklungen an einen Telegram-Kanal. Jedoch wurde dies aufgrund von Bombengeräuschen und Cyberangriffen unmöglich. Am fünften Tag des Kriegs fielen Bomben in der Nähe unseres Hauses. Daraufhin verließ ich am 5. März die Hauptstadt Kiew unter Artilleriefeuer und nahm meine Familie und sechs weitere Personen, darunter drei Kinder, die im Kriegsgebiet geblieben waren, mit. Ich verließ die Hölle und musste meine Kolleg:innen, die ihr Leben für ihre Arbeit riskierten, meine 16-jährige Erfahrung und mein Archiv, was mein wertvollster Schatz war, hinterlassen.

6 JOURNALIST:INNEN KAMEN UM

Als ich am 17. März mit dem Präsidenten des ukrainischen

Journalistenverbandes, Serhiy Sturhetky sprach, meinte er, dass sich die Lage für die Journalist:innen in der Ukraine verschlimmerte, sechs Journalist:innen umkamen und manche entführt wurden.

Obwohl alle Journalisten- und Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt für die Journalist:innen in der Ukraine sich engagierten, ist die Lage sehr besorgniserregend.

In den russischen Medien ist es verboten, die Invasion als „Krieg“ zu berichten. Stattdessen sollen die Journalist:innen über „eine militärische Spezialoperation“ zur „Entmilitarisierung“ der Ukraine sprechen. Die russische Journalistin Marina Ovsyannikova war die Journalistin, die gegen den Krieg mit einem „Nein zum Krieg“ Plakat am Staatsfernsehen protestierte.

Obwohl dieses Ereignis weltweit Interesse fand, änderte sich die Lage der Journalist:innen nicht.

„Dilerbek Sakirov aus der Ukraine (26. Februar), Yehven Sakun (1. März, als der Fernsehturm bombardiert wurde), Kriegsjournalist Viktor Dudar aus der Ukraine (6. März), Rent Renaut aus den U.S.A. (13. März), Pierre Zakrzewski aus Irland und Oleksandra Kuvsinova aus der Ukraine (14. März) kamen um. Am 12. März wurde ein ukrainischer Journalist in Herson entführt. Viele wurden auch verletzt: Stefan Weichert, der Fotograf Emil Filtenborg Mikkelsen, Stuart Ramsay, Kameramann Richie Mockler, der Journalist aus der Schweiz Guillaume Briquet, Mairan Kuşnir, Pressefotograf Juan Arrendondo, Benjamin Hall.“

Dutzende Journalist:innen blieben im Südosten der Ukraine in der Stadt Mariupol stecken, wo die Konflikte am heftigsten waren. Der Präsident des ukrainischen Journalistenverbandes (NSJU) Serhiy Tomilenko erklärte, dass sie versuchten, die Journalist:innen mit Sicherheitsausrüstung wie Helme und Schutzwesten zu versorgen und dass unsere Kolleg:innen im Kriegsgebiet stecken geblieben sind.

NSJU gibt sich täglich 24 Stunden Mühe, um die Journalist:innen von den Kriegsgebieten zu evakuieren. Obwohl bisher 50 Journalist:innen von diesem Gebiet evakuiert wurden, existiert immer noch für viele ein große Lebensgefahr.

Die Zivilist:innen und Medienschaffende in der Ukraine brauchen mehr Motivation und Unterstützung denn je. Nun musste ich in ein ganz anderes Land auswandern und ich vermisse jetzt schon die Gesellschaft, in der ich 17 Jahre lebte, und meine Freund:innen, mit denen ich eine seelische Verbindung aufgebaut habe.

Mein Kampf für die Medien- und Meinungsfreiheit in der Ukraine wird jetzt in der Schweiz weitergehen. Ich hoffe auf Frieden für die Ukraine, die diesen Krieg überhaupt nicht verdiente. ■



SIND WIR IMMER NOCH DIE AUGEN VON MUATH?

Die palästinensische Fotojournalist Muath Amarnah wurde verletzt, als eine von der israelischen Armee abgefeuerte Kugel direkt unter ihrem linken Auge traf, als er berichtete. Amarnah sagt: "Ich werde nicht aufhören, ein Journalist zu sein, aber jetzt fühle ich mich unsicher."



LUCAS SIQUEIRA *

Muath Amarnah ist ein palästinensischer Fotojournalist. Nach dem 15. November 2019 wurde er bekannt als "der Journalist, der sein linkes Auge verlor", als er über einen palästinensischen Protest in Surif bei Hebron im israelisch besetzten Westjordanland berichtete.

Die Kugel, die von den israelischen Besatzungstruppen (IOF) abgefeuert wurde, traf Muath knapp unterhalb seines linken Auges. Der Schuss, der auf den Fotojournalisten abgefeuert wurde, hatte vier Tage lang nach seinem Ziel gesucht. Es handelte sich nicht um eine plötzliche, sondern um eine gezielte Aktion.

Am 11. November desselben Jahres dokumentierte Muath Amarnah zusammen mit drei anderen

Journalisten das Vorgehen der IOF im Flüchtlingslager Al-Arroub, nördlich von Hebron. Bei dieser Gelegenheit ging Omar Haitham al-Badawi, ein junger Landbewohner, hinaus, um ein Feuer auf seinem Dach zu löschen, das durch Bomben der IOF verursacht worden war. Omar wurde zweimal in die Brust geschossen und fiel sofort um. Zwischen dem jungen Mann, auf den geschossen wurde, und der zionistischen Armee befanden sich nur Journalisten, die mehrmals versuchten, ihm zu helfen, aber jedes Mal, wenn sie sich in Richtung des jungen Mannes bewegten, wurden sie von weiteren Schüssen der Soldaten getroffen. Die IOF-Mitglieder, die auf Omar schossen, behaupteten, dass der junge Palästinenser einen Molotow-Cocktail in den Händen halten könnte, aber Muaths Video zeigt, dass er ein weißes Handtuch trug und den Soldaten ein Friedenszeichen gab. Sobald die Bilder des Videos in den internationalen Medien ein Echo fanden und eine ablehnende Reaktion auf das Vorgehen der IOF hervorriefen, nahm die Repression gegen die Palästinenser deutlich zu.

Vier Tage nach der Ermordung Omars bereitete sich Muath darauf vor, über einen weiteren Tag der Proteste im Westjordanland zu berichten. Diesmal fanden die Demonstrationen in der landwirtschaftlichen Region Surif statt. Die Palästinenser protestierten gegen den Erlass, mit dem dieses Gebiet zur

Militärzone erklärt wurde, d. h. zu einem weiteren palästinensischen Gebiet unter israelischer Kontrolle. Gleich zu Beginn der Demonstration wies die IOF Journalisten an, ihre Fahrzeuge aus dem Gebiet zu entfernen. Muath war der letzte, der das Gelände verließ, und sobald er einen Parkplatz gefunden hatte, kam einer der Soldaten auf ihn zu, begann ein Gespräch und forderte Muath auf, seine Autoschlüssel auszuhändigen. Der Journalist weigerte sich aus Angst, dass sein Auto als Schutzschild benutzt werden könnte. Das Gespräch wurde bald von einem IOF-Scharfschützen unterbrochen, der etwas auf Hebräisch sagte, was Muath zwar nicht verstand, aber die Ironie in den Gesichtern der Soldaten erkannte.

Wenige Minuten bevor er getroffen wurde, hatte einer der Journalisten den israelischen Scharfschützen fotografiert, der Muaths Leben veränderte.

In diesem Interview, das in dem Monat vor der zweijährigen Gewalt gegen Muath geführt wurde, die zum Verlust seines linken Auges führte, erlebt der Fotojournalist den Moment der Schießerei noch einmal, aber vor allem erzählt er vom Kampf des palästinensischen Volkes und von den Herausforderungen und dem Engagement eines Journalisten im Westjordanland.

War Ihnen am Tag von Omars Ermordung klar, dass Sie zur Zielscheibe der IOF geworden waren?

Muath Amarneh: Ja, bevor ich das Haus verließ, bat mich mein Onkel, in einem Stück zurückzukommen. Seit jener Woche, in der Omar ermordet wurde, sind wir Journalisten alle zur Zielscheibe geworden. Nachdem ich das Auto geparkt hatte, zog ich meine gesamte Schutzausrüstung an, einschließlich meines Helms und meiner kugelsicheren Weste, beide mit dem Aufdruck "Presse", der mich als Journalisten auswies. Sobald ich mich zu den anderen Journalisten gesellte, bat ich alle, sich zu bewaffnen, da die Armee etwas gegen uns vorbereitete.

Und wie war der Moment der Schießerei?

Wenige Augenblicke nachdem ich mit meinen Kollegen gesprochen hatte, spürte ich einen starken Schlag auf meinen Kopf und Hitze in meinem Gesicht. In der ersten Sekunde dachte ich, ich wäre von einem Stein getroffen worden. Als ich merkte, dass es ein Schuss war, fuhr ich mir mit der Hand über den Kopf und suchte nach dem Ausgang der Kugel. Ich hatte keine Ahnung, ob ich noch lebte oder schon tot war, da ich gerade ins Gesicht geschossen worden war und noch stand. Ich verlor für einige Minuten das Bewusstsein, ich kann mich nicht erinnern, bewusstlos gewesen zu sein, und andere Journalistenkollegen retteten mich, trugen mich in ihren Armen, gaben mir Wasser und wuschen mir das Gesicht. In diesem Moment kamen israelische Soldaten auf mich zu, machten einige Fotos von meinem Gesicht und sagten, dass ich von einem "Palästinastein" und nicht von einem Schuss getroffen wurde. Ich wurde in ein Krankenhaus in Hebron gebracht, musste aber aufgrund der Komplexität der Wunde in das modernste Krankenhaus in Jerusalem verlegt werden. Im Krankenhaus Hadassah Medical Center entfernten sie das Schrapnell des Geschosses, das mich getroffen hatte, aber sie mussten auch mein linkes Auge entfernen. Ein Teil des Geschosses konnte nicht entfernt werden, weil es zu nahe am Gehirn saß. Eine Operation in diesem Bereich hätte mir irreparable Probleme oder sogar den Tod bescheren können.

Wie war es, nachdem Ihr Fall in den Medien ein breites

Echo gefunden hatte?

Während ich in Jerusalem im Krankenhaus lag und immer noch fassungslos über die Geschehnisse war, kamen einige Männer, die sich als Europäer ausgaben, um mich zu interviewen, und ich erzählte ihnen ausführlich von der Ermordung Omars bis zu dem Moment, als sie mich nach Jerusalem verlegten. Nach diesem Gespräch habe ich keine weiteren Informationen erhalten, nichts. Die israelische Regierung erklärte lediglich, dass der Schuss, der mich traf, ein Unfall war und wahrscheinlich nicht von der IOF stammte. Am darauffolgenden Sonntag, nachdem ich mein linkes Auge verloren hatte, veranstalteten andere palästinensische Journalisten eine Demonstration, um ihre Ablehnung gegenüber der Art und Weise zum Ausdruck zu bringen, in der Profis, deren einzige "Waffe" die Kommunikation ist, agieren. Die Journalistenkollegen trugen Augenklappen in Anspielung auf das, was mir passiert war, aber auch hier wurde die Demonstration gewaltsam unterdrückt, wobei Dutzende von Menschen durch das Einatmen von Tränengas vergiftet und durch Gummigeschosse verwundet wurden. Daraufhin entstand die Bewegung "Wir sind alle die Augen von Muath". Diese Bewegung erlangte erst Aufmerksamkeit, als Künstler, Studenten, Politiker, Sportler und andere internationale Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Fotos veröffentlichten, auf denen sie ihr linkes Auge mit der Hand bedeckten. Leider ist die Kampagne "Wir alle sind die Augen von Muath" inzwischen verblasst und reiht sich ein in andere Statistiken über Israels Gewalt gegen die Palästinenser. Seit der israelische Schuss mir mein linkes Auge genommen hat, hat sich nichts geändert. Allein im Jahr 2020 wurden selbst während der Pandemie mehr als 600 Fälle israelischer Gewalt gegen palästinensische Journalisten registriert.

Sie sagten, es hat über ein Jahr gedauert, bis Sie Ihre Kamera wieder halten konnten...

Ja, es hat über ein Jahr gedauert, bis ich dazu in der Lage war. Manchmal, wenn ich in Jerusalem ins Krankenhaus muss, filme ich noch etwas mit meinem Handy, aber ich habe wirklich Angst. Wenn ich heute zu einer Demonstration gehe, habe ich Angst, dass mich jemand anrempelt und mich niederschlägt, denn wenn sich die Kugel in meinem Kopf bewegt, könnte sie mich töten und meine Kinder zu Waisen machen [Muath ist Vater von drei Kindern, das jüngste wurde geboren, nachdem der Vater erschossen wurde].

Wie sieht es mit der Berichterstattung über Demonstrationen aus?

Für uns Palästinenser ist der Protest anders als für euch Brasilianer, hier legen wir keine Termine fest, um zu protestieren, wir protestieren praktisch jeden Tag, vor allem am Freitag, der ein Tag mit größerer Beteiligung der Palästinenser ist. Wenn wir auch nur einen Tag nicht auf die Straße gehen, kommt Israel und besetzt ein anderes Viertel und vertreibt immer mehr Familien aus ihren Häusern. Heute erlebe ich einen Anfall von Depression, da ich nicht mehr so intensiv an der Berichterstattung über die Demonstrationen teilnehmen kann, ich fühle mich wie eine Last für Palästina, da ich nicht mehr wie früher kämpfen kann. Unser heutiges Gespräch hat mich sehr bewegt, denn ich habe das Gefühl, dass das, was mir widerfahren ist, irgendwie immer noch als Werkzeug für die Befreiung Palästinas dient. ►

Muath Amarnah ist mit seinen Kindern. Im Hintergrund ist das Plakat der internationalen Kampagne für Amarnah zu sehen.



► **Fühlst du dich heute, wenn du die Weste und den Helm mit der Aufschrift "PRESS" trägst, besser geschützt oder fühlst du dich eher als Zielscheibe?**

Ich benutze die Ausrüstung immer noch, eigentlich habe ich sie schon immer benutzt, damit die Armee nicht sagen kann, sie wüsste nicht, auf wen sie schießt. Während der Intifadas ("Abschütteln") wurden viele Journalisten getroffen, und Israel hat immer behauptet, dass sie nicht als Presse identifiziert wurden. Die Verwendung der Ausrüstung schützt einen, ja, aber eigentlich dient sie eher dazu, dass die Armee kein Argument hat, um zu sagen, dass sie es nicht wusste, aber wenn sie einen treffen will, trifft sie einen.

Muath selbst hat in den zehn Jahren seiner Arbeit als Fotojournalist im Westjordanland schon nicht mehr gezählt, wie oft er von Gummigeschossen oder Tränengas getroffen wurde, und er weiß auch nicht mehr, wie oft seine Ausrüstung beschädigt oder beschlagnahmt wurde. Fälle von Verletzungen der Pressefreiheit sind keine neue israelische Taktik. Nach Angaben des Palästinensischen Journalisten-Syndikats (PJS) wurden im Jahr 2019 fast 760 israelische Übergriffe gegen "palästinensische und internationale" Journalisten verübt. In diesen Zahlen ist der Tod von zwei Journalisten enthalten, die über die Proteste des Großen Marsches zur Rückkehr nach Gaza berichteten. Muath ist eine weitere Zahl, die in die Statistik der Gewalt gegen die Presse eingegangen ist, seitdem hat sich an der Haltung der israelischen Regierung gegenüber der Presse nichts geändert. Im Jahr 2020, also im ersten Jahr der Pandemie, gab es 608 Fälle.

Im November wird Muaths Fall zwei Jahre alt sein, und bisher hat er noch keine Antwort erhalten. Das

Interview mit ihm soll die israelische Regierung und die Welt daran erinnern, dass wir Pressevertreter trotz der Verletzungen, die sie Muath und so vielen anderen Journalisten zugefügt haben, weiterhin unsere Arbeit als Hüter der Menschen- und Bürgerrechte unterdrückter Völker tun werden.

Für alle, die mit dem Fotojournalisten sympathisiert haben, die sich einer Medienkampagne angeschlossen haben, die in den sozialen Medien große Auswirkungen hatte, haben wir die Pflicht und die moralische Verpflichtung, uns die Frage zu stellen und zu beantworten: "Sind wir noch die Augen von Muath?"

Uceid Amarnah, Muaths Cousin, sagte in Interviews, dass der Schuss, durch den sein Cousin erblindete, absichtlich abgefeuert wurde und dass Muath wegen seiner Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern zur Zielscheibe Israels geworden war.

Noch im Krankenhaus antwortete Muath auf Journalisten, die ihn fragten, ob er weiterhin als Fotograf arbeiten werde. Seine Antwort wurde von mehreren Presseorganen auf der ganzen Welt wiedergegeben: "Ich werde nicht aufhören, Journalist zu sein, aber jetzt fühle ich mich unsicher, weil sie mein anderes Auge angreifen könnten, und das würde es schwieriger machen, die Arbeit fortzusetzen, die ich tue" - womit er sich auf den Kampf für die Menschen- und Bürgerrechte der Palästinenser bezieht. ■

* Lucas Siqueira: Fotojournalist, Dokumentarfilmer und Journalist.

* Übersetzer des Interviews: Jihad Khamis Mohamed Afaghani



GÖKHAN DURMUŞ PRÄSIDENT DES TÜRKISCHEN JOURNALISTENVERBANDS

Schwäche erhöht den Druck

Seit fast 15 Jahren behauptet die Türkei konsequent ihren Platz am Ende der Rangliste der Pressefreiheit. Die der Wahrheit gegenüber feindlich gesinnte Regierung gibt ihre aggressive Haltung in Bezug auf die Pressefreiheit gegenüber Journalist:innen niemals auf.

Nach dem Übergang zum Präsidialsystem hat die Regierung ihre autonomen Strukturen vollständig abgeschafft und begonnen, die Direktion für Kommunikation, die Verwaltungsbehörde für amtliche Veröffentlichungen und die RTÜK per Dekret zu lenken. So sind diese Institutionen zu einem Instrument geworden, die – in den Augen der Regierung oppositionellen – Medien zu unterdrücken. Man versucht seit Jahren, sie durch Geldstrafen in Millionenhöhe und indem man ihnen verbietet, Anzeigen zu schalten, zum Schweigen zu bringen. Während die Zahl von Journalist:innen in Gefängnissen (derzeit 37) von Tag zu Tag abnimmt (Freilassung nach Ablauf der Haftstrafen), nimmt die Zahl der vor Gericht gestellten Journalist:innen leider nicht ab.

Auch die Türkei lässt ihr zweites Pandemiejahr hinter sich. Die Wirtschaftskrise traf die Türkei heftiger als andere Länder. Aus abhängiger Wirtschaftspolitik wurde eine Krise.

Das Funkeln in den Augen der Minister erlosch; sie haben die Kontrolle über die Devisen und die Inflation verloren. Hungernde Menschen distanzieren sich schnell von den Machthabern. Um nicht zu „verbluten“, erhöht die Regierung den Druck.

Die Türkei hat das Jahr 2022 mit der Verhaftung eines Journalist:innen begonnen. Die Journalistin Sedef Kabaş wurde unter dem Vorwurf der Beleidigung des Präsidenten festgenommen und nach 49 Tagen Haft freigelassen. Kabaş, der den Präsidenten angeblich in einer Fernsehsendung mit einem Sprichwort beleidigt hatte, wurde bei einer mitternächtlichen Razzia in seiner Wohnung festgenommen. Bereits vor der Festnahme gab es Erklärungen von seiten der Machthaber, die erahnen ließen, dass die Justiz kein unabhängiges Urteil werde fällen können. Nach den Anschuldigungen, die von Innenminister Süleyman Soylu, Justizminister Abdülhamit Gül, dem stellvertretenden Vorsitzenden der AKP Ömer Çelik, dem stellvertretenden Vorsitzenden Numan Kurtulmuş, dem Direktor der Direktion für Kommunikation Fahrettin Altun und dem MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli, reihenweise gegen Sedef Kabaş

erhoben wurden, konnte man von keinem Richter mehr erwarten, ein unabhängiges Urteil zu fällen. Und so kam es auch. Sedef Kabaş wurde festgenommen. Diese jüngste Festnahme zeigt, dass unser Rechtssystem zu einer Führungsstruktur verkommen ist. Wenn die Presse nicht frei ist, kann die Justiz leider auch nicht unabhängig sein.

Solch eine feindselige Haltung der Regierung gegenüber Journalist:innen ist auch lokal zu beobachten. Anfang 2022 wurde der Konzessionär und Chefredakteur der Lokalzeitung Kocaeli Ses, Güngör Arslan, wegen Recherchen zu Korruption ermordet. Zusammen mit dem Mörder Ramazan Özkan, der erklärte: „Ich mochte seine Schriften nicht“, wurden zehn Personen festgenommen.

An demselben Tag wurde die Zeitung Mersin Haberci von Dutzenden Menschen angegriffen. Der Auslöser war ebenfalls eine Recherche über Korruption. Und wieder sagten die Angreifer: „Wir mögen eure Nachrichten nicht.“

Journalist:innen werden heute zur Zielscheibe, wenn Korruption und Filz – seien sie national oder lokal – aufgedeckt werden.

In Zeiten, in denen Informationen und die Wahrheit am dringendsten benötigt werden, nimmt auch die Verantwortung von Journalist:innen zu.

Natürlich herrscht nicht nur in der Türkei eine solch finstere Lage. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine kam es zu vielen Verletzungen der Pressefreiheit und sechs Journalist:innen wurden getötet (Stand: 21.03.2022). In Russland wurde ein Zensurgesetz erlassen, um Antikriegsartikel zu verhindern. Sich für den Frieden engagierende Journalist:innen wurden ins Visier genommen. Mit dem Anspruch, die Wiege der Demokratie zu sein, haben die europäischen Länder russische Medien verboten. Twitter hat Journalisten erfasst, die für russische Medien in der Türkei arbeiten.

Während Tausende unschuldiger Zivilist:innen im Interessenkonflikt dieser Imperialisten ihr Leben verloren, wurden auch Journalist:innen zur Zielscheibe.

In solchen Zeiten sollte die oberste Priorität für Journalist:innen der Friedensjournalismus sein. Die Gesellschaft muss handeln, im Wissen darum, dass Journalist:innen die Stimme und Stärke unterdrückter Völker sind und daher in Kriegszeiten eine besondere Rolle spielen. ■



CILENE VICTOR / LILIAN SANCHES *

Pressemitteilungen über Terrorismus

Wir müssen versuchen, Wege zu finden, um den Terroristen und Entführern den Sauerstoff der Öffentlichkeit zu entziehen, von dem sie abhängen.“

Es war der 15. Juli 1985, als Margaret Thatcher, die damalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs (1979–1990), diese Worte in ihrer Erklärung auf dem Jahreskongress der American Bar Association in London sprach.

Thatcher bezog sich in ihrer Rede auf die Entführung eines Trans-World-Airlines-Flugzeuges, das auf dem Weg von Kairo nach San Diego war, im Juni desselben Jahres, bei der mehr als 150 Passagiere als Geiseln genommen wurden, ein Vorfall, über den die Medien weltweit ausführlich berichteten. In diesem Artikel haben wir beschlossen, den Namen der „Terrorgruppe“, die mit dem Anschlag in Verbindung gebracht wird, nicht zu nennen, um die Kohärenz unseres Vorschlags zu wahren.

Jahrzehntelang galt die in der Rede des ehemaligen britischen Premierministers zum Ausdruck gebrachte Rhetorik in Bezug auf die Bedeutung, die Rolle und die Auswirkungen der Terrorismusberichterstattung in den Medien, insbesondere die Auffassung, dass die Medien

die Terroristen stärken könnten, als absolute Wahrheit und unanfechtbar, was die Wissenschaft, die Regierungen und ihre Institutionen, die Medien und die öffentliche Meinung nährte.

In den letzten Jahren haben jedoch Forschungen und Studien zu Terroranschlägen gezeigt, dass Schweigen die Eskalation weiterer gewalttätiger Anschläge in einer nicht zu ignorierenden Weise fördern kann. Dieses Argument findet sich in dem von der UNESCO herausgegebenen Handbuch *Terrorism and the Media: a handbook for journalists* (Terrorismus und die Medien: ein Handbuch für Journalisten), in dem es heißt, dass die Medien den Terrorismus ersticken können, anstatt sein Sauerstoff zu sein.

Hierin liegt das Rückgrat dieses Artikels, insbesondere wenn das UNESCO-Handbuch, wenn auch bescheiden, erwähnt, dass „einige Staaten das Argument ‚Terrorismus‘ benutzt haben, um die Medien zum Schweigen und störende Journalisten unter Kontrolle zu bringen“. Mehr denn je sollten die Medien diesen Staaten und ihren Plänen, ihre Feinde, seien es Journalisten, Intellektuelle, Politiker oder Zivilisten, zum Schweigen zu bringen, den Wind aus den Segeln neh-

men und nicht der Sauerstoff für sie sein.

Sind die Medien bereit, über Pressemitteilungen zum Thema Terrorismus zu berichten, die von denselben autoritären Staaten gegen Journalisten, Medien und Gegner herausgegeben werden?

Betrachtet man einige Episoden in den brasilianischen Medien, könnte man sagen, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Lassen Sie uns zwei Fälle erwähnen. Der erste ereignete sich 2019, als ein türkischer Geschäftsmann, der seit 2007 in Brasilien lebt und 2016 als Brasilianer eingebürgert wurde, in São Paulo verhaftet wurde, weil er von Erdogans Regierung aufgrund seiner Verbindung zur Hizmet-Bewegung als Terrorist beschuldigt wurde. Die türkische Regierung wollte ihn ausliefern lassen, doch der Oberste Gerichtshof Brasiliens lehnte dies ab. Obwohl die Medien Erdogans Strategien im Keim erstickt hatten, konnte die Berichterstattung das Risiko einer Wiederholung ähnlicher Fälle nicht einschätzen und bewältigen.

Die zweite Episode ereignete sich vor kurzem, im Dezember 2021, als in einer Pressemitteilung des US-Finanzministeriums, die von den US-Botschaften weltweit verbreitet wurde, die Namen von drei kleinen Geschäftsleuten als Terroristen aufgeführt wurden, die mit Al-Qaida in Verbindung stehen, weil sie die Gruppe unterstützt hatten. Zwei von ihnen stammen aus Ägypten, der andere ist aus dem Libanon und lebt seit 32 Jahren in Brasilien. Diese Pressemitteilung wurde in vielen Medien im In- und Ausland verbreitet und veröffentlicht. In einigen von ihnen wurde der Text veröffentlicht, ohne dass eine gründliche Analyse vorgenommen und kritisches Denken angewandt wurde.

In dem erstgenannten Fall wurde der Geschäftsmann freigelassen und die Auslieferung fand nicht statt. Dieses Ergebnis kann zum Teil als Effekt der Medienberichterstattung angesehen werden, insbesondere der Arbeit erfahrener Journalisten, die sich mit dem Fall befassen haben, was natürlich dem Druck und der Stärke der türkischen Gemeinschaft in Brasilien zu verdanken ist. Dennoch reichte dies nicht aus, um die Angst vieler türkischer Einwanderer zu zerstreuen

und sie dazu zu bringen, das Land zu verlassen. Was die zweite Episode betrifft, das Leben der drei Männer ging weiter, war aber durch diese Anschuldigung stark beeinträchtigt. Ihre Bankkonten wurden deaktiviert, ihre E-Mail-Adressen gelöscht, und ihre Namen wurden in vielen Teilen der Welt, in denen die Medien diese Pressemitteilung wiedergegeben haben, als die von Terroristen und Unterstützern verbreitet.

Neben diesen beiden Vorfällen gab es weitere Fälle in Brasilien, und die Medienberichterstattung hat sich nicht mit den autoritären Regimen und ihren politischen Verbündeten befasst, die den Terrorismus zur Verfolgung ihrer Feinde einsetzen und dabei die Medien als ihre Partner auskundschaften.

Die Angst und das Gefühl der Unsicherheit veranlassten einen türkischen Journalisten, Brasilien zu verlassen. Er verließ das Land angesichts des Risikos, dass sein Name eines Tages in einer mit Terrorismus zusammenhängenden Pressemitteilung genannt und in allen brasilianischen Medien verbreitet werden könnte. ■

** Cilene Victor: Die Autorin ist brasilianische Journalistin, Forscherin und ordentliche Professorin an der Universität Metodista, wo sie die Forschungsgruppe Humanitärer Journalismus und Medieninterventionen leitet. Als Journalistin hat sie über humanitäre Themen berichtet und war unter anderem als internationale Gesandte in Iran, Irak, Libanon, Marokko, Türkei, Polen, Frankreich, Belgien, Deutschland, Japan und Ecuador tätig. Sie hat einen Dokortitel in Public Health (USP) und ein Post-Doc in Planung und Gebietsmanagement.*

** Lilian Sanches ist Journalistin und derzeit Doktorandin der Sozialpsychologie. Als Forscherin hat sie im Bereich des humanitären und Friedensjournalismus gearbeitet und sich dabei auf den Terrorismus und seine mediale Darstellung konzentriert. Sie verfügt über mehr als 10 Jahre Berufserfahrung in den Bereichen internationale Angelegenheiten, Wirtschaft, Stadtverwaltung und öffentlicher Dienst. Im Jahr 2019 produzierte sie als internationale Gesandte im Irak und im Libanon fünf Sonderbeiträge für das Jornal da Cultura.*



PROF. DR. ROBERTO CHIACHIRI / MARCELO DAMASCENO *

Brasilien: Ein Hintergrund des Gewalts gegen Journalist*innen, der die Gewerkschaften bei den Wahlen 2022 beunruhigt

Fälle von Gewalt gegen Journalist*innen in Brasilien, wie die Ermordung von Luiz Eduardo Merlino während der Militärdiktatur (1971) und Mário Eugênio Rafael de Oliveira, aka Gogó das Sete (1984), wurden immer wieder gemeldet. Diese sind einige der vielen Fälle von Gewalt, die Journalist*innen während oder nach der Veröffentlichung von politischen, polizeilichen oder investigativen Berichten in den Medien erlitten.

Einer der symbolträchtigsten Fälle in Brasilien war der des Journalisten Vladimir Herzog, bekannt als Vlado. Laut den historischen Dokumenten geschah das Ereignis nachdem er sich freiwillig vorstellte, um beim Information Operations Detachment – Internal Defense Operations Center (DOI-CODI) auszusagen eine von den inländischen Sicherheitsbehörden während der Präsidentschaft von Emílio Médici (1969-1974) gegründete politische Unterdrückungsbehörde. Ziel dieser Behörde war der Kampf gegen den Kommunismus, die subversiven Aktivitäten und die linksorientierten Organisationen.

Die Lage der Gewalt gegen Journalist*innen änderte sich nach der Redemokratisierung des Landes Ende der 1980er Jahre nicht wesentlich. Berichterstattung und Ermittlungen zu Politik, Korruption und organisierter Kriminalität, die in

den Jahren 2020 und 2021 in brasilianischen Bundesstaaten durchgeführt wurden, weisen laut der National Federation of Journalists (FENAJ) mit 858 Eingaben von Gewalt die höchsten Raten auf.

Nach Angaben von FENAJ sind die Fallzahlen des Jahres 2021 im Vergleich zum Jahr 2020 um 0,47 % gestiegen. Eine unbeträchtliche Variation zeigt jedoch die Aufrechterhaltung der Gewalt in zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Im Jahr 2020 gab es 428 Gewalttaten, 105% mehr als 2019, in dem bereits ein Wachstum von 54,07% im Vergleich zu 2018 zu sehen ist.

Die heute registrierte Gewalt geht über die Daten der ersten Berichte hinaus, in denen Mord, Angriffe, Drohungen, körperliche Aggression, Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Anklagen und Zensur die Hauptfälle waren. Heute teilen sie sich den Raum mit Cyberangriffen, virtueller Aggression, Diskreditierung der Presse, Behinderung der Berufsausübung, rassistischen Beleidigungen/Rassismus, die im Internet immer sichtbar wurden, wie im FENAJ-Bericht von 2021 zu sehen sind.

Von den 430 Gewaltfällen im Jahr 2021 war der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro (PL) für 147 verantwortlich, was 34,19 % entspricht. Davon entfielen 98,47% (129 Fälle) auf die Diskreditierung der Presse. Es gab 18 verbale Angriffe auf Journalist*innen unter Verwendung von Begriffen



FOTO: WAGNER RIBEIRO

wie „Schurke“, „Vierbeiner“, „Pflücker“, „Idiot“ u. a. eine professionelle „halt die Klappe“.

Etwas, was Gewerkschaftsvertreter bereits beunruhigt: „Wir beobachten mit großer Sorge. Wir befürchten, dass sich die Gewalteskalation wegen den Putschvorbereitungen gegen Präsidentin Dilma Rousseff wiederholen wird. Wir können möglicherweise eine Intensivierung der populären Demonstrationen haben, die durch die Pressefachleute „eskaliert“ werden lassen. Wir sprechen bereits mit den Unternehmensleitern, um dies das ganze Jahr über zu überwachen“, betont der Journalistenverband von Goiás (Sindjor).

Es ist besorgniserregend, da die Journalist*innen angeleitet werden, über politische Demonstrationen zu berichten, die von verschiedenen politischen Strömungen gefördert werden. Und die Straßen sind einfache Orte für mögliche Fälle von Gewalt, wie sie im Bericht von FENAJ aus dem Jahr 2021 zu sehen sind: verbale Aggression, Drohungen, Einschüchterung und Gewalt gegen Arbeitnehmerorganisationen und Gewerkschaften.

Sorge des Präsidenten der Journalistengewerkschaft von Acre (Sinjac), Luiz Cordeiro: „Sinjac ist besorgt über diese erschreckende Eskalation der Gewalt gegen Journalist*innen. Wir leben heute in einem Land der Extremisten und wahrer Journalismus, der von sozialer Verantwortung und Objektivität geleitet wird. Er

wird eine schwierige Aufgabe haben: die Informationen zu sammeln und sehr vorsichtig mit Angriffen zu sein, die von durch Hass und durch Hass motivierten Extremisten geförderte Ideologien verursacht werden.“

Die Besorgnis der Landesgewerkschaften wird noch deutlicher, wenn wir uns die 26 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt ansehen. Der FENAJ-Bericht von 2021 wies auf Vorfälle von Gewalt in verschiedenen Bundesstaaten und im Bundesdistrikt hin, was die Aufmerksamkeit von Institutionen auf die Bekämpfung aller Formen von Gewalt und für die Unterstützung von Journalist*innen lenkt.

Unter den Regionen hatte Midwest im zweiten Jahr in Folge mit 169 Fällen im Jahr 2021 die höchste Inzidenz von Angriffen auf die Pressefreiheit. Außerdem wurden sechs Fälle von Gewalt gegen Journalist*innen in Goiás registriert; zwei Fälle in Mato Grosso und zwei weitere Fälle in Mato Grosso do Sul.

Die Union der Journalist*innen von Mato Grosso ist auch besorgt. Diese versucht in verschiedenen Regionen des Staates zu existieren, um Fachleute zu unterstützen, eine gute Beziehung zu den Polizeikräften zu haben, Dialog mit öffentlichen Stellen zu führen und zusätzlich „die Rechtsabteilung zur Unterstützung von Journalist*innen, die in Städten in Mato Grosso und der Institution leben, zu strukturieren“, betonte der Gewerkschafter Itamar Perenha. ►



FOTO: WAGNER RIBEIRO

► Vor diesem Hintergrund von Gewalt und politischer Polarisierung bereiten sich die Journalist*innen in Brasilien auf die Berichterstattung über die diesjährigen Parlamentswahlen vor. Eine Anklage, die in den Jahren 2014 und 2016 364 Fälle von Gewalt gegen Journalist*innen enthält. Dies entspricht 30,76 % der von FENAJ untersuchten Fälle in den Jahren 2020 und 2021.

„Leider erreichen die Beschwerden der Angriffe nicht die Union, die Journalist*innen während der Ausübung ihrer Arbeit erleiden. Kürzlich erhielten wir jedoch Informationen durch die Presse über den Fall des Bürgermeisters von Bagé, der die Identität des investigativen Reporters Giovanni Grizzotti preisgab. In diesem Jahr erhielt Daniel Carniel, ein Journalist aus Garibaldi/RS, 10 innere und äußere Stiche im Mund und mehrere Blutergüsse am Körper, als er vor

dem Gebäude, in dem er arbeitet, von zwei Männern aus dem Hinterhalt angegriffen wurde. Er glaubt, dass es sich um politische Gründe handelt und die Polizei bisher keine Verdächtigen fand, obwohl sie auf Überwachungskameras erschienen sind. Es ist bekannt, dass er für die Wiederwahl kandidieren und mit demjenigen konkurrieren würde, der 2018 aus der Wahl entfernt wurde, um der wahrscheinliche Gewinner zu sein. Luiz Inácio Lula da Silva ist politischer Gefangener in einem von Richter - und dann Bolsonaro's Minister- Sérgio Moro geführten Prozess. Die Fallen, die von der Regierung übernehmende Gruppe aufgestellt wurden, werden von der freien Presse entlarvt. Deswegen gibt es diesen Hass und diese Gewalt gegen die Journalist*innen. Es ist bedauerlich zu glauben, dass das Szenario noch schlimmer sein sollte, da die Ge-

walt in der Zeit vor den Wahlen in diesem Jahr zunimmt, was turbulent zu werden verspricht.“ sagte Seabra.

Diese Zahlen machen Brasilien zu einem der gefährlichsten Länder für die Ausübung des professionellen Journalismus, da sie Kommunikatoren physischer und psychischer Gewalt in einem Jahr aussetzen, in dem Informationen, Ermittlungen und journalistische Untersuchungen wichtig sind, um den brasilianischen Bürgern bei der Bewertung ihrer Vertreter in der Exekutive und Legislative zu helfen.

GEWALT GEGEN DIE JOURNALISTINNEN

In Brasilien waren Männer in 55,89 % der Fälle Opfer von Gewalt, obwohl die Mehrheit der Presse aus Frauen besteht. Trotz des Umstandes, dass Gewalt gegen Frauen, die im Jahr 2021 26,64 % entspricht, schätzt FENAJ die gesammelten und in den Medien weitergegebenen Fälle, insbesondere in der politischen Berichterstattung, die Schwierigkeiten, ein Kommunikatorin in Brasilien zu sein, worauf die Gewerkschaft Rio Grande do Sul hinweist: „Die Zunahme der Gewalt besonders gegen Journalistinnen nach dem Putsch im Jahr 2016 gegen den damaligen Präsidentin Dilma Rousseff ist unbestreitbar“, sagte Seabra.

Letztes Jahr fanden 61,3 % statt, als Pressefach über politische Themen berichteten. Eines der Opfer dieser Angriffe war die Moderatorin von CNN Brasil, Daniela Lima. Zwischen Januar und November 2021 wurde sie das Ziel von sieben Übergriffen, die auch stigmatisierenden Äußerungen enthielten. In einem anderen Fall schickte Präsident Jair Bolsonaro (PL) die Reporterin Laurene Santos von TV Vanguarda, einer Tochtergesellschaft von TV Globo in São José dos Campos (SP), nachdem sie ausgefragt wurde, weil sie bei einer öffentlichen Veranstaltung keine Maske trug.

AUSBILDUNG NEUER POLITISCHER JOURNALIST*INNEN

Trotz des gewalttätigen Umfelds für Journalist*innen in Brasilien gibt es Maßnahmen zur Entwicklung des politischen Journalismus. Neben Universitäten, die eine journalistische Bildung anbieten, bieten Regierungsinstitutionen, der Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen kostenlose Kurse an, um Student*innen und frisch absolvierte Journalist*innen auszubilden, die an der Berichterstattung über Politik in Brasilien interessiert sind.

Das „Project Reporter of the Future“, betrieben von der Kommunikationsfirma Oboré, ist eines davon. Seit 1994

versucht es, Alternativen zur Selbstentwicklung für Journalistikstudent*innen zu fördern, die ihr Wissen und ihre Praxis der Berichterstattung vertiefen möchten.

Der von der Stadtverwaltung Itapevi (SP) durchgeführte Kurs und Preis für politischen Journalismus von Ricardo Boechat konzentriert sich auf die Berichterstattung der politischen Agenda und soll dazu beitragen, zukünftige politische Journalist*innen auszubilden. „Dieser Kurs soll sich den Bemühungen von Journalistenschulen anschließen, um die Ausbildung von Journalist*innen zu verbessern, die bereits im politischen Bereich tätig sind oder daran interessiert sind, bei dieser Schriftleitung zu arbeiten“, sagte die Koordinatorin Cilene Victor.

Aktionen, die zu den Aktivitäten hinzugefügt werden, die sich auf die Entwicklung des politischen Journalismus konzentrieren und unter anderem vom Instituto do Legislativo Paulista, Saberes, Oficina Municipal gefördert werden, stärkt die Pressefreiheit und die journalistische Arbeit, nach Ansicht des Generaldirektors der School of Parliament of Itapevi, Roberto Lamari. „Die freie Presse mit Zugang zu Informationen und Kenntnissen über die Rolle der öffentlichen Behörden und des politischen Systems stärkt das demokratische Regime Brasiliens und stellt sicher, dass die Bürger*innen gut über das tägliche Leben des politischen Lebens informiert sind. Ein Informationswerk, das die Bürger*innen wertschätzt“ sagte der Direktor. ■

Prof. Dr. Roberto CHIACHIRI ist ein Professor und Forscher an der Universität Methodist (UMESP) in São Paulo. Er ist gleichzeitig Leiter der Semio Humanitas Research Group. Er arbeitete als Postdoktorand an der Universität Paris 1 (Sorbonne) und absolvierte seine PhD und MSc in Kommunikation und Semiotik von PUCSP. Er ist der Direktor der UNESCO / UM-ESP Regional Development Communication Presidency in Brasilien und Mitglied von: International Semiotics Association (Brasilianischer Vertreter), The Latin American Semiotics Federation, Hermès la Revue of CNRS-Frankreich) und International Association for Visual Semiotics. Brasilianischer Vertreter der wissenschaftlichen Zeitschrift Hermès la Revue von CNRS-France (geleitet von Dominique Wolton). Ein-geladener Professor an der Europe Universität (Lisabon) und Paris 1 (Sorbonne).

*Marcelo Damaszeno
Brasilianischer Journalist, moderne-Politikwissenschaftler und Magister der Sozial- und Kommunikationswissenschaften.*



RENATA JULIOTTI / MARILIA CARRERA *

Journalistinnen als Hauptziel von staatlicher Gewalt

Die soziale Kommunikation spielt eine grundlegende Rolle in der Gesellschaft. So wird der Journalismus zu einem Bindeglied zwischen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Macht und den Bürgern und gibt dem Einzelnen einen Bezugspunkt, über den er sich mit anderen in Beziehung setzen kann. Eine vielfältige Redaktionsarbeit meint daher Sensibilität im Umgang mit unterrepräsentierten Themen aus einer humanitären Perspektive und die Verinnerlichung der Verpflichtung des Journalismus gegenüber der Gesellschaft.

Die Repräsentation von Journalistinnen bedeutet, die Inklusion in den Redaktionen voranzutreiben. Leider ist diese Repräsentanz jedoch durch ständige Berichte über Gewalt gegen Journalistinnen bedroht. Laut einer Ende 2020 von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem Internationalen Zentrum für Journalisten (ICFJ) durchgeführten Umfrage mit 901 Teilnehmern aus 125 Ländern gaben 73 % der 714 befragten Journalistinnen an, im Zusammenhang mit ihrer Arbeit Online-Gewalt

erlebt zu haben. Die Auswirkungen von Online-Gewalt auf die psychische Gesundheit waren mit 26 % die am häufigsten genannte Folge, so die Studie.

„Online-Gewalt gegen Journalistinnen zielt darauf ab, sie zu erniedrigen, zu demütigen und zu beschämen, ihnen Angst zu machen, sie zum Schweigen zu bringen und zum Rückzug zu bewegen, sie beruflich zu diskreditieren und so die Rechenschaftspflicht, den Journalismus und das Vertrauen in Fakten zu untergraben“, so der Bericht, was auch die Absicht verfolgt, Frauen aus der öffentlichen Debatte auszuschließen.

In Brasilien haben sich solche Gewaltszenarien in letzter Zeit eher bei Protesten oder Pressekonferenzen mit Mitgliedern der aktuellen Bundesregierung, insbesondere mit Präsident Jair Bolsonaro, ereignet. Die politische Polarisierung hat eine frauenfeindliche Kultur ans Licht gebracht, die sich hinter den Kulissen des Kongresses abspielt. Diese Kultur der Voreingenommenheit erstreckt sich auch auf die politischen und sozialen Ansichten der meisten Nachrichtenredaktionen.



Allein im November 2020 verzeichnete die brasilianische Vereinigung für investigativen Journalismus (Abraji) 43 spezifische Warnungen, die unter die Kategorie „Angriffe auf die Meinungsfreiheit“ fallen. Fünf dieser Angriffe fanden im Internet statt – und alle richteten sich gegen Frauen. Von den 72 Meldungen in dieser Kategorie im Laufe des Jahres richteten sich 20 gegen weibliche Fachleute, 36 gegen die Medien und 16 gegen Männer. Die Umfrage zeigt, dass die Angriffe auf Journalistinnen in Brasilien systematisch geworden sind. Die Angreifer haben einen Weg gefunden, sich im digitalen Umfeld über ihre Netzwerke und Praktiken zu verbreiten, die Merkmale von Belästigung, Frauenfeindlichkeit, Verfolgung und Offenlegung persönlicher Daten kombinieren.

Zusätzlich zu den jüngsten Initiativen zur Sicherheit von Journalistinnen am Arbeitsplatz müssen wir

über die Berichte hinausgehen, um den Bedarf an institutioneller Unterstützung für die Einbeziehung der Geschlechter, die psychische Gesundheit und die Qualität des Arbeitsumfelds wirksam anzugehen. Aus einer humanitären und integrativen Perspektive heraus schlagen wir vor, bei der Behandlung dieses Themas über den Tellerrand zu schauen.

Inklusiver Journalismus als kommunikative Praxis vermittelt der Gesellschaft ein fundiertes Wissen über ihre Vielfalt sowie ein Verständnis für die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft. Die Bedeutung der sozialen Eingliederung bei der Sensibilisierung für die Gewalt, mit der Journalistinnen konfrontiert sind, ist jedoch ein Weg, um vorurteilsbehaftetes Verhalten durch ein Verständnis von Geschlechtergleichheit und Repräsentation zu verringern. ■



WAGNER RIBEIRO *

Fotojournalist:innen im Fadenkreuz

Der Fotojournalist Wagner Ribeiro bei der Berichterstattung über antifaschistische Proteste in São Paulo am 7. September 2017 (Brasiliens Unabhängigkeitstag). Foto: Rodrigo Pivas Der Beruf des Fotojournalisten in Brasilien ist ein Metier für leidenschaftliche Geschichtenerzähler. Diese Feststellung gilt insbesondere für Profis, die über Proteste und Konflikte berichten. Die Arbeitsausrüstung ist extrem überteuert, die Risiken des Jobs sind groß und die Bezahlung ist absurd niedrig.

Die Arbeit ist in den letzten fünf Jahren aus zwei Gründen komplexer geworden. Erstens ist die Zahl der Menschen, die Fotos machen, stark gestiegen. Zweitens wurden im Zuge des Wahlkampfes und der Ernennung von Jair Bolsonaro zum neuen Präsidenten des Landes Fotojournalisten von der Polizei und von Bürgern, die ihn unterstützen, angegriffen.

WER IST AUF DER STRASSE, UM PROTESTE ZU FOTOGRAFIEREN?

Wenn es bei Protesten zu Spannungen kommt, sind Fotojournalist:innen von kleinen, mittleren und großen Zeitungen, Zeitschriften und Internetportalen vor Ort. Das bedeutet, dass die angeheuerten Profis sich weitgehend auf die wirtschaftliche und rechtliche Unterstützung von Redaktionen und ihren Zuarbeiter:innen verlassen können.

Die größte Gruppe sind die unabhängigen Fotojournalist:innen. Diese Profis stehen vor der Herausforderung, ihre Arbeit ohne das Siegel eines Nachrichtenunternehmens, ohne finanzielle oder rechtliche Unterstützung erledigen zu müssen. Noch in der Hitze des Gefechts versuchen sie, die Fotos für Bildnachrichten zu verkaufen, und erhalten im Durchschnitt 15 R\$ (etwa 3 US\$) pro Foto. Wenn sie sie überhaupt verkaufen können.

DAS PARADOXON DER PRESSEIDENTIFIKATION

Die Polizei und die Bürger der rebellischen Rechten sowie die Anhänger des Präsidenten kennen die Gesichter der Fotojournalist:innen. Mit anderen Worten, sie wissen, wohin sie ihre Waffen, Fäuste und verbalen Angriffe richten müssen. Wenn sie sich als Fotojournalist zu erkennen geben, bringen sie sich möglicherweise in eine noch gefährlichere Situation. Wenn die einzige Möglichkeit darin besteht, unbemerkt zu arbeiten, machen sich viele Fachleute nicht einmal die Mühe, eine Sicherheitsausrüstung zu tragen.

Dies ist ein Paradoxon des Berufs in Brasilien und vielleicht weltweit. Einerseits ist die Schutzausrüstung unerlässlich, um die körperliche Unversehrtheit der Fachleute zu bewahren. Dennoch kann das Wort „Presse“ auf Helmen und Sicherheitswesten eine Zielscheibe auf dem Kopf oder auf dem Rücken von Fotojournalist:innen sein. Vor diesem Hintergrund haben die Fotojournalist:innen neue Mittel für ihre Arbeit entwickelt.

Statt Helme und Westen mit dem Aufdruck „Presse“ zu verwenden, haben sich die Fotojournalist:innen für abnehmbare Klettverschlüsse entschieden, die bei Bedarf leicht entfernt werden können. Kurioserweise wurde diese Idee von einer Strategie abgekupfert, die von der brasilianischen Polizei angewendet wird.

Obwohl es illegal ist, entfernen einige Polizeibeamte bei Protesten ihre Abzeichen von ihren Uniformen, um zu verhindern, dass Angreifer leicht identifiziert werden können. Dies hält Fotojournalist:innen davon ab, den Missbrauch von Gewalt und sogar physische Gewalt gegen Fotojournalist:innen zu dokumentieren, was dazu führt, dass noch weniger Fälle in die Berichterstattung aufgenommen werden.



FOTO: RODRIGO PIWAS

ZU WENIG BERICHTERSTATTUNG ÜBER FÄLLE VON GEWALT

Ich habe bei der Journalistengewerkschaft Arfoc (Brasilianischer Verband der Foto- und Filmreporter) und Abraji (Brasilianischer Verband für investigativen Journalismus) nach Daten über Gewalt gegen Fotojournalist:innen gesucht. Nur Abraji hat einige Informationen zur Verfügung gestellt.

Nach Angaben von Abraji gab es im Jahr 2021 in Brasilien 22 Fälle von Aggression gegen Fotojournalist:innen und Kameraleute. Es gibt einen Grund dafür, dass die Daten über Angriffe auf Fotojournalist:innen und Kameraleute nur für dieses Jahr verfügbar sind. Nach Angaben von Katia Brembatti, der Direktorin der Einrichtung, wurden Fotojournalist:innen in den Vorjahren zusammen mit anderen Medienschaffenden gezählt.

Bei der Analyse der von Abraji gemeldeten Fälle, die sich auf die Arbeit des Verfassers dieses Artikels vor Ort stützt, kann man eine Reihe von Gewalttaten gegen Fotojournalist:innen feststellen, die nicht in der Shortlist der Institutionen enthalten sind. Abgesehen davon, dass die Journalistengewerkschaft und Arfoc keine genauen Daten liefern, ist die Tatsache, dass über Gewalt gegen Fotojournalist:innen und Kameraleute in Brasilien zu wenig berichtet wird, sehr beunruhigend.

DIE FOTOJOURNALIST:INNEN SIND DIE ERZÄHLER DER FAKTEN

In Brasilien sind Fotojournalist:innen und Kameraleute in den Print- und Digitalmedien die Berufsgruppen, die am ehesten von Gewalt betroffen sind, wenn sie über Proteste und Konflikte berichten, da sie sich an vorderster Front befinden. Die Fotojournalist:innen übermitteln die Informationen vom Schauplatz an die Text-Berichterstatte:innen, die in den Redaktionen die Geschichten schreiben.

Der Fotojournalist ist somit der Erzähler der geschriebenen Fakten. Daher müssen Medien, öffentliche Organisationen und Unternehmen des Sektors nach Mechanismen suchen, um die Sicherheit von Fotojournalist:innen und Kameraleuten zu gewährleisten. Dies ist eines der dringenden Probleme, denen wir uns in Brasilien und weltweit stellen müssen. Die Leidenschaft der Fotojournalist:innen reicht nicht aus, um gute Geschichten zu erzählen. Sie brauchen auch Schutz und menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Wagner Ribeiro ist ein brasilianischer Professor und Fotojournalist. Er hat für verschiedene Zeitungen, Zeitschriften und das Fernsehen gearbeitet und über Proteste, Konflikte und humanitäre Krisen in Lateinamerika, Europa und dem Nahen Osten berichtet. ■



M. BEHZAD FATMI AUTOR UND POLITISCHER KOMMENTAR

Pressefreiheit in Indien

 Obwohl Indien nie die Robustheit westlicher Demokratien genossen hat, wurde es seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1947 immer als eine zwar problematische, aber funktionierende Demokratie angesehen. Es wurde unter anderem dafür gelobt, dass es in der Lage war, weitgehend freie und faire Wahlen abzuhalten, den Säkularismus als Verfassungswert anzunehmen und ein effektiv funktionierendes nationales Parlament und andere gute staatliche Institutionen schuf. Wie in jedem anderen demokratischen System spielten die Medien eine entscheidende Rolle in Indiens kollektiven Bemühungen, die hohen Standards zu erfüllen, die von seinen Gründungsvätern, Visionären wie Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi, gesetzt wurden. Es gab Zeiten, in denen die Demokratie im Land ins Wanken geriet, wie zwischen 1975 und 1977, als Premierministerin Indira Gandhi den landesweiten Notstand ausrief und die Medien, in den Worten eines erfahrenen Politikers der Bharatiya Janata Party (BJP), Lal Krishna Advani, „nur gebeten wurden, sich zu beugen, aber sie sind gekrochen“. Dennoch ist der Zustand der Medien heute wohl viel schlimmer als zu Zeiten von Indira Gandhis Ausnahmezustand.

In den dazwischen liegenden Jahren litten die Medien unter den Restriktionen aller Partei-

en, die Indien regierten. Die aktuelle Situation ist jedoch ziemlich alarmierend. Viele im Land bezeichnen die Hindu-nationalistische BJP-Regierung von Premierminister Narendra Modi als eine Periode des „nicht ausgerufenen Notstands“. Modi, der seit 2014 an der Macht ist, hat die Medienhäuser immer stärker im Griff, wie auch alle anderen Institutionen, die seine Autorität kontrollieren sollen. Im Jahr nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen 2019, bei denen er zum zweiten Mal in Folge antrat, sank Indien im Pressefreiheitsindex auf Rang 142.

Offenbar gelingt Modi als Premierminister Indiens das, was ihm als Ministerpräsident des westlichen Bundesstaates Gujarat während des grausamen dreitägigen antimuslimischen Pogroms im Jahr 2002 nicht gelungen war, als unter seiner Aufsicht mehr als tausend Muslime vergewaltigt und ermordet wurden. In einem erschütternden Interview mit einem renommierten internationalen Medienhaus sagte Modi auf die Frage, was er am meisten bedauere, dass er die Medien nicht im Griff habe.

Die meisten indischen Fernsehnachrichtenanäle sind zur Bühne für beliebte Persönlichkeiten geworden, die sich in Parteipropagandisten verwandeln, da sie zunehmend mit Politikern der Regierungspartei und regierungsnahen Unternehmen zusammenarbeiten und in ihren Diskussionssendungen sowie auf



FOTO: ANDYL EUNGHIK, PIXABAY.COM

ihren Konten in den sozialen Medien eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von Regierungspropaganda spielen. Denjenigen, die sich diesem Trend widersetzen, bleibt keine andere Wahl als der Rücktritt. Bemerkenswert ist jedoch, dass viele dieser prinzipientreuen Journalisten auf YouTube aktiv sind und einige der meistgesehenen Nachrichtensendungen auf dieser Plattform betreiben. Allen Widrigkeiten zum Trotz verhindern sie, dass der unabhängige Journalismus in Indien ausstirbt.

Einer der Gründe, die die indischen Medien für die Einmischung von Regierung und Unternehmen anfällig machen, ist, dass Zeitungen und Fernsehsender seit Jahrzehnten auf deren Werbeeinnahmen angewiesen sind. Dies hat dazu geführt, dass die Reliance Industries Limited des Modi-Milliardärs Mukesh Ambani nach und nach einen großen Teil der Mainstream-TV-Nachrichtenkanäle übernommen hat. Eine Folge davon ist, dass die Medienhäuser, die sich im Besitz von Reliance befinden, zu den größten Modi-Apologeten und Verkäufern von Fake News gehören, die die regierende BJP begünstigen.

Auf den ersten Blick ist die indische Medienlandschaft mit Veröffentlichungen in mehr als 123 Sprachen und Dialekten eine der vielfältigsten der Welt, doch wird

diese Vielfalt dadurch zunichte gemacht, dass sie alle bis auf einige wenige allmählich von einigen wenigen Konzernen übernommen werden.

Indien ist auch zu einem der gefährlichsten Länder der Welt für Journalisten geworden, was die Gewalt gegen sie durch staatliche und nichtstaatliche Akteure betrifft. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen wurden im Jahr 2020 vier Journalisten wegen ihrer journalistischen Tätigkeit getötet. Darüber hinaus sind physische Angriffe auf Reporter vor Ort durch die Polizei und den politischen Mob an der Tagesordnung und Einschüchterungen und Schikanen im Internet sind gängige Praxis, so dass einige prominente Regierungskritiker wie Ravish Kumar von NDTV nicht einmal auf die Straße gehen können, ohne dass sie streng bewacht werden.

In seiner 75-jährigen Geschichte als demokratische Republik hat Indien die in seiner glorreichen Verfassung verankerten Freiheiten nie vollständig verwirklicht, aber da die regierende BJP und ihr ideologischer Vordenker Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) diese Verfassung nicht gutheißen, sind sie bei ihren Angriffen auf die verfassungsmäßigen Freiheiten, einschließlich der Pressefreiheit, besonders rücksichtslos. ■



Journalist Marcela Turati:

IN MEXIKO SIND DIE MENSCHEN AN DIE ERMORDUNG VON JOURNALIST: INNEN GEWÖHNT

Es gibt zu viele Journalisten, die aufgrund wirtschaftlicher Probleme, Arbeitsbedingungen oder Problemen, mit denen Journalisten konfrontiert sind, Burnout erleben. Ja, ich habe auch Angst, aber ich werde weiter-machen.



YÜKSEL DURGUT

2 011 wurde in der nordmexikanischen Stadt San Fernando ein Massengrab mit Dutzenden Leichen gefunden. Die Morde wurden mit dem Drogenkartell Los Zetas in Verbindung gebracht. Innerhalb weniger Wochen wurden dort insgesamt 193 Menschen aus Bussen entführt, brutal ermordet und in der Umgebung verscharrt. Ein Jahr zuvor waren 72 Migrant:innen bei einem anderen Massaker in San Fernando getötet worden.

Marcela Turati erhielt Drohungen, weil sie diesen Vorfall untersuchte. Es stellt sich heraus, dass der Staat nicht nur die Drogenkartelle, sondern auch Journalist:innen wie Marcela mithilfe der Spähsoftware Pegasus überwacht.

In der ersten Hälfte der Amtszeit von Präsident Andrés Manuel López Obrador wurden 25 Journalist:innen ermordet. Seit Anfang des Jahres 2022 haben 5 Journalist:innen in Mexiko ihr Leben verloren.

Laut Statistiken ist Mexiko das Land, in dem die meisten Journalist:innen getötet werden, obwohl es sich nicht im Krieg befindet. Es steht auf Platz eins der gefährlichsten Länder der Welt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Artículo 19 wurden seit dem Jahr 2000 bis heute insgesamt 145 Medienvertreter:innen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit getötet. In dieser Zahl sind die 5 Journalist:innen, die in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 getötet wurden, nicht enthalten.

In Mexiko haben Journalist:innen zwei Möglichkeiten zu überleben: Entweder sie gehorchen oder sie riskieren den Tod. „Die Risiken für mexikanische Journalist:innen beginnen, bevor sie überhaupt aus dem Auto steigen“, so Marcela Turati, eine investigative Journalistin, in einem Artikel.

Viele Journalist:innen, die sich ihrem Beruf verschrieben haben, werden nicht nur bedroht, getötet oder verschwinden. Sie werden auch mit allen Mitteln unter Druck gesetzt, damit sie den Mund halten. Die Mörder und Entführer bleiben ungestraft.

Marcela Turati ist eine investigative, preisgekrönte Journalistin, die über die Opfer des Drogenkriegs in Mexiko und ihre Hintergründe recherchiert. Trotz der Drohungen, die sie erhalten hat, berichtete Turati der Journalist Post von der aktuellen Situation in ihrem Land und dem, was unsere Kolleg:innen dort durchmachen.

Eine Journalistin möchte frei sein, wenn sie einen Artikel schreibt. Fühlen Sie sich frei, Ihre Artikel zu schrei-

ben oder Ihre Ansichten zu äußern?

Fühle ich mich frei, meine Artikel zu schreiben? Die Antwort lautet Nein. In Mexiko gibt es eine spezielle Art von Zensur und Repression gegen Journalist:innen. Es ist schwierig herauszufinden, welche Themen verboten sind. Es ist völlig unklar, welche Themen man veröffentlichen darf und welche nicht. Es ist auch unklar, aus welchen Bereichen man Informationen sammeln darf. Wenn man Informationen sammelt, wird man zur Zielscheibe von Drohungen. Einige Drohungen werden direkt, andere indirekt ausgesprochen. Wir können keine Artikel zu Themen veröffentlichen, die als gefährlich gelten.

Journalist:innen sind häufig Drohungen ausgesetzt. Man kann schon allein deshalb bedroht werden, weil man Zugang zu Informationsquellen hat. Das Problem ist: Auch wenn hier kein Krieg herrscht, sind wir mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert – in dem Land, das die größte Bedrohung für Journalist:innen in der Welt darstellt.

Hier ist es ziemlich einfach, einen Auftragskiller zu organisieren, um Journalist:innen zum Schweigen zu bringen, weil es keine Strafverfolgung gibt. Keiner wird jemals die Täter verfolgen. Vielleicht wird der Killer gefasst, aber die Hintermänner können sich sicher sein, dass ihnen nichts passieren wird.

Wir werden ständig bedroht. Manche Leute denken, dass Journalist:innen paranoid sind. Wir haben immer das Gefühl, dass uns jemand verfolgt.

Viele von uns standen dieses Jahr auf der Pegasus-Liste. Das ist ein großer Skandal in Mexiko. 50.000 mexikanische Aktivist:innen standen auf der Liste potenzieller Ziele von Pegasus. Auf der Liste der 70 Gefährlichsten stehen auch 35 Journalist:innen. Auch mein Name steht auf dieser Liste. Zusammen mit drei weiteren Kolleg:innen haben wir diese Listen, diese Bedrohung von Journalist:innen, aufgedeckt.

Was recherchieren Sie als Journalistin in Mexiko?

Ich suche nach Massengräbern. Ich suche nach vermissten Menschen, nach Entführten. Ich versuche Morden und Menschenrechtsverletzungen auf den Grund zu gehen. Auch Journalist:innen werden ermordet. Projekte im Zusammenhang mit Menschenrechten sollten koordiniert werden. Ich habe gerichtliche Untersuchungen von nicht identifizierten Leichen, Massengräbern und all dem gesehen. Ich werde die ganze Zeit überwacht.

In manchen Fällen landen all die Recherchen, die wir durchgeführt haben, und damit auch all die Mühe, die wir auf uns genommen haben, direkt im Papierkorb. Das kommt recht häufig vor. Jedes Jahr gehen Informationen, die ich sammle, verloren, das wird immer schlimmer. Dieses Jahr ist die Generalstaatsanwaltschaft hinter mir her, weil ich zusammen mit anderen wegen organisierter Kriminalität und Entführung angeklagt wurde. Der Grund sind meine Recherchen zu einem Massengrab. Ich stehe also im Moment vor Gericht. Ich werde seit 1,5 Jahren überwacht. ►



Unser befreundeter Journalist De La Cruz schrieb einen Artikel über das Budget natürlicher Ressourcen und verschwand plötzlich...

► Wie haben Sie reagiert, als Sie erfahren haben, dass Ihr Name auf der Pegasus-Liste steht?

Eines Tages riefen sie mich an und sagten, dass sie die Liste morgen veröffentlichen würden und dass ich eine der Zielpersonen sei. Zuerst war ich geschockt. Aber dann habe ich mich an die Tatsache gewöhnt, auf dieser Liste zu stehen.

In Mexiko ist man immer in Gefahr und wird ständig überwacht. Es wird immer schlimmer. Ich war wütend und verängstigt. Ich habe viel darüber nachgedacht, wie ich meine Interviews weiter veröffentlichen kann, wenn ich meinen Informant:innen keine Vertraulichkeit garantieren kann, was in Mexiko lebensnotwendig ist.

Man wird sehr schnell zur Zielscheibe der Regierung. Die Regierung geht nicht gegen Terroristen oder Drogenkartelle vor. Sie setzt ihre Macht gegen Leute ein, die einer Sache auf den Grund gehen. Bei meinen Recherchen geht es nicht nur darum, wer die Täter sind, sondern auch um die illegale Arbeit der Regierung. Außerdem geht es darum, warum sie die Identität der Täter nicht ermitteln und warum sie die Existenz von Massengräbern zulassen. Auch auf diese Frage suche ich nach Antworten.

2017 hinterließ eine bewaffnete Person einen Zettel, auf dem stand, dass Ihre Kollegin Miroslava Breach ermordet wurde, weil man dachte, sie sei ein „Großmaul“. Schon bevor Sie aus Ihrem Auto aussteigen, sind Sie Risiken ausgesetzt. Was sind das für Risiken?

In Mexiko herrscht Chaos. Die Zahl der in diesem Jahr getöteten Journalist:innen ist unbekannt, weil die Behörden sie verschweigen. Aber wir haben viele Fälle, sowohl von Journalist:innen, die überlebt haben, als auch von solchen, die getötet wurden. Und auch die Zahl der verschwundenen Journalist:innen ist sehr hoch.

Wir wissen, dass die Kartelle und die Regierung vielerorts zusammenarbeiten. Sie glauben, dass Verbrechen im Stillen geschehen sollten und die Öffentlichkeit nichts davon erfahren darf. Es gibt viele Prozesse gegen Journalist:innen, bei denen wir nicht wissen, wofür sie angeklagt wurden. Einer von ihnen ist unser Freund De La Cruz, der entführt wurde. Er recherchierte über Ökologie. Er veröffentlichte einen Artikel über den Haushalt natürlicher Ressourcen und verschwand dann plötzlich.

Javier Malde und Sienna Laura wurden ebenfalls als Bedrohung angesehen. Sie wurden umgebracht, weil sie Informationen über eine kriminelle Organisation aufgedeckt hatten. Die Regierung führt keine Ermittlungen durch. Journalist:innen werden ins Visier genommen, nur weil sie eine Bedrohung darstellen.

Sie können die Gewalt in ganz Mexiko sehen. Journalist:innen wie ich, die sich mit dem Thema Rauschgift beschäftigen, bekommen es mit der Politik und den Drogenkartellen zu tun und werden bedroht. Aber man gewöhnt sich daran. Javier Maldez versuchte zu fliehen, scheiterte aber

und kehrte in sein Land zurück. Ob das Leben im Exil Schutz bietet, ist ebenfalls fraglich.

In einem Artikel erwähnen Sie, dass Sie sich für einen Weg entschieden haben, der eine Frage von Leben und Tod ist. Haben Sie Angst, und wie schützen Sie andere Journalist:innen?

Wir versuchen, Programme zu entwickeln, die uns schützen. Wir müssen für unsere Recherchen viel kommunizieren. Es kommt darauf an, welche Informationen wir senden und welche Methoden wir verwenden. Wenn man in Gefahr ist und verfolgt wird, muss man mit einem Kollegen oder einer Kollegin in Kontakt bleiben, um mitzuteilen, dass es einem gut geht.

Wenn man sie nicht benachrichtigt, dass es einem gut geht, wird der Kollege oder die Kollegin die Behörden informieren. Wir sind zusammen mit unseren Journalistenfreunden in psychologischer Betreuung. Ich habe das in Anspruch genommen, weil ich es nicht mehr ausgehalten habe. Ich hatte vor allem Angst und wir mussten deshalb unsere Recherchen einstellen. Wir haben gemeinschaftlicher Therapie noch nie so viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Politiker oder Militärs fordern Journalist:innen auf, ihre Recherchen einzustellen. Sind Sie der Meinung, dass Journalist:innen in solchen Situationen aufhören sollten zu recherchieren?

Das hängt von der jeweiligen Situation ab. Jedes Thema ist anders. Ich denke, man sollte diese Warnung ernst nehmen, denn wir wissen, dass 80 % der in Mexiko getöteten Journalist:innen vorher gewarnt wurden. Zunächst einmal versuchen sie, mich dazu zu bringen, die Öffentlichkeit nicht zu informieren. Das größte Problem ist, dass niemand dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Sie wissen, dass sie für die Tötung eines Journalisten oder einer Journalistin nicht bestraft werden, weil das in Mexiko ganz normal ist. Niemand wird den Preis dafür zahlen. Für uns ist das ganz normal, und die Menschen sind an die Ermordung von Journalist:innen gewöhnt.

Sie führen Demonstrationen und Kampagnen durch, um Journalist:innen zu finden und ihre Freilassung zu erreichen. Reagiert die Regierung auf diese Aufrufe?

Nein, es tut sich nichts. Wir haben im November protestiert. Als ich die Akten der Forensik und die Spionageakten über mich gefunden habe, hat die Regierung nichts gesagt. Was wir sagen, ist für sie also nicht von Bedeutung. Es gibt keine politischen Sanktionen gegen sie. Niemand hat sie gefragt: „Hey, warum machst du das, schämst du dich nicht?“ Wir Journalist:innen müssen nach anderen Wegen suchen, damit der politische Preis dafür gezahlt wird. Wir gehen auf die Straße, um die Regierung dazu zu bringen, gegen die Täter zu ermitteln.



Welcher Art Zensur unterliegen Journalist:innen in Mexiko?

Wir dürfen nie unter unserem eigenen Namen schreiben. Wir alle schreiben unter einem Pseudonym. Die gängigste Methode ist, unsere Nachrichten auf verschiedenen Medienkanälen zu verbreiten.

Wenn wir Artikel schreiben, müssen wir warten, wenn wir das Thema für gefährlich halten. Manchmal sind wir besorgt um unsere Informant:innen, also versuchen wir, die Quelle zu schützen, indem wir die Sache erst mal auf sich beruhen lassen.

In diesem Land muss man warten, um mit solchen Risiken umzugehen. Ich recherchiere zum Beispiel über Massaker. Aber ich bin auch beunruhigt. Es gibt 4–5 Untersuchungen zu meiner Person, und manchmal bekomme ich Drohungen, von denen ich nicht weiß, was der Grund dafür ist. Deshalb muss ich bei jedem Schritt innehalten und neu nachdenken.

In Ihrem Artikel schreiben Sie: „Es ist an uns Journalist:innen, ein Auge auf einander zu haben und zu beschützen, wir können nur einander vertrauen.“ Ist das so?

Manchmal helfen uns NGOs, die das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen.

Aber sie haben eine Menge Fälle, die sie

verfolgen und können unsere Anrufe nicht beantworten, weil sie so viel zu tun haben. Irgendwie ermüdet dieses Problem alle, die damit zu tun haben. Deshalb ist digitale Sicherheit für uns besser.

Die meisten Morde, Entführungen oder anderen Arten von Verbrechen richten sich gegen Journalist:innen, und wir halten das inzwischen für normal. Wir müssen auf eigenen Beinen stehen können. Die Menschen haben genug von diesem Thema.

145 Journalist:innen wurden getötet. Das ist unser einziges Thema in letzter Zeit. Das Wichtigste für mich ist, dass die Journalist:innen emotional stabil sind. Ich träume davon, die Türen meines Hauses zu öffnen, um Journalist:innen zu helfen, die unter Burnout leiden. Es gibt zu viele Journalist:innen, die aufgrund wirtschaftlicher Probleme, der Arbeitsbedingungen oder all dieser Probleme, mit denen Journalist:innen konfrontiert sind, unter Burnout leiden. Jetzt möchte ich die Risiken minimieren. Daran arbeite ich jetzt viel mehr als früher. Ich schreibe mehr über emotionale und psychologische Unabhängigkeit.

In einigen Teilen Mexikos ist die Lage noch viel verzweifelter. Wir müssen Lösungen für die emotionalen Probleme von Journalist:innen finden, indem wir Wege finden, sie zu schützen. ►

„Wir können niemals unter unserem eigenen Namen veröffentlichen. Andere Namen schreiben wir unter die Artikel. Manchmal lassen wir die Nachrichten stehen und versuchen, die Nachrichtenquelle zu schützen, weil wir uns Sorgen machen, dass unsere Quelle preisgegeben wird.“



Doch, ich habe Angst, aber ich werde weiter kämpfen...

„Verbrechensorganisationen haben überall eine Hand, um uns aufzuhalten. Ich glaube nicht, dass die Polizei die einzige war, die an dem Mord an einem Journalisten beteiligt war. Bei unseren Recherchen haben wir herausgefunden, dass die Armee, die großen Kartelle und wichtige Leute dahinter stecken.“

► Sie sprachen von Drohungen. Ist es so schwierig, Quellen zu finden und Nachrichten zu veröffentlichen? Wie machen Sie das?

Ja, es ist ziemlich schwierig. Vor einem Monat habe ich zum Beispiel das Land verlassen, aber versucht, die Drohungen nicht zu ernst zu nehmen. Der Mangel an Klarheit kommt manchmal wie eine Strategie rüber. Der Grund für die Drohungen war vage. Offensichtlich, weil es ihnen egal war, sie wollten nur Botschaften senden. Wenn man einer Bedrohung ausgesetzt ist, muss man mit den Leuten reden, um zu verstehen, was passiert.

Manchmal denke ich, ich sei verrückt. Meistens findet man keine Nachrichtenquelle, so dass man nicht weiß, welche Themen gefährlich sind. Ich meine, es gibt viele Informationen da draußen. Um die Risiken einschätzen zu können, muss man mehr über die Leute wissen, die ermitteln. Denn manchmal wissen wir nicht, dass es eine Verbindung gibt, bis sie uns bedrohen und uns in Gefahr bringen. Zu Beginn haben wir nur sehr wenige Informationen. Um mehr Details zu erfahren, muss man eine gute Methode haben.

Kriminelle Organisationen haben überall ihre Hand im Spiel, um uns zu stoppen. Ich glaube nicht, dass nur Polizisten in einen Mord an Journalist:innen verwickelt sind. Bei unseren Recherchen haben wir festgestellt, dass die Armee, große Kartelle und hohe Tiere dahinterstecken. Erst da merkt man, welche Quellen gefährlich sind, und wenn man tiefer gräbt, trifft man Leute, die man nie dort vermuten würde.

Fast alle Artikel und Recherchen, die wir geschrieben haben, handeln von Korruption. Man muss von Anfang an Regeln festlegen, wenn man vielleicht den gefährlichsten Artikel schreibt, und dann beschließt man, dieselben Regeln für alle seine Recherchen festzulegen.

Sie sagten, Sie seien nicht in Mexiko. Haben Sie nicht darüber nachgedacht, ins Ausland zu bleiben? Dann hätten Sie den Journalist:innen im Exil besser helfen können.

Jetzt fragen mich die Leute, ob ich das Land verlassen will. Aber ich bin mir nicht sicher. Ich ergreife strengere Maßnahmen. Im Moment gibt es nichts, was mich zwingen würde, ins Ausland zu leben. Zunächst war ich

2014 im Ausland, dann bat ich 2017 um Hilfe, um für fünf Monate ins Ausland zu gehen, Ruhe zu finden und mein Leben neu zu überdenken. Ganz weggegangen bin ich aber nie.

Selbst wenn man zu einem Thema recherchiert, mag es notwendig sein, sich auf etwas anderes zu konzentrieren und erst Monate später zur eigentlichen Arbeit zurückzukehren. Man kann Strategien finden, um dies nicht allein tun zu müssen. Man kann internationale Organisationen einladen, einen zu unterstützen und die Beteiligung zu erhöhen. Ja, unsere Recherchen sind wichtig, aber ich muss mich auch um mich selbst kümmern.

Unser Name, unser Leben hängt nicht von den Leuten ab, über die wir recherchieren. Die Hauptsache sind Informationen. Niemals hätte ich gedacht, dass ich mal in einem anderen Land leben müsste. Ich kann mich auf andere Arten der Recherche konzentrieren. Ich kann meine Recherchen „kugelsicher“ fortsetzen. Ich werde einen Weg finden, der es mir ermöglicht, dies in diesem Land zu tun. Ja, ich habe Angst, aber ich werde weitermachen.

Haben Sie Angst davor, ins Exil gehen zu müssen oder getötet zu werden?

Habe ich Angst, getötet zu werden? Manchmal habe ich wirklich Angst. Zuerst muss ich Nachforschungen anstellen, um zu sehen, ob die Drohungen begründet oder unbegründet sind. Dann weiß ich, ob ich keine andere Wahl habe, als um Hilfe zu bitten, um ins Ausland zu gehen. Ich probiere verschiedene Dinge aus. Erstmal innehalten und nachdenken und dann entscheiden, wie es weitergeht.

Zu meiner letzten Frage. In vielen Teilen der Welt haben Journalist:innen mit den gleichen Problemen zu kämpfen, denken wir an Belarus, Aserbaidschan, den Iran, Afghanistan und die Türkei. Haben Sie eine Botschaft für inhaftierte Journalist:innen? Auch ihnen stellt sich nur die Frage im Gefängnis zu sein, ins Exil zu gehen oder getötet zu werden. Was würden Sie diesen Kolleg:innen gerne sagen?

Erstens: Ich bewundere ihr Engagement für die Wahrheit. Das Engagement für die Wahrheit ist der einzige Maßstab von Wert in diesem Beruf. Den Menschen zu helfen, sie zu informieren und die Fakten, die andere ver-

„Als mexikanische Journalisten haben wir Gruppen gegründet, um uns gegenseitig zu unterstützen. Ich hoffe, dass wir eines Tages ein großartiges Netzwerk von Journalisten auf der ganzen Welt bilden können, um uns gegenseitig zu stärken.“



heimlichen wollen, laut und deutlich auszusprechen – das hält uns in diesem Beruf.

Als mexikanische Journalist:innen haben wir Gruppen, die wir koordinieren und in denen wir uns gegenseitig schützen. Wenn du denkst, du bist allein, hören wir dir zu und sind für dich da. Wir treffen uns mit Journalist:innen, um unser Netzwerk mit Informationen darüber zu erweitern, was anderen Journalist:innen auf der Welt widerfährt. Wir lernen eine Menge von anderen. Ich hoffe, dass wir eines Tages ein großes Netzwerk mit Journalist:innen auf der ganzen Welt aufbauen können, indem wir uns gegenseitig unterstützen, und dass wir für alles, wofür wir stehen, als Helden angesehen werden.

Wenn in Mexiko Journalist:innen ermordet werden, reagieren wir zu spät. Trotz des Schweigens, in dem wir uns befinden, bewundern wir die Menschen, die versuchen, die Öffentlichkeit zu informieren und sie zu verteidigen. Wir hegen weiter Erwartung an die Justiz. In Mexiko tun wir dies auf unsere Art und Weise. Wir verteidigen unseren Weg und versuchen, den Gefahren zu entkommen. Wir fühlen uns mit Menschen aus uns unbekanntem Teilen der Welt wie Brüder und Schwestern verbunden, und deshalb ist meine Botschaft nur: Bleibt stark! Wir sind bei euch. Ihr seid nicht allein. ■

MARCELA TURATI

Marcela Turati wurde 1974 in Mexiko-Stadt geboren und recherchierte zu Opfern von Gewalt in Verbindung mit dem Drogenkrieg in Mexiko und Menschenrechtsverletzungen. Sie gründete das Netzwerk „Periodistas de a Pie“, das sich für die Stärkung regionaler unabhängiger Medien sowie für die Zusammenarbeit, den Schutz und die Ausbildung von Journalisten im ganzen Land einsetzt. Seit 2014 hat sie an zahlreichen Untersuchungen mitgewirkt, unter anderem über das Verschwinden von 43 Studenten in Ayotzinapa und die Rolle des Militärs dabei.

Turati ist die Autorin von *Cross Fire: Victims Trapped in the War on Drugs*, das mit mehreren internationalen Preisen wie dem Gabriel García Márquez Journalism Award, dem Louis Lyons Conscience and Honesty Award in Journalism, dem WOLA Human Rights Award und dem LASA Media Award ausgezeichnet wurde. Im Jahr 2018 gewann sie den Gabo-Journalistenpreis im Bereich der besten Recherche in Latein- und Südamerika für ihre Arbeit über versteckte Gräber.



ZIA AHMAD *

Ein grundlegendes Menschenrecht: Die Freiheit der Medien

Die Informationsfreiheit ist eines der Schlüsselemente einer freien Gesellschaft und essenziell für ein friedliches und harmonisches Leben. Es ist auch ein Menschenrecht, Fakten mit Wahrhaftigkeit und Genauigkeit ohne Angst oder Bevorzugung zu erlangen und zu verbreiten.

Die Massenmedien, die sich verschiedener Medientechnologien bedienen, um über die Massenkommunikation ein großes Publikum zu erreichen, spielen in unserer modernen Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Zusammen mit den politischen, gerichtlichen und Strafverfolgungsbehörden sind die Medien eine der wesentlichen Institutionen der guten Regierungsführung in den Nationalstaaten.

Bücher, Zeitschriften, Magazine und Zeitungen haben traditionell die Aufgabe der Informationsverbreitung erfüllt, und haben nun zunehmend den Informationsaustausch der Rundfunkmedien, die Informationen elektronisch über Filme, Radio, Fernsehen, Internet, E-Mail und soziale Medienplattformen übertragen, revolutioniert.

Eines der Stärken der westlichen Demokratien ist die Freiheit der Medien, die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen und die staatlichen Institutionen zu kontrollieren. Die Konsolidierung großer Medienimperien in den Händen einiger weniger Medien-Barone mit eigener Agenda und eigenen Interessen hat jedoch die Medienfreiheit eingeschränkt.

Zudem hat die Kontrolle der Massenmedien durch autoritäre Regime in einer Reihe von Ländern den Informationsfluss an die breite Masse eingeschränkt, was zu schlechter Regierungsführung, Korruption und Unterdrückung geführt hat.

Journalist:innen spielen eine wichtige Rolle bei der Erfüllung

des Menschenrechts, Informationen wahrheitsgetreu, genau und verantwortungsvoll zu verbreiten. In einer gut funktionierenden Gesellschaft müssen Journalist:innen die Möglichkeit haben, Fakten zu berichten und ihre Ideen und Meinungen zu aktuellen Themen ohne Furcht oder Bevorzugung zu äußern.

Sie haben auch die Verantwortung, die verschiedenen Ideen und Meinungen der Bevölkerung unvoreingenommen zu reflektieren und ihre Kritik und Missstände zu teilen, um auf eine gute Regierungsführung hinzuwirken.

Journalist:innen müssen nach der Wahrheit suchen und mutig auf Ungerechtigkeit, Korruption, Verfolgung und Missbrauch von Macht und Reichtum aufmerksam machen und Korrekturmaßnahmen fördern, um eine gerechte, faire und solidarische Gesellschaft aufzubauen.

Leider sind in den Ländern der Dritten Welt im Allgemeinen und in vielen muslimischen Ländern im Besonderen die Freiheiten der Medien eingeschränkt, und die Journalist:innen haben nur begrenzte Möglichkeiten, Informationen frei zu verbreiten.

Eine Reihe unabhängiger Medieninstitutionen wird nicht geduldet, und Journalist:innen, die von ihrer Freiheit Gebrauch machen wollen, Fakten und Kritik an den Behörden frei zu äußern, wurden inhaftiert, ins Exil geschickt und sogar getötet.

Ein eklatanter Fall ist der von Jamal Khashoggi, einem saudischen Journalisten, der sich kritisch über die Politik des saudischen Regimes geäußert hatte und am 2. Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul getötet wurde. Seine Leiche wurde bis heute nicht gefunden.

Die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte, Agnes Callamard, die die internationale Untersuchung der Er-

mordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi leitet, hat schlüssige Beweise erhalten, die die saudische Regierung für das Verbrechen verantwortlich machen, und bezeichnete es in einer am Donnerstag, dem 7. Februar 2019, veröffentlichten Erklärung als „eine brutale und vorsätzliche Tötung, die von Beamten des Staates Saudi-Arabien geplant und verübt wurde“.

In einer Reihe von muslimischen Ländern, darunter Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei, Syrien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bangladesch, wurden unabhängige Medieneinrichtungen entweder geschlossen oder sind nicht geduldet- und Journalist:innen werden schikaniert, inhaftiert oder ins Exil gezwungen.

Viele dieser im Exil lebenden Journalist:innen haben in westlichen Ländern Zuflucht gefunden, wo sie versuchen, sich ein neues Leben aufzubauen, indem sie die Landessprache erlernen, zusätzliche Qualifikationen erwerben, ihre Fähigkeiten verbessern und versuchen, eine Arbeit in ihrem Bereich zu finden - ein schwieriger Kampf.

In Nordamerika, dem Vereinigten Königreich, Europa und Australien haben sich multikulturelle und mehrsprachige Medieninstitutionen entwickelt, die einer Reihe von Journalist:innen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bieten, sowohl ihrer eigenen Gemeinschaft als auch den Menschen in ihren Heimatländern zu dienen.

Während in den Mainstream-Medien vor allem negative Nachrichten über Kriege, Konflikte, Verbrechen und Übergriffe verbreitet werden, liefern die gemeindebasierten Medien gute Nachrichten, positive Aspekte des Gemeindelebens und berichten über Projekte und Veranstaltungen ihrer Gemeinden und die gute Arbeit, die die Menschen leisten.

In der australischen Medienlandschaft gibt es neben den etablierten Zeitungen und anderen Medien eine große Anzahl ethnischer und mehrsprachiger Gemeinschaftszeitungen, die die multikulturelle Gemeinschaft Australiens repräsentieren.

Die Australasian Muslim Times, AMUST, wurde 1991 als mehrsprachige Gemeinschaftszeitung Australasian

Muslim Times gegründet und erscheint wöchentlich.

AMUST wurde im Juli 2014 umbenannt und ist nun die Stimme der vielfältigen muslimischen Gemeinschaft Australiens. Mit einem wöchentlichen E-Mail-Newsletter und einer monatlichen nationalen Printausgabe sowie einer dynamischen Website und Social-Media-Präsenz berichtet AMUST über lokale, nationale und globale Nachrichten, Meinungen, Gemeinschaftsveranstaltungen, Lifestyle und Sportaktivitäten.

Ich habe mehr als ein halbes Jahrhundert in Australien gelebt und kann mit Stolz behaupten, dass dieses glückliche Land die besten Möglichkeiten in Bezug auf die Medienfreiheit bietet, wo man seine Gedanken teilen und seine Ideen mündlich und schriftlich ohne Angst oder Bevorzugung ausdrücken kann, anders als in vielen anderen Teilen der Welt. ■

ZIA AHMAD

Zia Ahmad ist Chefredakteur der Australasian Muslim Times AMUST und Treuhänder der Islamic Foundation for Education and Welfare (IFEW) sowie des australischen MEFF-Konsortiums (Organisatoren des Multicultural Eid Festival and Fair, MEFF).

Er wurde mit dem Award für sein Lebenswerk bei den "Premier's Multicultural Communications Awards" 2021 (PMCA 2021) ausgezeichnet.

Er hat auch persönlich eine Reihe von Auszeichnungen erhalten, darunter den Premier's Multicultural Communications Award 2019 (PMCA 2019) in der Kategorie "Bester Printbericht des Jahres", den Interfaith Dialogue Award 2018, den Excellence Award 2018 des Multicultural Communities Council of NSW, den Premier's Multicultural Media Awards 2016 in der Kategorie "Bester Leitartikel/Kommentar des Jahres", den AMU Alumni of Australia Award 2016 und die LS-Medaille der University of Sydney im Jahr 1998.

Yawsef Beth Turo:

Das Verschwinden der aramäischen Sprache zu verhindern, ist eine der Hauptaufgaben der Medien



HASAN CÜÇÜK

Yawsef Beth Turo ist einer der ersten, die einem in den Sinn kommen, wenn man an aramäisch-sprachige Medien denkt. Er wurde 1975 als Sohn eines Vaters aus Siirt und einer Mutter aus Midyat geboren. Er verbrachte seine Kindheit und Jugend in Mardin. Nach Abschluss seiner Grund- und Sekundarschulbildung ging er zum weiteren Studium ins Kloster Deyrulzafaran in Mardin. Während seiner Zeit auf der Mittelschule wurde er diskriminiert. Aufgrund des Drucks und der Beleidigungen, denen er ausgesetzt war, geriet seine Schulausbildung ins Stocken, er verließ die Schule und begann im Kloster zu studieren.

Man schrieb das Jahr 1993, als sich im Leben Beht Turos radikale Veränderungen vollzogen. Tausende Suryoye entschieden sich wegen der Unterdrückung, der sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres Glaubens ausgesetzt waren, nach Europa auszuwandern. Auch Yawsef Beth Turo schloss sich dieser Karawane an; sein Wohnort sollte fortan in den Niederlanden sein.

1996 startete er seine Medienkarriere. In jenen Jahren begannen die in Belgien ansässigen kurdischen Fernsehsender Med TV, Medya TV und später Roj TV, auch aramäischsprachige Sendungen auszustrahlen. Beht Turo übt seinen Beruf nun seit einem Vierteljahrhundert aus.

Yawsef Beth Turo, der maßgeblich zur Gründung aramäischer Medien beigetragen hat, gehörte 1999 zu den Gründern der Bahro Production Foundation in den Niederlanden. Er ist einer der Gründer von Suroyo TV, dem ersten aramäischen Sender, der 2004 auf Sendung ging. Neben der finanziellen Unterstützung beim Aufbau des Senders spielte er eine wichtige Rolle bei der Ausbildung der Mitarbeiter. In gewisser Weise war er ihr Lehrer.

Er lernte die in vielen Ländern verstreut lebenden Suryoye näher kennen und gestaltete gemeinsam mit ihnen Sendungen. Er bereitete

Dutzende von Seminaren, Konferenzen und Fernsehsendungen über den Völkermord von 1915 vor und moderierte sie.

Das Gleiche gilt auch für Dokumentarfilme wie „1915 Sayfo“, „The Cry Unheard“, „Suryoye in Nederland“ und „Sayfo 1915 u Mrodo“. Neben seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied des Senders war er beispielsweise als Leiter des Nachrichtenentrums und als Redakteur politischer Sendungen aktiv. Beth Turo moderiert immer noch Sendungen zu aktuellen Themen auf Suroyo TV, das aus Södertälje, Schweden, sendet.

In welchen Ländern Europas leben die meisten Suryoye? Wie sind ihre Beziehungen zueinander? Gibt es eine gemeinsame Dachorganisation?

In Europa gibt es heute eine aramäische Diaspora mit einer Bevölkerung von fast einer halben Million Menschen. Die Suryoye, auch als Assyrer, Aramäer oder Chaldäer bekannt, gehören verschiedenen Kirchen an, darunter der orthodoxen, katholischen und protestantischen. Aber die meisten sind mit der orthodoxen Kirche verbunden, die dem in Damaskus ansässigen Patriarchat untersteht. Suryoye leben in Ländern wie den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Österreich und der Schweiz, hauptsächlich aber in Deutschland und in Schweden. Sie versuchen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und haben in den Ländern, in denen sie leben, etwa 160 Kirchen und 120 Vereine und Verbände gegründet. Die Suryoye sehen sich als Teil des Landes, in dem sie leben, weil sie Christen sind.

Die Beziehungen der Suryoye untereinander finden hauptsächlich unter dem Dach von Kirchen und Verbänden statt. Sie versuchen zusammenzukommen und ihre soziokulturellen, religiösen und nationalen Traditionen zu bewahren, indem sie



Aktivitäten und Feste organisieren.

Man kann von einer Reihe von Dachorganisationen in Europa sprechen. Das sind meist Verbände, Konföderationen und Gewerkschaften. Ihr Verhältnis zueinander ist sehr gut. Gerade was das Heimatgefühl betrifft schweißen solche Einrichtungen die Menschen zusammen.

Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie an aramäische Medien denken? Warum brauchten Sie die Medien?

Es fallen einem Fernsehen, Radio, Social-Media-Kanäle und verschiedene Online-Plattformen ein. Das nachhaltigste und am weitesten verbreitete Medium ist jedoch das Fernsehen. Es gibt mehr als zehn Fernsehsender, die vor allem aus Europa und Amerika senden. Das sind Kanäle, die sich insbesondere mit soziokulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Themen befassen.

Dadurch, dass die Suryoye so weit verstreut leben, spielen die Medien als ein Mittel, die Menschen zusammenzuhalten, eine große Rolle. Medienorganisationen dienen als Sprachrohr für die Gefühle und Emotionen der Suryoye. Medien spielen die wichtigste Rolle bei der Zusammenführung der Suryoye, die über Amerika, Australien, Europa und andere Kontinente verstreut sind.

Um welche Sendungen geht es hauptsächlich in den aramäischsprachigen Medien?

Im Fernsehen und anderen sozialen Netzwerken werden hauptsächlich Sendungen zu Musik, Folklore, religiösen und liturgischen Themen ausgestrahlt. Darüber hinaus gibt es Programme, die sich mit gesellschaftlichen Themen befassen. Es gibt aber auch politische Sendungen. Natürlich werden zuallererst Nachrichtensendungen angeschaut.

Wonach sehnen sich die Suryoye, die in der Diaspora leben?

Als Erstes ist da natürlich die Sehnsucht nach der Heimat. Nostalgische Erinnerungen an die Vergangenheit halten das Interesse und die Sehnsucht der Suryoye nach ihrer Heimat le-

bendig. Der Rückgang des Gebrauchs der aramäischen

Sprache im täglichen Leben – eine Folge der Globalisierung – beunruhigt die Suryoye. Deshalb fällt den Medien eine große Aufgabe zu.

Moderieren Sie Ihre Sendungen in Ihrer Muttersprache oder auf Türkisch?

Die meisten Sendungen sind auf Aramäisch. Es gibt aber auch arabische und türkische Programme. Natürlich müssen einige Sendungen in Europa auf Deutsch, Schwedisch und Englisch ausgestrahlt werden. Solche Programme werden gemacht, um sowohl junge Menschen anzusprechen als auch um ein größeres Publikum zu erreichen.

Die Suryoye sind eine Minderheit in der Türkei. Sie sind auch eine Minderheit unter den Minoritäten in Europa. Wie spiegelt sich das in Ihren Sendungen wider?

Die größte Herausforderung, vor der wir stehen, ist, dass die Suryoye so weit verstreut leben. Wir leben zwar in der Nähe bestimmter Städte, aber dass wir in ziemlich weit voneinander entfernten Regionen wie Europa, Amerika und Australien leben, erschwert unsere Arbeit. Beispielsweise haben wir Probleme, Gäste für unsere Sendungen zu finden. Trotzdem versuchen wir, die Möglichkeiten zu nutzen, die uns die Technik bietet, um Distanzen zu überwinden. Mit anderen Worten: Wir strengen uns an, das Unmögliche möglich zu machen, und bemühen uns um Einheit; wir kämpfen darum, unsere Kultur, Tradition und Sprache am Leben zu erhalten.

Ibrahim Baylan, Schwedens Energie- und Wirtschaftsminister, der aus einem Dorf stammt, in dem es keinen Strom gab; Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Beauftragte für Antirassismus, die zu einer verachteten Volksgruppe gehört; oder diejenigen, die aus den Dörfern von Tur Abdin kommen, wo es keine Fußballplätze gab, und die jetzt in der schwedischen 1. Liga bei Mannschaften wie Assyriska FF und Syrianska FC den Ball laufen lassen – sie alle geben uns die Hoffnung, dass das Unmögliche möglich ist. ■



Marianna Kakaounaki:

UNSERE AUFGABE IST ES, MENSCHEN SICHTBAR ZU MACHEN



SUHEILA ISMAIL *

Die Nacht, in der ich herausfand, dass meine Freundin Terroristin ist. Wir waren auf dem College und jeden Abend tranken meine türkische Mitbewohnerin und ich Tee und erzählten uns Geschichten, um uns zu entspannen. Eines Abends erzählte sie mir Geschichten darüber, wie sie aus der Türkei nach Rumänien kam. Am Ende wartete ich darauf, dass sie mir sagen würde, dass es nur eine erfundene Geschichte oder ein Albtraum von ihr war.

Im Sommer 2016 war sie 18 Jahre alt und träumte davon, im Ausland zu studieren. Auf dem Flughafen wurde sie von der Polizei schikaniert. Die Polizei war hinter ihrer Familie her. Das Verbrechen? Ihr Vater war Lehrer an einer Schule, die der Gülen-Bewegung angehört. An diesem Tag sah sie ihre Familie zum letzten Mal. In den Augen des türkischen Regimes waren sie alle Terrorist:innen.

Ich stand kurz vor dem Abschluss meines Studiums der Journalistik. Als ich diese Geschichte hörte, fühlte ich mich machtlos. Was kann ich als zukünftige Journalistin tun? Kann ich die Menschen davon überzeugen, dass dies mehr ist als eine Geschichte, die sie auf dem Weg zur Arbeit lesen? In dieser Nacht gehen mir eine Menge überwältigender Gedanken durch den Kopf.

All das wird für junge Journalisten wie mich leichter, wenn wir Vor-

bilder finden, die diesen Kampf bereits führen, an denen man sehen kann, wie es geht, nicht nur in fachlicher, sondern auch in menschlicher Hinsicht.

Marianna Kakaounaki ist so ein Beispiel. Die griechische Journalistin, die wie eine meiner Mitbewohnerinnen die Geschichten des türkischen Volkes entdeckte, hatte das Gefühl, dass es nicht ausreicht, die Geschichten aufzuschreiben, und dass die Menschen sie bald vergessen werden. Deshalb hat sie den Dokumentarfilm „Invisible“ gedreht. Eine Sache, die ich gelernt habe, ist, dass es in der autoritären Ära, wenn die Führer einige Menschen aus der Gesellschaft ausschließen wollen, indem sie sie ins Rampenlicht stellen, nicht einfach nur ihre Arbeit macht, sondern es sich wie ein Akt der Rebellion anfühlt. Es erfordert viel Mut, sich an die Seite der Leidenden zu stellen, um ihnen eine Stimme zu geben.

Hier die Antworten auf einige meiner Fragen, von denen ich noch eine Menge lernen muss.

Was kann ein Journalist tun, um den Menschen mehr Gehör zu verschaffen? Ist Empathie oder Professionalität in dieser Situation wichtiger?

Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, Menschen sichtbar und ihre Geschichten bekannt zu machen. Das ist alles, was wir tun können. Um das wirklich zu tun, müssen wir jedoch in die Tiefe gehen und ein echtes Verständnis für die Person, ihre Geschichte und die größere Landschaft der Welt, aus der sie kommt, entwickeln. Für mich sind Einfühlungsvermögen und Professionalität gleichermaßen wichtig. Ich glaube, man braucht beides, um in diesem Beruf wirklich gut zu sein.

Welches Ereignis hat Sie bei der aktuellen Einwanderungswelle nach Europa am meisten beeindruckt?

Es gibt so viele verschiedene Dinge, die mich in all den Jahren der Berichterstattung über Einwanderung beeindruckt ha-

ben. Was die türkischen Verfolgten angeht, so beeindruckt mich die Tatsache, dass diese Menschen nicht vor einem Krieg fliehen, sondern von einem Regime verfolgt werden, das eigentlich eine Demokratie sein sollte. Der türkische Präsident verstößt gegen die Menschenrechte, aber er sitzt immer noch mit anderen Staats- und Regierungschefs an einem Tisch, als ob nichts wäre.

Haben Sie in Ihrer journalistischen Laufbahn jemals daran gedacht, dass Sie die Geschichte von Menschen dokumentieren, die in Ihr Land einwandern mussten? Sind Ihnen diese Menschen aufgefallen, bevor Sie anfangen, über sie zu berichten?

Die große Einwanderungswelle begann mehr oder weniger zu der Zeit, als ich als junge Journalistin anfang. Wir wussten nicht, wer diese Menschen waren oder was ihre Geschichten waren, aber als ich anfang, darüber zu berichten, wusste ich schon sehr früh, dass dies eine sehr wichtige Geschichte war.

Sie berichten aus einem der Länder, in dem sich die schrecklichsten menschlichen Geschichten der Welt abspielen. Was hat Sie dazu bewogen, diese Geschichten zu dokumentieren? Was hat Ihre Aufmerksamkeit erregt?

Es gibt viele verschiedene Dinge, die mich zu diesen Geschichten hingezogen haben. Das Gefühl, dass dies jedem von uns passieren kann. Auch die Tatsache, dass es nach einer Weile negative Gefühle gegenüber Einwanderern gab – das war für mich schockierend, vor allem, weil ich aus einem Land komme, dessen Bewohner, auch meine Urgroßeltern, in der Vergangenheit in andere Länder ausgewandert sind. Ich dachte, es ist wichtig, der Welt die wahre Geschichte zu erzählen und dass wir Griechen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.

Während der Dreharbeiten zu dem Dokumentarfilm „Invisible“ haben Sie fünf Monate mit den Helden der Geschichte verbracht. Was war der Punkt, an dem Ihnen klar wurde, dass „es ein viel größeres Werk sein muss als ein Artikel, der bald vergessen wird“?

Ich habe einige Monate nach dem Putschversuch im Sommer 2016 zum ersten Mal Menschen aus der verfolgten Gemeinschaft getroffen. Schnell wurde mir klar, dass es sich bei den Menschen, die ich traf, und ihrer Verfolgung nicht um Einzelfälle handelte, sondern dass es eine anhaltende und massive Verfolgung gab. Ich hatte das dringende Bedürfnis, diese Geschichte zu erzählen, weil niemand darüber sprach und die Menschen selbst zu viel Angst hatten, sich zu äußern. Es dauerte lange, bis sie zustimmten – nicht zu einem Film, sondern zu einer Reihe von Artikeln für die Zeitung. Und da spürte ich, dass das nicht genug war, dass ich tiefer gehen wollte. Ich hatte das Gefühl, dass die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, ein Film war, bei dem ich die Geschichte verfolgen konnte, wie sie sich entwickelte.

Haben Sie während der Dreharbeiten zu „Invisible“ als Journalistin jemals gespürt, wie es ist, aus Ihrem Land verbannt zu sein?

Auf jeden Fall! Oft habe ich mir gedacht: „Das könnte ich sein.“ Diese Menschen haben alles verloren, mehr oder weniger über Nacht. Als ich den Film drehte, war das mein Hauptziel: dass die Zuschauer das auch fühlen. Ich wollte, dass sie die Vorführung mit dem Gefühl verlassen, diese Familien begleitet zu haben und ihr Leben besser zu verstehen. Denn ihre Ziele sind absolut nachvollziehbar: Alles, was sie wollten, war frei zu sein und dann einen Job zu finden, die Rechnungen zu bezahlen und ein besseres Leben für ihre Kinder zu schaffen.

Glauben Sie, dass Ihre Berichterstattung über diese Fälle eine Lösung für die erlebten Probleme war? Würden Sie gerne mehr tun als nur berichten, um eine Lösung zu finden?

Ich habe nie geglaubt, dass es unsere Aufgabe ist, Lösungen zu finden. Aber ich hoffe, dass die Menschen, die die Entscheidungen treffen, den Film sehen und die Artikel lesen und dann fundiertere Entscheidungen treffen. Das kann letztendlich zu Lösungen führen. Das ist das Ziel: durch unsere Berichterstattung etwas zu bewirken.

Wo verläuft die Grenze zwischen Ihrer journalistischen Seite und Ihrer menschlichen Seite? Oder haben Sie da eine rote Linie?

Ich habe diese rote Linie definitiv ein paar Mal überschritten. Aber das ist unvermeidlich, wenn man so sehr in eine Geschichte und letztlich in das Leben eines Menschen verstrickt ist. Aber solange wir unsere journalistischen Prinzipien im Auge behalten, halte ich das nicht für ein Problem. Im Gegenteil, ich denke, es kann Emotionen und „Herz“ in die journalistische Arbeit bringen.

Wenn Sie ein Journalist im Exil wären, was würden Sie als Erstes tun?

Ich denke, am Anfang würde ich mich im Überlebensmodus befinden. Es ist so schwer, sich an einem fremden Ort wiederzufinden, nachdem man alles verloren hat. Sobald ich das Nötigste für meine Familie gesichert hätte, würde ich versuchen, die Geschichte zu erzählen, was passiert ist. Ich fühle und hoffe, dass ich in der Lage wäre, meinen Job weiterzumachen, auch wenn ich wahrscheinlich einen anderen „Brotberuf“ machen müsste, um zu überleben.

Sind Geschichten von Athleten bei den Olympischen Spielen oder Geschichten von Menschen für Sie wertvoller?

Alle Geschichten sind wichtig. Sie mögen unterschiedlich erscheinen – und in vielen Fällen sind sie es auch –, aber sie haben alle einige Merkmale gemeinsam, die mich wirklich inspirieren. Wie sehr sich diese Menschen um ihre Ziele bemühen, wie zielstrebig und ausdauernd sie sind.

Wie fühlt es sich an, als Reporter dabei zu sein, wenn Geschichte geschrieben wird?

Es ist ein unglaubliches Gefühl. Ich bin wirklich stolz und fühle mich geehrt, dass ich an einer Geschichte mitgearbeitet habe, die in die Annalen eingehen wird. Und vor allem, dass ich auf der richtigen Seite der Geschichte stand und denen eine Stimme gegeben habe, die keine hatten.

Es scheint, als gäbe es neue politische Aktivitäten zwischen Griechenland und der Türkei. Glauben Sie, dass dies eine gute oder eine schlechte Sache für die Menschen und die Journalisten im Exil sein wird?

Ich erinnere mich immer daran, was einer meiner Hauptdarsteller eines Abends zu mir sagte. Dass es ihn beunruhigt, wenn er in den Nachrichten sieht, dass es politische Aktivitäten zwischen den beiden Ländern gibt, weil sie, die Grünen, immer als Verhandlungsmasse auf den Tisch gelegt werden. Das bedeutet, dass Präsident Erdogan oft um ihre Auslieferung bittet oder sie sogar fordert. Ich denke, es ist ganz natürlich, dass sich diese Menschen nicht sicher fühlen. Ich persönlich glaube nicht, dass sie Gründe haben, sich nicht sicher zu fühlen, aber ich denke, es ist völlig verständlich. ■

**Reporterin Zaman Rumänien*



SHAKEEL AHMED SENIOR JOURNALIST BUSINESS, WIRTSCHAFTS- UND FINANZRESSORT *

Aktuelle Lage der Medien in Pakistan

Es wäre weder falsch noch übertrieben zu sagen, dass die pakistanischen Medien aktuell eine parallele Freiheit genießen.

Es besteht kein Zweifel, dass pakistanische Journalist:innen und Medien die Freiheit und Unabhängigkeit haben, zu sprechen oder zu schreiben, was sie möchten. Man mag sich wundern, dass ich sage „was sie möchten“.

Wenn es auch umstrittenen Journalist:innen möglich ist, Informationen zu verbreiten, sei es in den Mainstream-Medien, in den Printmedien, in den sozialen oder digitalen Medien, sehen sie sich in ihrer Arbeit immer noch einer Reihe von Hindernissen und Hürden gegenüber.

Das jüngste Beispiel ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung durch eine Verordnung mit der Bezeichnung „Prevention of Electronic Crimes Act (PECA) 2016“, die das Teilen von verleumderischen und gefälschten Inhalten in sozialen Medien unter Strafe stellt.

Das neue Gesetz gibt den Strafverfolgungsbehörden oder der Abteilung für Cyberkriminalität die Möglichkeit, eine Person, der vorgeworfen wird, beleidigende, vulgäre und verleumderische Äußerungen im Internet oder in sozialen Medien gemacht oder gepostet zu haben, ohne Haftbefehl festzusetzen. Ein Freikommen auf Kaution ist nicht möglich.

Das neue Gesetz wurde von allen Medienorganisationen als „Knebelung, Strangulierung und Unterdrückung der Pressefreiheit“ verurteilt. Sogar die

politischen Oppositionsparteien haben sich dem Protest angeschlossen. Die vorgeschlagene Änderung wurde bereits vor den Obersten Gerichten angefochten, wo eine einstweilige Verfügung erlassen wurde, die Verhaftungen verhindert. Der oberste pakistanische Justizbeamte, der Generalstaatsanwalt Pakistans, hat selbst vor Gericht gesagt, das vorgeschlagene Gesetz sei „drakonisch“.

Pakistanische Journalist:innen und Medienorganisationen haben bereits ernsthafte Bedenken gegen die vorgeschlagene Änderung geäußert, da sie weithin als Instrument angesehen wird, um Kritiker der Regierung zum Schweigen zu bringen.

Die pakistanische Regierung weist diese Beobachtungen und Vorbehalte zurück. Die jüngste Kontroverse entstand, als ein Journalist in einer Live-Sendung im Fernsehen einige anstößige Bemerkungen über die Ehefrau von Premierminister Imran Khan und einen Minister machte.

Ich glaube an einen objektiven Journalismus, der in den Korridoren der Macht die Stimme für jemanden erhebt, dem Unrecht widerfahren ist. Gesponserter Journalismus, der die Interessenvertreter schützt oder ihre Verbrechen deckt, fällt nicht unter die Pressefreiheit. Irreführende, unbegründete Berichte oder Sendungen tragen in keiner Weise zu einem gesunden Wachstum sozialer Werte bei. Journalist:innen sind wie Leuchttürme, die das im Dunkeln Verborgene ans Licht bringen.

Ungezügelter Kritik um der Kritik willen ist kein verantwortungsvoller Journalismus. Als vierte Ge-

walt im Staat haben die Medien die heilige Pflicht, die Missstände, die Korruption und die Untaten der aktuellen Regierung und der Institutionen aufzuzeigen, um den Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Nach der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird die Gefängnisstrafe für die Verleumdung von Personen oder Institutionen in sozialen Medien, einschließlich der Justiz und der Armee, von zwei auf fünf Jahre erhöht. Die Gerichte sind verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten über die Fälle zu entscheiden, und die Straftat ist nicht kautionsfähig.

Gespräche mit der Regierung über die Mediengesetzgebung wurden ausgesetzt, bis die drakonischen Änderungen des Gesetzes zur Verhinderung von elektronischer Kriminalität (PECA) rückgängig gemacht werden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Ausschusses der pakistanischen Medienorganisationen.

Dem Joint Action Committee (JAC) gehören die All Pakistan Newspapers Society (APNS), der Council of Pakistan Newspaper Editors (CPNE), die Pakistan Federal Union of Journalists (PFUJ), die Pakistan Broadcasters Association (PBA) und die Association of Electronic Media Editors and News Directors (AEMEND) an.

In der gemeinsamen Erklärung heißt es, es gebe eine Reihe von Beispielen, in denen das Informationsministerium die Meinungsfreiheit einschränke, Journalist:innen mundtot mache und die Medien finanziell lähme, um Einfluss auf die Berichterstattung auszuüben.

Die Pressefreiheit in Pakistan wurde in den letzten drei Jahren nicht nur durch Einschränkungen, sondern auch durch starken finanziellen Druck beschädigt. Medieneigentümer ordneten Stellenabbau an. Finanzielle Zwänge sind bis zu einem gewissen Grad ein Grund dafür. Die Medieneigentümer haben durch staatliche Anzeigen und Investitionen in andere private Unternehmen Milliarden verdient – auf Kosten der Gehälter, die monatelang nicht gezahlt wurden. Auch die Corona-Pandemie ist ein Faktor. Tausende von Journalist:innen wurden arbeitslos. Hungrige Journalist:innen können nicht für die Pressefreiheit kämpfen.

In der Zwischenzeit wurde die kürzlich verabschiedete PECA-Verordnung 2022 vor den Obersten Gericht-

ten in Lahore und Islamabad angefochten. In den Petitionen wurde beklagt, die Verordnung verstoße nicht nur gegen die Urteile des Obersten Gerichtshofs, sondern auch gegen die pakistanische Verfassung.

Das Motiv für den Erlass der angefochtenen Verordnung sei ein direkter Angriff auf die Unabhängigkeit des Justizsystems und der Richter der Verfassungsgerichtsbarkeit, so die Petition.

In der Vergangenheit wurden mehreren Journalist:innen in Pakistan ihre Arbeit untersagt, einige von ihnen kamen bei verschiedenen Vorfällen aus unbekanntem Grund ums Leben. In Pakistan wurden seit 1990 138 Journalist:innen getötet, hauptsächlich weil sie Korruption aufgedeckt hatten.

Früher wurden Journalist:innen vor allem in Konfliktgebieten getötet, doch in den letzten Jahren werden sie immer häufiger umgebracht, weil sie Korruption, die Zurückhaltung von Tatsachen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umwelt sowie viele andere Arten von Fehlverhalten der Machthaber aufgedeckt haben. Außerdem erhalten sie Todesdrohungen, werden eingeschüchtert, schikaniert und anderweitig unter Druck gesetzt, um sie zur Aufgabe ihrer investigativen Berichterstattung zu bewegen. Es gibt viele subtile Methoden, um Journalist:innen zu zwingen aufzugeben. Journalist:innen werden von einflussreichen Personen ungestraft umgebracht, berichtete die Express Tribune in ihrem Leitartikel vom 6. November 2021.

Insgesamt betrachtet ist es jedoch um die Presse- und Meinungsfreiheit in Pakistan weitaus besser bestellt als in anderen Ländern in der Region, einschließlich Indien. ■

** Ich verfüge über mehr als zwanzig Jahre Praxiserfahrung als Journalist in Pakistan. Ich war bei verschiedenen Nachrichtensendern tätig, darunter Aaj TV, Dunya TV, Bol Network und Samaa TV. Zudem arbeitete ich als Moderator bei der Pakistan Broadcasting Corporation (PBC). Zu Beginn meiner Karriere arbeitete ich auch als Sub-Editor bei Online News Network. Ich habe auch Vlogs und Wirtschaftsreportagen für die Plattform Samaa Digital verfasst. Außerdem arbeitete ich als freiberuflicher Journalist für den britischen Fernsehsender Channel 4 und für NBC America.*

Journalismus in Afghanistan unter den Taliban



EHSANULLAH ZIYAYI AFGHANISCHER JOURNALIST

Tausende von Journalist:innen haben in den letzten 9 Monaten ihren Job in Afghanistan verloren, und viele Medienunternehmen mussten aufgrund zunehmender Sicherheits- und Finanzprobleme ihre Pforten schließen.

Laut einem Bericht von Reporter ohne Grenzen (RSF) vom Dezember haben 40 % der Medienunternehmen in den letzten fünf Monaten des vergangenen Jahres schließen müssen, und fast 6.400 Journalist:innen verloren ihre Arbeit. Hunderte haben das Land verlassen. In einigen Provinzen Afghanistans gab es nur noch eine Handvoll Medienunternehmen. Und die hörten auf, Musik zu senden, entfernten ausländische Inhalte und zogen weibliche Moderatorinnen ab. Mehr als 80 % der Journalistinnen im ganzen Land können keinen Journalismus mehr betreiben.

Bis zum August waren landesweit 543 Medienunternehmen aktiv. Seit die Taliban am 15. August die Macht übernommen haben, wurden mindestens 153 Medienunternehmen geschlossen und Tausende von Medienschaffenden arbeitslos. Nach Angaben der Afghanischen Vereinigung unabhängiger Journalisten (AIJA) wurden 4 von 10 Medienunternehmen im Land geschlossen. 60 % der Medienschaffenden sind arbeitslos. Die Zahl der im Land geschlossenen Medienunternehmen beträgt 231. Laut AIJA beträgt die Zahl der Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, mehr als 6400.

Allein in Kabul musste eines von zwei Medienhäusern schließen. Vor den Taliban gab es in der Stadt 148 Medienunternehmen, jetzt sind es nur noch 72. Journalist:innen haben heutzutage keine alternativen Jobmöglichkeiten, da die Wirtschaft des Landes sehr stark gelitten hat. Pressemitarbeiter wandten sich anderen Geschäftsbereichen zu, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die Taliban setzten ihren Vormarsch im ganzen Land fort und schlossen Medien, deren Sendepolitik ihnen nicht gefiel, während sich Journalist:innen entweder aufgrund von Dro-

hungen oder aufgrund aufkommender wirtschaftlicher Probleme anderen Bereichen zuwandten. Zusätzlich zu denen, die ihr Land verlassen mussten, wechselten diejenigen, deren Namen auf den Verhaftungslisten standen, ihren Wohnsitz und begannen, in anderen Städten unter anderen Identitäten zu leben.

Hassan Sirdasch ist nur einer von Hunderten von Journalist:innen, die sich gezwungen sahen, ihr Land zu verlassen. Seine Erfahrung von 17 Jahren Journalismus und seine Arbeit in Dutzenden von nationalen und internationalen Medienorganisationen haben ihn zur Zielscheibe gemacht. Er wurde zweimal von den Taliban entführt und dreimal von Regierungsbehörden festgenommen.

Sirdasch war nach der Machtübernahme durch die Taliban sofort Zielscheibe von Drohungen, da er als Presseberater im Wirtschaftsministerium der Regierung tätig war. Aufgrund dessen gehörte er zu denen, die ihr Land verlassen und im Nachbarland Iran Zuflucht suchen mussten. Sirdasch war ein sehr erfolgreicher Journalist – fast 50 Zertifikate trägt er jetzt als Erinnerung in seiner Tasche.

Hassan Sirdasch sagt, dass der Hauptgrund dafür, Afghanistan zu verlassen, die Arbeitslosigkeit war. Außerdem hatten die von der Taliban-Regierung aus den Gefängnissen entlassenen Gefangenen die Drohungen gegen ihn und seine Familie verstärkt, sodass er das Land verlassen musste. Die freigelassenen Häftlinge sprachen Morddrohungen aus und schickten anonyme Drohbriefe an seine Adresse.

Sirdasch, Gewinner des Preises „Der mutigste Reporter“ und Träger einer Dankurkunde der Menschenrechtskommission und des afghanischen Parlaments, lehnte es zunächst wegen der dort herrschenden rassistischen Rhetorik und der Haltung gegenüber Journalisten ab, in den Iran zu gehen. Nachdem er jedoch von vielen Botschaften, an deren Tür er klopfte, eine Absage erhalten hatte, war er gezwungen, seine Pläne zu ändern und in den Iran zu gehen. Hassan Sirdasch, der seit 2 Wochen ver-

Der vielfach ausgezeichnete afghanische Journalist Hassan Sirdash kann seinen Beruf aufgrund des Drucks der Taliban nicht mehr ausüben. Sirdash muss sein Land verlassen und versucht, seinen Lebensunterhalt mit Reinigung und Portierung im Iran zu verdienen.



sucht, mit seiner Familie eine Wohnung zu finden, arbeitet jetzt für 150 Dollar im Monat sowohl als Reinigungskraft als auch als Lastträger in einem Geschäft.

Sirdash betont, dass die Taliban völlig gegen die Meinungsfreiheit sind. Für die Taliban sind Journalist:innen ein Überbleibsel der Regierung des ehemaligen Präsidenten Ashraf Ghani und werden des Hochverrats beschuldigt. Nicht nur Journalist:innen, auch das afghanische Volk kann seine Meinung nicht äußern. Der Verlust dieser Freiheiten schränkt die Berichterstattung von Journalist:innen ein; sie sind Zensur ausgesetzt. Man wartet nur darauf, dass Journalisten Fehler machen; unter fadenscheinigen Gründen werden sie festgenommen und strafrechtlich verfolgt.

VERBOTE FÜR JOURNALISTINNEN

In 15 der 34 Provinzen Afghanistans arbeiten keine Journalistinnen mehr. In der nördlichen Provinz Dschauidschan, wo vor den Taliban 112 Journalistinnen arbeiteten und 19 Medienunternehmen ansässig waren, schlossen 7 Institutionen ihre Türen. In keinem der übrigen 12 Medienunternehmen sind Journalistinnen beschäftigt. Es wurde vom ersten Moment an bekannt gegeben, dass die Taliban Frauen untersagten, in den lokalen Medien zu arbeiten.

Laut Asliye Ahmadzai, zuständig für Journalistinnen in der nördlichen Region, werden Journalismus und Meinungsfreiheit in der Taliban-Ära als Makel betrachtet. Ahmadzai bedauert, dass die jahrelangen Bemühungen der Taliban, die Meinungsfreiheit zum Schweigen zu bringen, Erfolg zeitigen und befürchtet, dass es im ganzen Land bald keine Journalistinnen mehr geben wird.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Blütezeit von Journalistinnen die Zeit war, als Afghanistan eine Republik war. Mit dem Zusammenbruch der Republik wurde es für Journalistinnen von Tag zu Tag schwieriger, ihren Beruf auszuüben. Hunderte von Journalist:innen wurden arbeitslos. Mit der Scharia der Taliban wurden Frauen erneut gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben. Viele unserer Kolleginnen konnten aus Angst vor den Taliban nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Mit der Eroberung der Hauptstadt Kabul durch die Taliban wurde den Frauen geboten, zu Hause zu bleiben. Journalistinnen, die sich noch trautes zur Arbeit zu gehen, konnte man an zwei Händen abzählen. In den letzten Monaten haben Journalistinnen jedoch begonnen, zu den Medienhäusern in der Hauptstadt zurückzukehren. Die Zahl der Journalistinnen in Kabul, die Anfang August noch bei 1.190 lag, beträgt jetzt nur noch 320.

NEUE JOURNALISMUS-REGELN

Medienschaffende müssen sich nun an die vom Ministerium für Information und Kultur erlassenen „11 Journalismusregeln“ und das islamische Gebot halten, „das Gute zu gebieten und Unrecht zu verbieten“. Nachrichten- und Musikprogramme sind verboten, gesendet werden nur Programme mit religiösem Inhalt. Lokale Radiosender stellten ihre Sendungen während dieser Zeit ein.

Journalist:innen, die immer noch versuchen, ihren Beruf irgendwie auszuüben, sind der Gewalt der Taliban ausgesetzt. Es gibt Berichte über bisher fast 40 gewaltsame Übergriffe gegen Journalist:innen.

Der IAJA-Präsident Hojatollah Mujadadi betont in seinem Aufruf an internationale Organisationen, dass die Schließung der Hälfte der Medien des Landes eine Katastrophe für die Pressefreiheit sei und dass die andere Hälfte der Journalist:innen unter schwierigen Bedingungen leiden und auch noch ihre Arbeit verlieren werden, wenn nicht dringend gehandelt werde. Im vom RSF vor der Machtübernahme der Taliban veröffentlichten World Press Freedom Index belegte Afghanistan von 180 Ländern den 122. Platz. Angesichts der obigen Zahlen sollte es nicht schwer sein abzuschätzen, welchen Platz das Land im diesjährigen Index einnehmen wird. ■



RABIA YAVUZ TÜRE *

Die Welt hat sich für Journalist:innen in ein riesiges Gefängnis verwandelt

Die Welt verwandelt sich für Journalist:innen, die sich dafür einsetzen, die Stimme der Wahrheit zu sein, zunehmend in ein riesiges, vergittertes Gefängnis. Vergangenen Herbst habe ich während einer Konferenz in einem skandinavischen Land einem belarussischen Journalistenpaar zugehört. Ihre Präsentation über die Entwicklungen in ihrem Land hat mich sehr beeindruckt. Sie berichteten ausführlich, dass Kolleg:innen verhaftet wurden, dass sie selbst sich eine Weile verstecken und schließlich in ein anderes Land fliehen mussten.

Das belarussische Ehepaar sprach in Verbindung mit den Präsidentschaftswahlen im August 2020 von Wahlbetrug seitens des Machthabers Aleksandr Lukaschenko; sie berichteten über die Proteste der Menschen auf den Straßen, die Gewalt, die sie sahen, die Drohungen und Inhaftierungen ausländischer Journalist:innen und deren Abschie-

bung. Diese Gesetzlosigkeit, Gewalt und Ungerechtigkeit, die das Journalistenpaar in Belarus erlebten, sowie die seelische Verfassung, in der sie sich befanden, kamen mir als jemandem, der versucht, in einem Land wie der Türkei Journalismus zu betreiben, nicht fremd vor.

Die allabendliche Unsicherheit, was der nächste Tag bringen wird, dem Tod jeden Moment ins Auge zu sehen – das gehört zu den großen Risiken unseres Berufs. Es sollte jedoch nicht das Schicksal von Journalist:innen sein, Polizeigewalt ausgesetzt zu sein, des Nachts aufgrund von Verleumdung der Freiheit beraubt zu werden, den Himmel nur noch durch Gitter zu sehen, in Einzelzellen zu leben, der Kälte von Steinmauern ausgesetzt zu sein!

Da Journalismus zur Aufgabe hat, die Öffentlichkeit richtig zu informieren, darf er nicht widerrechtlich verfolgt werden. Es kann nicht sein, dass Journalist:innen jah-

relang ohne Grund und ohne Beweise eingesperrt werden. Journalismus ist kein Verbrechen! Pressefreiheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie! Beim Thema Pressefreiheit hat die Welt leider einen äußerst traurigen Zustand erreicht.

In einem vom Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) veröffentlichten Bericht wurde bekanntgegeben, dass die Zahl der weltweit inhaftierten Journalist:innen im Jahr 2021 mit 293 einen Rekordwert erreicht hat. Dem Jahresbericht des Komitees zufolge sind die drei Länder mit den meisten inhaftierten Journalist:innen China, gefolgt von Myanmar und Ägypten. Vietnam und Belarus belegen die Plätze vier und fünf.

Diese Zahlen haben in den letzten sechs Jahren Rekordniveau erreicht und steigen jedes Jahr weiter – ein klarer Hinweis auf die weltweit wachsende Intoleranz gegenüber Pressefreiheit und unabhängigem Journalismus sowie auf die Brutalität autoritärer Regime. Die Welt hat sich für Journalist:innen in ein riesiges Gefängnis verwandelt.

Die Türkei liegt in dieser Liste auf dem sechsten Platz! Seit dem 15. Juli 2016 hat der Druck auf die Medien sukzessive zugenommen. Tausende „oppositionelle“ Journalist:innen können ihren Beruf nicht mehr ausüben. Hunderte von ihnen wurden unrechtmäßig vor Gericht gezerrt und ihre Gerichtsverfahren dauern noch an.

Der CPJ-Bericht stellt auch fest, dass in der Türkei in den letzten fünf Jahren viele Journalist:innen den Beruf aufgegeben haben. Der Bericht von Reporter ohne Grenzen (RFS) bestätigt diese Tatsache. Der Bericht unterstreicht auch, dass ungefähr 90 Prozent der Medien in der Türkei unter staatlicher Kontrolle stehen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Lage in den Gefängnissen beobachten, erklären, dass die Zahl der inhaftierten Journalist:innen in

der Türkei sogar noch höher ist als von RSF und CPJ angegeben. Laut einer Statistik der Plattform jaile-djournalos.com sind in der Türkei 68 Medienschaffende und 64 Journalist:innen seit Jahren widerrechtlich im Gefängnis.

Die Methode, Journalist:innen zu bestrafen, beschränkt sich nicht darauf, sie hinter Gittern zu halten. Laut einem Bericht über die Pressefreiheit von der Coalition for Women in Journalism (CFWIJ) waren im Juli 2021 61 Journalistinnen Drohungen, Gewalt oder sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Die Länder mit den höchsten Fallzahlen waren die Türkei, Georgien und Belarus.

Niemand verdient es, widerrechtlich inhaftiert zu werden – auch nicht Medienschaffende, die versuchen, ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den ihnen von Gesetz, Verfassung und Demokratie eingeräumten Rechten zu machen und sich keinem Druck beugen! Aber als Stimme der Wahrheit haben wir Journalist:innen nicht das Recht, gekränkt zu sein oder aufzugeben. Darin sollten wir uns alle einig sein. Wir müssen bis zum Schluss für den Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit kämpfen! ■

RABIA YAVUZ TÜRE

Sie arbeitete als Redakteurin für große Nachrichtenportale in der Türkei. Nach den Übergriffen in der Türkei ging sie als Journalistin ins Exil und ließ sich mit ihrer Familie in Norwegen nieder. Sie arbeitet dort als freiberufliche Journalistin und Content-Producer und sie unterstützt ehrenamtlich Menschenrechtsvereine und Wohltätigkeitsorganisationen.



JOURNALISTENMORD AUFGEKLÄRT? NOCH NICHT!

Laut Justizkommissarin Vera Jourova gab es im Jahr 2020 in Europa mehr als 900 Angriffe auf Journalisten. Seit 1992 wurden in der EU 23 Journalisten getötet, die meisten davon in den letzten sechs Jahren.



IRIS ROHMANN *

Am 16. Oktober 2017 wurde die maltesische Journalistin und Bloggerin Daphne Caruana Galizia weit ihres Hauses mit einer Autobombe in die Luft gesprengt. Sie war 53 Jahre alt. Die politischen Enthüllungen der Journalistin auf ihrem Blog Running Commentary hatten - vor allem seit dem Jahr 2016 mit der Veröffentlichung der Panama-Papers - einen Sumpf aus Korruption und Vetternwirtschaft zum Vorschein gebracht, der sehr klar zeigte, dass die junge Demokratie des Insel-Archipels von mafiosen Strukturen und kriminellen Familien-Clans untergraben und ausgehöhlt wird. Daphne enthüllte Monat für Monat, Jahr für Jahr, Dutzende Skandale, und machte sich dadurch immer mehr Feinde. Dass sie eine Frau war, und das in einer sehr katholisch-patriarchalisch strukturierten Gesellschaft, machte die Lage für sie noch schwieriger.

Sie enthüllte Verwicklungen von Politikern und Geschäftsleuten in Geldwäsche, Bestechung und Vorteilsnahme, und je mehr sie aufdeckte, desto drastischer wurden die Gegenmaßnahmen. Die meisten Kollegen und Kolleginnen standen ihr nicht bei, oder schlossen sich den Angriffen auf sie sogar an, aus Angst vor Repressionen, dem Verlust von Werbeeinnahmen. Die meisten Medien in Malta werden von den politischen Parteien kontrolliert, die Abhängigkeiten sind unmittelbar. Viele aber sahen nicht das Ausmaß der Gefährdung, oder wollten es nicht sehen.

Am Ende ihres Lebens war Daphne Caruana Galizia verzweifelt und vollkommen isoliert. „Mit Freuden würden sie mich tot sehen“ - schrieb sie kurz vor ihrem Tod. Tragischerweise wurde es wahr.

Die Strategien, die Journalistin zum Schweigen zu bringen, wurden mit Hilfe höchster politischer Stellen in der Labour-Regierung des Landes genehmigt, finanziert und durchgeführt. Solche Strategien werden weltweit gegen Medienschaffende angewendet, vor allem gegen Frauen, beklagt Rebecca Vincent, Direktorin für internationale Kampagnen von Reporter ohne Grenzen. „Es ist immer eine Kombination aus Verleumdungs- oder Schadensersatzklagen, Hetze, Drohung, Isolation und physischen Attacken bis hin zum Mord.“

Es dauerte fast vier Jahre, bis ein unabhängiger Untersuchungsausschuss (Independent Inquiry) in 93 Sitzungen mit 120 Zeugen bestätigen konnte, was viele von Anfang an wußten, und in herzergreifenden Statements von Familie, Freunden, KollegInnen zu Protokoll brachten. Der Abschlussbe-

richt des Verfahrens fand deutliche Worte: Dass „der Staat die Verantwortung für die Ermordung übernehmen muss, weil er eine Atmosphäre der Straffreiheit geschaffen hat, die von den höchsten Ebenen im Herzen der Verwaltung des Amtes des Premierministers ausging und sich wie eine Krake auf andere Einrichtungen wie die Regulierungsbehörden und die Polizei ausbreitete, was zum Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit führte.“

Konkret bedeutete das: Die Journalistin musste jahrelange Hetzkampagnen erdulden - staatlich sanktioniert. Wer sie angriff und bedrohte, blieb straflos. Sie wurde isoliert, gestalkt, überall fotografiert, bis zu ihrem letzten Tag. Ihre Bank-Konten wurden eingefroren - von einem Minister. Ein unerhörter Einzelfall in Malta und ein gravierender Mißbrauch der Gesetze. Sie sollte finanziell ruiniert werden, durch millionenschwere Klagen aus dem Ausland - mit Zustimmung des damaligen Premierministers Joseph Muscat. Als sie starb, gab es 48 Verleumdungsklagen gegen sie - in den meisten Fällen von Politikern und ihren wirtschaftlichen Verbündeten.

Wenige Tage vor ihrer Ermordung sagte Daphne Caruana Galizia in einem Interview: „In fact, all of the problems I encounter stem from an exact parallel with what in psychology is known as scapegoating. When you look at my story, it's a classic case of scapegoating on a national, nationwide scale. It's medieval. Look at what they call me most, “the witch from Bidnija”. I mean, when were women called witches? Pre-the age of enlightenment. And very openly. Witch! I am “evil”. And I have had problems even with people in the street.“

Dass in geschlossenen Facebook-Gruppen der Labour-Partei ihr Tod gefeiert und bejubelt wurde gehört zu den widerwärtigen Details dieser mittelalterlichen Hexenjagd. Ich habe selbst in Gesprächen mit ganz „normalen“ Bürgern hasserfüllte Aussagen über sie gehört, von Menschen, die nie etwas von ihr gelesen hatten. Hier kann man gut erkennen, wie Kampagnen in Social Media, Fake News, und der strategische Einsatz von Gerichtsverfahren (SLAPP) die Demokratie und Pressefreiheit in Gefahr bringen - selbst in Staaten, die keine ausgesprochenen Tyrannen an der Spitze haben! Man gibt den Menschen ein Feindbild und lenkt dadurch ihre Aufmerksamkeit von den eigenen Verfehlungen ab. In Malta hat das sehr gut funktioniert.

Schon wenige Wochen nach der abscheulichen Tat wurden drei mutmaßliche Bombenleger verhaftet - einschlägig bekannte Kriminelle und Mitglieder der maltesischen Mafia. Die Beweise gegen sie sind erdrückend, doch sie schweigen bis heute. Von Anfang an wurde aber jedem Versuch, die näheren Hintergründe der Tat zu untersuchen, massive Hindernisse in den Weg gelegt oder Ablenkungsmanöver gestartet. Es wurden sogar Gerüchte verbreitet, die eigene Familie hätte den Mord in Auftrag gegeben! Die Suche nach den Auftraggebern der Tat wurde faktisch gestoppt. Nach drei Jahren war die Lage hoffnungslos festgefahren, trotz wiederholter Intervention der Europäischen Union, die mehrere Delegationen nach Malta entsandete, und in einem Abschlussbericht schwerwiegende Versäumnisse der maltesischen Regierung anklagte, und volle Aufklärung forderte. ►

“

Internationale Journalistenverbände setzen sich weiterhin für einen ausführlichen Bericht über den Mord an Daphne Caruana Galizia ein.

FOTO: MATTHEW MIRABELLI / AFP



► Dann passierte etwas Unerwartetes. Einer der Mittäter, Melvin Theuma, durchbrach das Gleichgewicht des Schweigens (Omertà) und packte aus. Er deckte ein wahrhaft mafiöses Szenario auf: Der mutmaßliche Auftraggeber des Mordes ist ein bekannter maltesischer Geschäftsmann, Yorgen Fenech, der ein großangelegtes kriminelles Business mit Bestechungsgeldern in Millionenhöhe zugunsten verschiedener Politiker aufgesetzt hatte – So die Recherchen zu den Panama-Papers. Dafür erhielt er Staatsaufträge in Millionenhöhe. Fenech zahlte 150 000 Euro an die drei Killer, vermittelt durch Theuma. Nach dessen Verhaftung versuchte Fenech, von der Insel zu fliehen, wurde aber verhaftet - und beschuldigte seinerseits den damaligen Stabschef des Premierministers, Keith Schembri, den Mord geplant zu haben. Es kam zu Tumulten in der Hauptstadt Valletta. Schembri und andere Minister, und auch Premier Joseph Muscat mussten nach wochenlangen Protesten im November 2019 zurücktreten.

Viele atmeten auf, in der Hoffnung, dass das Kartenhaus von Korruption und Kriminalität jetzt zusammenbrechen würde. Doch dann stagnierte die Situation erneut. Externe Beobachter sehen dasselbe Szenario der Verhinderung und Verzögerung des Mordprozesses durch die aktuelle Labour-Regierung. Keith Schembri, Joseph Muscat und andere wurden bis heute nicht angeklagt. Doch die Familie der Ermordeten bleibt stark, sie kämpfen weiter für Gerechtigkeit und haben aus diesem Grund die DaphneFoundation gegründet. Auch NGOs in Malta wie „Occupy Justice“ lassen nicht nach in ihren regelmäßigen öffentlichen Protesten. Caroline Muscat, eine Kollegin und Freundin von Daphne, hat mit „The Shift News“ ihr Erbe angetreten. Heute

sind es Caroline und ihre KollegInnen, die weitere Skandale von PolitikerInnen aufdecken, und Hetzkampagnen und Klagen erdulden müssen. Doch auch internationale Journalistenverbände wie ECPMF und Reporter ohne Grenzen setzen sich nach wie vor für die volle Aufklärung ein.

Aktuell sollen die Empfehlungen der Unabhängigen Kommission in Malta umgesetzt werden: Die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, indem Polizeichef und Generalstaatsanwalt nicht mehr vom Regierungschef ernannt werden, damit der Rechtsstaat unabhängig bleibt. Gesetze zu verabschieden, die JournalistInnen schützen. Dafür wird jetzt ein Expertenteam von der Regierung ernannt. Einer der vorgeschlagenen Experten war ein erklärter Feind der Journalistin. Er nannte sie „Queen of Bile“.

Es gibt noch viel zu tun.

Daphne Caruana Galizia wurde von der Kölner Künstlerin Joanna Vortmann geehrt. Mit Unterstützung der Familie der Ermordeten entstand eine Video-Installation mit den Texten der Journalistin, gelesen von ihrer Schwester, Corinne Vella.

<https://www.fotovideokunst.net/kopie-von-videoinstallation-we-want>

Es ist möglich, die Künstlerin und ihre Installation einzuladen. ■

** Ich selbst übernehme den journalistischen Teil und die politischen Fragen.*

Im Jahr 2018 erhielt ich das Daphne-Caruana-Galizia-Stipendium des Deutschen Reporterforums. Ich arbeite freiberuflich für den Westdeutschen Rundfunk, Deutschlandfunk und diverse Zeitungen.

Empfehlungen:

INVICTA – The Life and Work of Daphne Caruana Galizia, The Pertinent Press (30. November 2017)

Daphne Caruana Galizia – Sag die Wahrheit, auch wenn Deine Stimme zittert, Orell Füssli Verlag (18. September 2020)

Wahrheitskämpfer – Portraits ermordeter und verfolgter JournalistInnen <http://wahrheitskaempfer.de/portfolio/daphne-caruana-galizia-malta-ermordet-oktober-2017>

Postscriptum

2020 hat es in Europa mehr als 900 Angriffe auf Journalisten und Journalistinnen gegeben, so die Justizkommissarin Vera Jourova. Seit 1992 sind 23 Journalisten und Journalistinnen in der EU getötet worden, die meisten davon in den vergangenen sechs Jahren.



ANA KARADAREVIC VORSTANDSMITGLIED DES NVJ

Die Sicherheit von Journalist:innen in den Niederlanden

Die Dringlichkeit der Pressefreiheit wird umso deutlicher, als Journalist:innen, die über die Pandemie und ihre Folgen berichten, seit Beginn der Covid-19-Pandemie Angriffen von Covid-Leugnern ausgesetzt sind. Der nationale Sender NOS sah sich im Jahr 2020 gezwungen, sein Logo auf den Lieferwagen zu verstecken, mit denen die Reporter:innen durch die Niederlande fahren, weil sie mit Einschüchterungsversuchen von Protestlern gegen die niederländischen Covid-19-Maßnahmen konfrontiert wurden. Im Sommer 2021 warfen zwei Männer Molotowcocktails in das Haus des Journalisten Willem Groeneveld. Die beiden Männer waren Covid-Leugner und wollten den Journalisten, der Artikel gegen Verschwörungstheoretiker geschrieben hat, einschüchtern. Glücklicherweise wurde Groeneveld nicht verletzt, da es ihm gelang, das Feuer zu löschen, das durch die Molotowcocktails verursacht worden war.

Der Angriff auf Groeneveld war ein Tiefpunkt, aber er ist nicht der einzige Vorfall, bei dem Journalist:innen in den Niederlanden zur Zielscheibe werden. Im Jahr 2021 wurden 272 Journalist:innen bedroht oder angegriffen, während sie ihrer Arbeit nachgingen. Im Jahr 2020 war diese Zahl noch viel niedriger: 121. Da die Pressefreiheit eines der wichtigsten Themen für den NVJ ist, haben wir vor einigen Jahren PersVeilig (grob übersetzt: Presse sicher) gegründet. Dies ist eine gemeinsame Initiative von NVJ, der niederländischen Gesellschaft der Chefredakteure, der niederländischen Polizei und der Staatsanwaltschaft. Gemeinsam wollen wir die Position von Journalist:innen stärken, wenn sie mit Gewalt und Aggression auf der Straße oder in den sozialen Medien konfrontiert werden und wenn sie mit rechtlichen Schritten konfrontiert werden.

WIE MAN MIT AGGRESSION UMGEHET

PersVeilig bietet Journalist:innen und Medien verschiedene Dienste an. Wenn Journalist:innen mit Gewalt konfrontiert werden, können sie ein spezielles Protokoll befolgen, das von PersVeilig erstellt wurde. Das Protokoll sieht vor, dass Medienunternehmen



im Namen von Journalist:innen, die mit Aggressionen konfrontiert werden, eine Polizeimeldung einreichen. Die Staatsanwaltschaft behandelt Polizeimeldungen über Gewalt gegen Journalisten mit hoher Priorität, und die Strafen für die Täter sind hoch. Darüber hinaus bietet PersVeilig Medienunternehmen und Journalist:innen einen Kurs an, in dem sie lernen, wie man mit Aggressionen umgeht und wie man möglicherweise gefährliche Situationen deeskaliert.

Es ist wichtig, dass wir mehr für den Schutz von Journalist:innen tun. Aus diesem Grund unterstützt der NVJ die internationale Mission der Media Freedom Rapid Response (MFRR) zur Sicherheit von Journalist:innen in den Niederlanden. Die Mission kartiert die abnehmende Sicherheit von Journalisten. Mit der Zunahme von Angriffen auf Journalist:innen erhält der Zustand der Pressefreiheit in den Niederlanden mehr und mehr internationale Aufmerksamkeit. Die internationale Mission zur Sicherheit von Journalist:innen in den Niederlanden wird aus Gesprächen mit Journalist:innen und Chefredakteur:innen, politischen Entscheidungsträger:innen, der Polizei und der Staatsanwaltschaft, Expert:innen und Parlamentsmitgliedern bestehen. Das Endergebnis ist ein umfassender Bericht über die Sicherheit von Journalist:innen in den Niederlanden, der zum Abschluss der Mission in einer internationalen Pressekonferenz vorgestellt werden soll.

Wir hoffen, dass der Bericht auch für Journalist:innen in anderen Ländern von Nutzen sein wird. Denn eine Gesellschaft kann nur frei sein, wenn die Pressefreiheit gewährleistet ist. ■



ERKAN PEHLIVAN *

Wie der russische Präsident Putin unabhängigen Journalismus verbietet

Der russische Präsident hat seine Drohungen wahr gemacht und ist mit rund 200.000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert. Täglich kommen Berichte über Kriegsverbrechen. Die Bilder aus Kiew, Charkiv und Mariupol ähneln denen von Grozny, Aleppo und dem belagerten Sarajevo in den 1990er Jahren. In Russland wird die Invasion als Militäroperation in der Ukraine verkauft, um das Land zu entnazifizieren und dem Völkermord an ethnischen Russen ein Ende zu setzen. Und ein Großteil der Bevölkerung glaubt das.

Putin hatte seit Jahren die Medien in seinem Land fast vollständig unter seine Kontrolle gebracht. So hatte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, Volker Schulze, schon 2004 den Druck auf die Medienhäuser und ausländische Journalist:innen in Russland kritisiert. Es sei bedauerlich, dass selbst ein Land wie Russland, an das Verleger und Journalisten weltweit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs große Hoffnungen geknüpft hätten, in überholt geglaubte Repressionsstrukturen zurückfalle und in- und ausländische Medienvertreter behindere, so Schulze.

Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr wurde erneut die Presse- und Meinungsfreiheit in Russland eingeschränkt. Mindestens 5 regimekritische Nachrichtenseiten sahen sich gezwungen, ihre Arbeit einzustellen. Die Regierung erklärt dazu die betroffenen Medien zu sog. „ausländischen Agenten.“ Reporter ohne Grenzen hat entsprechende Gesetze unter die Lupe genommen, die das russischen Parlament während der Corona-Pandemie durchgewunken hatte. Diese Gesetze zu Verleumdung und angeblichen Falschnachrichten erlauben es der russischen Regierung, unliebsame Informationen zu verhindern.

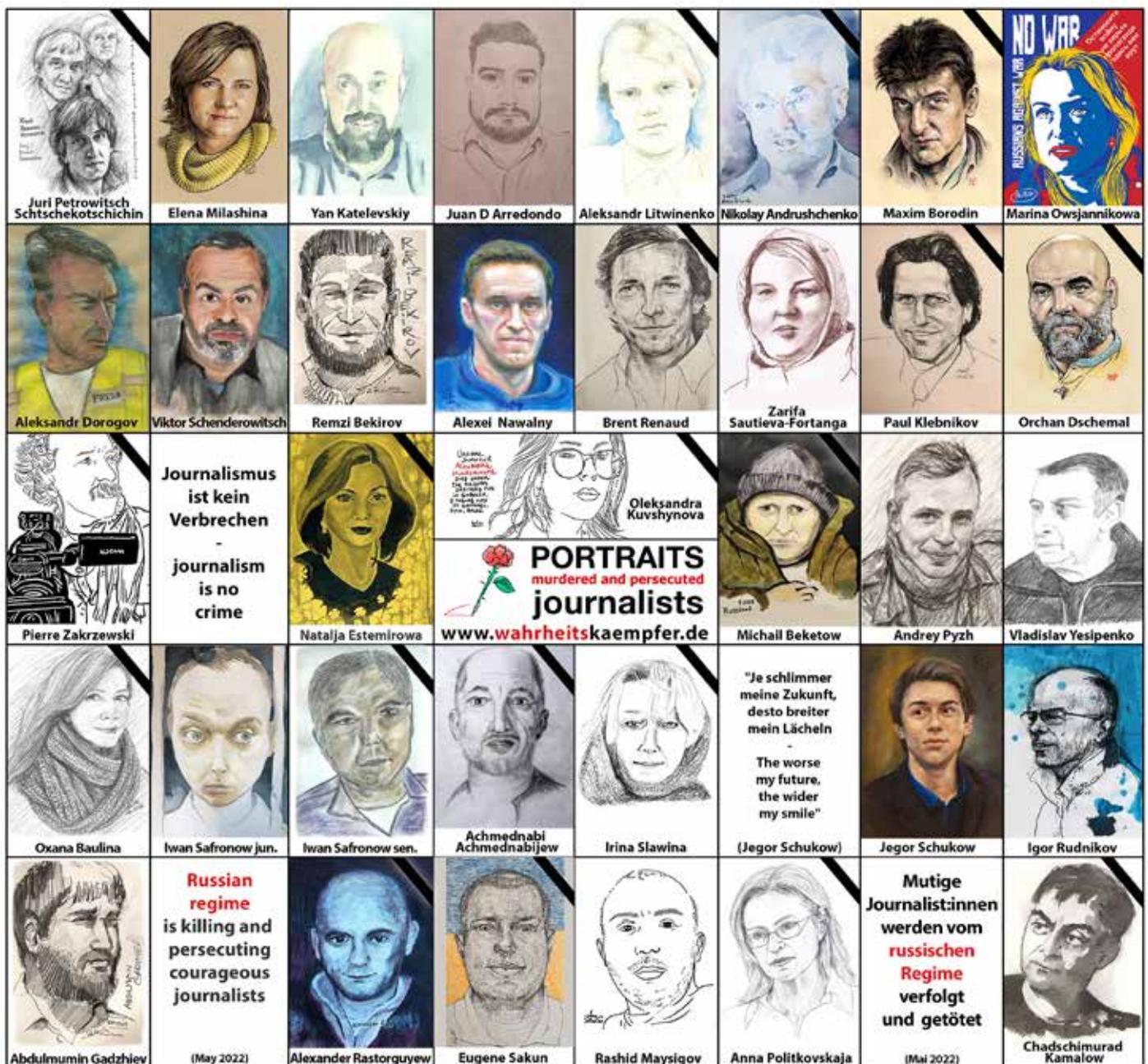
Kaum hatte die Invasion in die Ukraine begonnen, verschärfte der russische Präsident den Druck auf Journalist:innen. Der Krieg gegen die Ukraine darf in Russland weder als Krieg noch als Invasion bezeichnet werden, es sei nach Ansicht des Kreml eine „Spezialoperation.“ Wer es dennoch wagt, riskiert jahre-

lange Haftstrafen. Deswegen hat die wichtigste unabhängige Zeitung in Russland, die Nowaja Gaseta, ihr Erscheinen im März ausgesetzt. Auch auf ausländische Journalist:innen wird enormer Druck ausgeübt. So hat das russische Justizministerium die Deutsche Welle als „ausländischen Agenten“ eingestuft. Trotz alledem demonstrieren immer wieder russische Bürger:innen gegen den Krieg, und auch Aleksei Nawalny ruft aus der Strafkolonie heraus zu Protesten auf.

Die Ukraine gilt derzeit für Journalist:innen als besonders gefährlich. Bis Ende März wurden durch Angriffe des russischen Militärs laut dem Schweizer Nachrichtenseite NAU.CH bereits 12 Journalist:innen getötet und 10 verletzt worden. Die Angriffe auf Kiew, Charkiv und andere Städte haben sogar zugenommen. Mariupol ist komplett eingekesselt und besteht in weiten Teilen aus ausgebrannten Ruinen. Bis zum Ende des Krieges wird die Zahl der getöteten und verwundeten Journalist:innen in der Ukraine noch weiter zunehmen. Auch die Festnahmen von russischen und ukrainischen Journalist:innen dürfte sich in dieser Zeit erhöhen.

Das Kunstprojekt „Wahrheitskämpfer“ setzt den unabhängigen Journalist:innen in Russland und der Ukraine ein Denkmal. Bislang wurden 36 von ihnen portraitiert. Die Arbeit der unabhängigen Journalist:innen setzt gerade in diesen Ländern viel Mut voraus. Das bewundern die Künstler:innen, dies wollen sie würdigen. Die mittlerweile insgesamt 500 Portraits aus aller Welt werden seit 2015 in einer Online-Ausstellung und weltweit in einer Wanderausstellung gezeigt. Unter www.wahrheitskaempfer.de können diese Portraits betrachtet werden. Texte über die dokumentierten Journalist:innen sowie über ausgewählte Länder vervollständigen dieses Mahnmal der Pressefreiheit. Das für alle offene Projekt freut sich über weitere Mitstreiter:innen, die bei der Recherche helfen, Texte schreiben oder Portraits zeichnen wollen. ■

* Erkan Pehlivan ist freier Journalist aus Frankfurt/Main und Mitglied des Kunstprojekts „Wahrheitskämpfer“.





LATUFF
2022
INTERNATIONAL JOURNALISTS.ORG

Machen Sie eine kleine Veränderung bei
Ihren Amazon-Einkäufen

Kaufen-und- Spenden startet!

Ab sofort können Sie unseren Verein als
Wohltätigkeitsorganisation bei Ihren Amazon-Einkäufen
auswählen. Während diese Prozedur den Preis des von Ihnen
gekauften Produkts nicht ändert, wird sie zu einer bedeutungs-
vollen Unterstützung für unabhängige Medien.

Unser gemeinnütziger Verein International
Journalists Association e.V. ist nun ein Mitglied
von Amazon Smile.

amazonsmile

Für Kaufen-und-Spenden:

<https://smile.amazon.de/ch/45-255-66390>



Wahlweise können Sie uns auch unter dem
folgenden Link spenden:

<https://internationaljournalists.org/aboutus/>

YOU'LL NEVER WRITE ALONE!



dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Warum in die dju in ver.di?

dju.verdi.de

Wir kümmern uns – auch um deine Sicherheit

Kompetente Rechtsanwälte beraten und
begleiten dich.

Presseausweis

In deinem Mitgliedsbeitrag enthalten.

Journalismustag

Jedes Jahr mit rund 200 Kolleginnen und
Kollegen über Trends und Themen im
Journalismus diskutieren.

M Menschen Machen Medien

Das ver.di-Magazin mit aktuellen News
und Storys aus der Medienwelt –
hintergründig & kritisch – print & online.
mmm.verdi.de



ver.di